

Wien, am Donnerstag, den 1. April 1926

Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. Anfangs April beginnen an den Frauengewerbeschulen der Stadt Wien, V. Bezirk, Margaretenstrasse 152 und XVI. Bezirk, Akelegasse 29, neue Abendkurse und Nachmittagskurse für Weissnähen und Kleidermachen. Einschreibungen täglich in der Schulkanzlei, V. Bez. Margaretenstrasse 152.

Einen Schilling für die Kinderrettungswoche! Rasch ist die Kinderrettungswoche zu einer volkstümlichen Einrichtung Wiens geworden. Das Wiener Jugendhilfswerk, das die Idee einer solchen Veranstaltung den breiten Massen übermittelte, wird auch heuer vom 3. bis 11. April eine grosse Sammlung für die erholungsbedürftigen Wiener Kinder durchführen. Unter dem Vorsitz des Wohlfahrtsreferenten der Gemeinde Wien, des amtsführenden Stadtrates Professors Dr. Tandler, fasst das Wiener Jugendhilfswerk ohne Unterschied der Partei alle Bestrebungen unserer Jugend zu helfen, zusammen. So sollen heuer vierzigtausend junge Menschen aufs Land gebracht werden, was ungefähr vier Millionen Schilling erfordert. Diese gewaltige Summe wird zum grössten Teil von den Eltern, der Gemeinde Wien, den Krankenkassen, den Elternvereinen und den privaten Organisationen aufgebracht. Nichtsdestoweniger müssten einige tausend der ärmsten Kinder zurückbleiben, wenn nicht die Wiener Bevölkerung seit einigen Jahren in der Kinderrettungswoche ihr Scherflein zu dem grossen Werk beitragen würde. Das Wiener Jugendhilfswerk braucht in diesem Jahr noch mindestens dreihunderttausend Schilling, damit es seine Aufgabe restlos erfüllen kann. Diese Summe ist leicht aufzubringen, wenn es jeder Wiener als Ehrenpflicht erachtet, die grosse Sammlung in der Osterwoche mit mindestens einem Schilling zu unterstützen.

Fünzigtausend Menschen, freiwillige Helfer, übernehmen Jahr für Jahr die nicht gerade angenehme Arbeit, die Sammlungen des Wiener Jugendhilfswerks durchzuführen. Fürsorgeräte u. s. w. leisten hier eine Arbeit, die in ihrer edlen Bestimmung und Selbstlosigkeit kaum ihresgleichen findet. Daher kommt der gesamte gespendete Betrag den Kindern zugute.

In jedem Wiener Bezirk hat die Bezirksvertretung im Verein mit dem Fürsorge-Institut die Organisation der Sammlung bereitwilligst übernommen. Fünftausend ehrenamtliche Fürsorgeräte aller Parteirichtungen übernehmen die Spenden jedes Hauses und liefern sie dem Wiener Jugendhilfswerk ab. In den Häusern selbst führen fünfundvierzigtausend Hausbesorger die Sammlung von Tür zu Tür durch. Zahlreiche Musikkapellen des Bundesheeres, der Strassenbahnen, der städtischen Elektrizitätswerke, Gaswerke, der Feuerwehr, des Schutzbundes und der Eisenbahner, werden während der Kinderrettungswoche Platzkonzerte und Umzüge veranstalten. Von einzelnen Strassenbahnwagen werden Lichttafeln die Bevölkerung an die Pflicht, sich der schutzbedürftigen Kinder zu erinnern, mahnen. Zahlreiche Anschläge mit dem bekannten Zweikindermotiv an den Plakatwänden werben für die Sammlungen. Als Abschluss der Kinderrettungswoche wird am Samstag, den 10. und am Sonntag, den 11. April in den Strassen gesammelt. Jeder Spender erhält ein Abzeichen. Das Wiener Jugendhilfswerk rechnet auch heuer auf die Opferwilligkeit der Bevölkerung. Es gilt dreitausend Kindern einen Landaufenthalt zu bieten!

Elektrische Strassenbeleuchtung. Auf Beschluss des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten wird schon in kürzester Zeit an Stelle der Gasbeleuchtung in der Bergsteiggasse in Hernals die elektrische Strassenbeleuchtung durchgeführt werden.

Wien, am Freitag, den 2. April 1926

.....

Städtischer Ehrenpreis für den Künstlerbund. Der vom Gemeinderat dem Oesterreichischen Künstlerbund gewidmete Ehrenpreis der Stadt Wien im Betrage von dreihundert Schilling wurde von der am Mittwoch versammelten Jury dem akademischen Maler Anton Konrad Schmidt für seine in der zwanzigsten Jahresausstellung der genannten Vereinigung ausgestellten Werke zuerkannt.

.....

Die Not der Provinzbühnen.

Die Regierung soll helfen.

Infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krise sind die österreichischen Provinztheater in eine äusserst schwierige Lage geraten, die in Klagenfurt bereits zur Sperre des Stadttheaters geführt hat. In Salzburg wird das Theater schon seit längerer Zeit von einer Arbeitsgemeinschaft geführt und obwohl in den meisten Landeshauptstädten die Gemeinde auf die Lustbarkeitsabgabe verzichtet und auch sonst erhebliche finanzielle Opfer bringt, stehen die dortigen Bühnen vor dem Zusammenbruch. Der Städtebund hat nun heute im Sitzungssaal des Alten Rathauses in Wien eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinden abgehalten, die ein Theater besitzen. Es waren die Städte Baden, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg, St. Pölten und Wiener Neustadt vertreten. An den Beratungen nahmen auch Vertreter des Bühnenvereines teil. Die Vertreter der Städte berichteten über die wirtschaftliche Lage ihrer Bühnen. Aus diesen Berichten war zu entnehmen, dass keine einzige Stadtverwaltung mehr in der Lage sei, die grossen finanziellen Opfer für das Theater weiter zu tragen. Von einzelnen Vertretern wurde auch auf die grossen Lasten verwiesen, die den städtischen Bühnen durch die Bestimmungen des Kollektivvertrages des Bühnenvereines erwachsen. Gemeinderat Waldmüller (Innsbruck) beantragte, dass eine Abordnung unter Führung von Funktionären des Städtebundes beim Bundesfinanzminister vorsprechen und einen Bundesbeitrag für die Provinzbühnen verlangen soll. Dieser Beitrag soll nicht den Gemeinden, sondern den notleidenden Theatern zugutekommen. Der Antrag wurde angenommen und es wurde auch angeregt, dass die einzelnen Städte mit dem Bühnenverein wegen einer entsprechenden Aenderung der Verträge verhandeln sollen. Nach einer ausführlichen Aussprache über die Höhe der erforderlichen Regierungssubvention begab sich eine Abordnung in das Finanzministerium, wo sie vom Bundesfinanzminister Kollmann empfangen wurde. Namens des Städtebundes berichtete Sekretär Honay dem Minister ausführlich über die Wünsche der Städte bezüglich der Regierungshilfe für die Provinztheater. Die Vertreter der grossen Städte gaben dann einen Ueberblick über die Lage ihrer Bühnen. Bundesfinanzminister Kollmann erklärte, dass für eine Bundessubvention der Provinztheater die Tatsache spreche, dass die Regierung grosse finanzielle Opfer für die Bundestheater bringe. Für das Jahr 1926 sei aber eine Bundeshilfe für die Provinzbühnen aus budgetären Gründen unmöglich. Der Städtebund müsse sich mit den Parteien des Nationalrates ins Einvernehmen setzen, damit für das Jahr 1927 in den Bundesvoranschlag auch ein Beitrag für diesen Zweck eingesetzt werde. Er würdige die grosse Bedeutung, die den Provinztheatern zukommt, vollauf und werde, wenn sich die Parteien über eine Regierungshilfe geeinigt haben, keinerlei Einwände erheben.

Die Vertreter der Städte mit Theatern betrauten hierauf den Städtebund mit der weiteren Führung dieser Angelegenheit.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 110
Karl H o n a y .

Wien, am Samstag, den 3. April 1926.

.....
Verwendet Wohltätigkeitspostmarken. In den meisten europäischen Ländern gibt die Postverwaltung alljährlich Marken von besonders künstlerischen Wert heraus, die nur eine kurze Laufzeit haben und mit einem Aufschlag verkauft werden. Diese Marken werden wie gewöhnliche Briefmarken benützt und finden meist einen guten Absatz. Der Ertrag wird zum grössten Teil für Zwecke der Jugendfürsorge verwendet. Auch die österreichische Postverwaltung gibt seit einigen Jahren Wohltätigkeitspostmarken heraus, die aber nur bei den Postschaltern zu bekommen waren und deshalb nicht die gewünschte Verbreitung gefunden haben. Nun werden sich heuer zum ersten Male auch die Vereine der freiwilligen Jugendfürsorge mit dem Vertrieb beschäftigen. Zu diesem Zweck wurde in jedem Bundesland eine Landesgeschäftsstelle für die Organisation des freihändigen Verkaufs dieser Marken geschaffen. In Wien steht an der Spitze dieser Stelle der amtsführende Stadtrat für Wohlfahrtswesen Professor Dr. Tandler. Dem Beirat gehören an Franz Arnold (Karitasverband), Josef Blazovsky (Kinderfreunde), Marie Bock (Societas), Maximilian Brandeis (Invalidenverband), Hermine Gart (Katholische Mädchenvereine), Jenny Gross (Blindenverband), Anton Kimml (Lehrlingsschutzstelle), Josef Lischke (Deutscher Verband für Jugendwohlfahrt), Dr. Alma Motzko (Katholische Frauenorganisation), Franz Scheffel (Reichsbund der katholischen Jugend), Amalia Seidek (Wiener Jugendhilfswerk) und Karl Stärk (Sozialistische Arbeiterjugend). Die Wohltätigkeitsmarken werden vom 11. April bis 2. Mai auf der Strasse, von Haus zu Haus in Sätzen zu sechzig Groschen, 1'40 und 2 Schilling und in ganzen Blättern zu vierzig Stück verkauft. Die Markenbilder stellen Szenen aus der Nibelungensage dar. Da die Zuschläge bei den gangbarsten Sorten nur zwei, drei und fünf Groschen betragen und die Marken einen hohen künstlerischen Wert haben, dürften diese Wohltätigkeitsmarken einen guten Absatz finden.

.....
Keine Sitzung des Gemeinderates. In der kommenden Woche wird keine Sitzung des Wiener Gemeinderates abgehalten.

.....
Vormittagskochkurse und Servierkurse. An der städtischen Koch- und Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, beginnen nach Ostern Vormittagskochkurse für einfache bis feinste Küche. Unterricht täglich. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulkanzlei.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 111
Karl H o n a y .

Wien, am Dienstag, den 6. April 1926.

.....
Der Osterverkehr auf der Strassenbahn und Stadtbahn. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen legt nun die genauen Zahlen über den Verkehr an den beiden Osterfeiertagen auf der Strassenbahn und Stadtbahn vor. An den beiden Ostertagen hatte sich die Direktion der städtischen Strassenbahnen auf einen Hochbetrieb eingerichtet. Auf der Strassenbahn standen am Sonntag 1207 Triebwagen, 1652 Beiwagen, zusammen 2859 Wagen, am Montag 1223 Triebwagen, 1680 Beiwagen, zusammen 2903 Wagen, auf der Stadtbahn an beiden Tagen je 118 Triebwagen und 165 Beiwagen, zusammen 283 Wagen in Verwendung.

Die Zahl der beförderten Fahrgäste kann für Ostersonntag mit 1,750.000, für Ostermontag ebenfalls mit 1,750.000, für beide Tage zusammen daher mit 3,500.000 Personen angenommen werden. Eine besonders grosse Aufgabe hatte die Stadtbahn zu bewältigen, die sowohl nach Hütteldorf wie auch zu den Fussballspielen auf der Hohen Warte grosse Menschenmassen beförderte.

.....
Minister ausser Dienst Dr. Franz Klein gestorben. Das Leichenbegängnis für Dr. Klein, der Ehrenbürger der Stadt Wien war, findet Donnerstag, den 8. April um drei Uhr nachmittags auf dem Zentralfriedhofe statt. Die Aufbahrung erfolgt in der Zentralfriedhofkirche. Nach der Leichenfeier wird der Verstorbene in einem Ehrengrab der Stadt Wien beigesetzt. Nach einem letztwilligen Wunsche Dr. Kleins werden Parten nicht ausgegeben. Die Mitglieder des Gemeinderates werden daher auf diesem Wege eingeladen, an dem Leichenbegängnis teilzunehmen.

.....

Wien, am Mittwoch, den 7. April 1926

Burgtheatermitglieder von einst und jetzt.Eine Ausstellung im Wiener Rathaus.

Das Jubiläum des hundertfünfzigjährigen Bestandes des Burgtheaters hat die Direktion der Städtischen Sammlungen veranlasst, in den Räumen des Historischen Museums der Stadt Wien (Neues Rathaus, Feststiege I) eine kleine Ausstellung zu veranstalten, die unter dem Titel "Burgtheatermitglieder einst und jetzt" eine Anzahl von Originalporträts bedeutender Mitglieder vor Augen führen wird. Dabei wird betont, dass ^{alle} ausgestellten Objekte dem Besitz der Städtischen Sammlungen entnommen wurden. Die Ausstellung wird Stiche, Oelgemälde, Lithographien, Büsten und Photographien enthalten. Aus dem reichen Inhalt sei insbesondere hervorgehoben ein Bild des ältesten Burgtheaters, wie es 1741 bis 1759 in dem Ballhaus auf dem Michaelerplatz untergebracht war, das alte Burgtheater, wie es 1760 bis 1888 auf dem Michaelerplatz gestanden hat, verschiedene Aussen- und Innenansichten, der Souffleurkasten, des alten Burgtheaters (aus dem Besitz Sonnenthals), zwei Sperrsitze und ein Logenstockerl.

Von den ausgestellten Porträts verdienen besondere Erwähnung Stiche der ältesten Mitglieder (Gottlieb, die beiden Stephanie, die Adamberger, Jaquet, Nouzeuil, F. L. Schröder, Koberwein, Sophie Müller, J. Saccs u. s. w. Ein Oelgemälde zeigt Sophie Müller als Medea, weitere Oelgemälde zeigen Ludwig Löwe als Karl XII, Amalie Haizinger und ihre Tochter Luise Neumann in "Dorf und Stadt" Bog. Dawson als Richard III. Auguste Wilbrand Baudius (Jugendbildnis von K. Rehl 1864), B. Baumeister (von C. Probst), König als Hamlet (Radierung von Schmutzer 1907). Von den Plastiken seien erwähnt Ch. Wolter als Sappho, G. Reimers als Dunois, Sonnenthal, Mitterwurzer, E. Hartmann, Lewinsky und H. Thimig. In den Schaukästen liegen moderne künstlerische Lichtbilder der derzeitigen Mitglieder des Burgtheaters, die in der liebenswürdigsten Weise dem Museum von den Ateliers überlassen worden sind.

Die Ausstellung befindet sich in der zweiten Abteilung des Historischen Museums im Neuen Rathaus, Zugang von der Feststiege I. Sie wird am Donnerstag den 8. April um 10 Uhr vormittags eröffnet werden und bleibt täglich, mit Ausnahme von Montag, von 9 Uhr bis 13 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Keine Sprechstunden beim städtischen Wohlfahrtsreferenten. Bis auf weiteres entfallen bei dem amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler die Sprechstunden.

E I N L A D U N G

zu der am Donnerstag, den 8. April 1926, um 10 Uhr vormittags stattfindenden

Eröffnung der Ausstellung "Burgtheatermitglieder einst und jetzt"

Ort: Historisches Museum der Stadt Wien. I. Neues Rathaus. Zugang von der Feststiege I.

Die Führung hat Direktor Reuther von den Städtischen Sammlungen übernommen.

Wien, am Donnerstag, den 8. April 1926

Glückwunschsreiben des Bürgermeisters an Auguste Wilbrandt-Baudius. Anlässlich des fünfundsechzigjährigen Wirkens der Schauspielerin Auguste Wilbrandt Baudius am Burgtheater hat Bürgermeister Seitz an die Künstlerin folgendes Glückwunschsreiben gerichtet: Das Gefühl stolzer Genugtuung und inniger Dankbarkeit, das jeden Wiener, wenn er das Wort Burgtheater ausspricht, beseelt führt mich mit diesen Zeilen an dem Tage zu Ihnen, da Sie Ihr fünfundsechzigjähriges Jubiläum an dieser Bühne feiern. Das an Ihrem Gedenktage gleichzeitig stattfindende Burgtheaterjubiläum wird Gelegenheit geben, die hohen Verdienste gebührend zu würdigen, die Sie verehrte Frau, sich um die deutsche Schauspielkunst erworben haben. Aber trotzdem möchte ich Ihnen das, was wir Wiener an diesem Tag noch lebendiger als sonst fühlen und - wenn es ginge - alle zugleich aussprechen würden, neben dem flüchtigen Wort auch noch durch die beständigere Feder ausdrücken: Dass Ihre Kunst uns Wienern ein unvergängliches Kleinod ist und dass Ihr Name in unserem Herzen unauslöschbar verankert ist. Es ist unser herzlichster, inniger Wunsch: Möge Ihnen die Kraft des Geistes und des Körpers noch recht viele Jahre erhalten bleiben, Ihnen zur Freude und der Kunst und ihren Jüngern und Freunden zur Ehre!

Starker Besuch der Bäder in der Osterwoche. Die städtischen Bäder erfreuten sich in der Osterwoche eines ganz ausserordentlich starken Besuches. Während in der Osterwoche 1925 alle städtischen Badeanstalten zusammen, eine Besucherzahl von 136.325 aufwiesen, stieg diese Zahl in der Osterwoche 1926 auf 147.611. An erster Stelle stehen naturgemäss die Brausebäder mit 127.626 Besuchern, dann folgen die Schwimmbäder mit 8077, die Wannengebäder mit 6359 und die Dampfbäder mit 5549 Besuchern. Einem Vergleich mit der Vorkriegszeit ist zu entnehmen, dass die Wiener Bevölkerung in begrüssenswerter Weise die Badeanstalten der Gemeinde immer stärker besucht. So betrug die Besucherzahl der städtischen Bäder in der Osterwoche 1913 nur 103.931, es ist also heuer eine Steigerung um 42 Prozent zu verzeichnen.

Oesterreichische Gemeinde-Zeitung. Die Nummer 7 vom 1. April ist als Sonderheft erschienen und enthält die wörtliche Wiedergabe des Vortrages, den kürzlich Direktor Ingenieur Karel über die Stromstörungen vor den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates gehalten hat. Der Direktor der Wiener städtischen Elektrizitätswerke gibt vorerst einen Ueberblick über die Stromversorgung der Stadt Wien, wobei auch die Bedeutung der Wasserkraftanlagen erörtert wird und behandelt dann eingehend die Ursachen der Störungen im Netz der städtischen Elektrizitätswerke. Der Vortrag enthält reiches Zahlenmaterial, zeigt wichtige Einrichtungen im Bilde und ist für Techniker und Laien gleich lehrreich. Das vierzig Seiten starke Heft kann vom Sekretariat des Städtebundes im Neuen Wiener Rathaus bezogen werden.

Vormittagskochkurse und Servierkurse. An der städtischen Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, werden noch einige Schülerinnen für die Vormittagskochkurse für einfache bis feinste Küche und für die Servierkurse aufgenommen. Unterricht täglich. Auskünfte in der Schulkanzlei.

Wien, am Freitag, den 9. April 1926.

.....

Wien als Kongresstadt im Jahre 1925. Bei der grossen Zahl von Kongressen, die heuer in Wien abgehalten werden, ist ein Vergleich mit dem Vorjahr von Interesse. Es fanden im Jahre 1925 in Wien folgende Kongresse und Konferenzen in- und ausländischer Vereinigungen statt: Wiener Konferenz der Sukzessionsstaaten über die Aufteilung der Vorkriegsschulden der alten Monarchie (23. bis 30. Jänner), Rektorenkonferenz der österreichischen Hochschulen (9. Februar), Tagung der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Niederösterreichs (24. und 25. März), Fürsorgetagung, veranstaltet von der österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen (9. und 10. April), Deutschösterreichischer Städtetag (9. Mai), Hygiene- und Pflegerinnenkongress (11. bis 15. Mai), Internationaler Kongress der Liga der Rottkreuze Ost- und Mitteleuropas (Pflegerinnenkongress) (11. bis 15. Mai), Vierter Astrologenkongress (30. Mai bis 1. Juni), Gynäkologenkongress (3. bis 6. Juni), Internationaler Baumwollkongress (4. bis 6. Juni), Vierter Genossenschaftstag des Verbandes der deutschösterreichischen Konsumvereine (19. und 20. Juni), Dritter Hochschultag Deutschösterreichs (20. bis 24. Juni), Internationaler Dentistenkongress (20., 23., 28. und 29. Juni), Kongress der konzessionierten Drogisten (26. bis 28. Juni), Wiener Diözesan-Katholikentag (27. bis 29. Juni), Oesterreichischer Freidenkertag (5. Juli), Katechetenkongress (7. bis 9. Juli), Internationaler Kongress der Arbeiter der chemischen Industrie (28. bis 30. Juli), Internationaler Arbeiter-Esperanto-Kongress (12. bis 16. August), Zionisten-Weltkongress (18. bis 30. August), Mitteleuropäische Wirtschaftstagung (8. und 9. September), Konferenz der katholischen Erziehungs- und Schulorganisationen (21. September), Oesterreichischer Philatelistentag (16. bis 29. September), Fünfte Tagung der Gesellschaft für Verdauung und Stoffwechselkrankheiten (30. September bis 3. Oktober), Sechste deutsche Bildwoche in Wien, veranstaltet vom österreichischen Bildspielbund Zentralinstitut für Erziehung- und Unterricht (9. bis 14. Oktober), Pharmazeutischer Weltkongress (9. bis 12. Oktober), und Verbandstag der chemischen Arbeiter Oesterreichs (29. Oktober).

.....

Musikzüge für die Kinderrettungswoche. Zum Abschluss der Sammelwoche für das Wiener Jugendhilfswerk werden die Musikkapellen der Eisenbahner und des Ersten Arbeiter-Musikvereines in Fünfhaus am Samstag Umzüge und Platzmusiken veranstalten. Der Abmarsch der Musikkapelle der Eisenbahner erfolgt nachmittags um vier Uhr vom Kopfbau des Westbahnhofes über Gürtel, Märzstrasse, Tannengasse (Platzmusik), Markgraf-Rüdigerstrasse, Kriemhildplatz (Platzmusik), Gemeindehäuser Camillo Sittigasse (Platzmusik), Schweglerstrasse, Hütteldorferstrasse, Meiselmarkt (Platzmusik), Schanzstrasse, Akkonplatz (Platzmusik), Oeverseestrasse, Mareschgasse (Platzmusik), Wickhoffgasse, Minciostrasse, Tautenhayngasse, Schönerergasse, Flachgasse (Platzmusik), Märzstrasse, Nobilegasse-Eisenbahnerhäuser (Platzmusik), Sturzgasse, Goldschlagstrasse, Wieningerplatz (Platzmusik), Goldschlagstrasse-Ecke Schweglerstrasse (Platzmusik), Goldschlagstrasse-Hackengasse-Eisenbahnerhäuser (Platzmusik), Felberstrasse, Gürtel, Hesserdenkmal (Platzmusik), Westbahnhof.

.....

Wien, am Samstag, den 10. April 1926

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, 5 Uhr nachmittags, einberufen.

Entfallende Sprechstunden. Am Montag entfallen die Sprechstunden bei den amtsführenden Stadträten Siegel und Professor Dr. Tandler.

Freie städtische Arztstellen. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz werden die Stellen eines Assistenzarztes an der ersten medizinischen Abteilung und eines Assistenzarztes im Röntgeninstitut besetzt. Gesuche um diese Stellen müssen mit den Personaldokumenten und Verwendungsnachweisen belegt sein und sind bis spätestens 24. April an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus zu richten. Die Gesuche müssen mit einem staatlichen Stempel von einem Schilling und jede Beilage, die noch nicht gestempelt ist, mit einem staatlichen Stempel von zwanzig Groschen versehen sein.

Die städtischen Marktorgane gegen das Trinkgeldnehmen. Die kürzlich abgehaltene Vollversammlung des Fachvereines der städtischen Marktaufseher hat einstimmig beschlossen, die Annahme von Trinkgeldern als eine das Standesansehen verletzende Handlung anzusehen. Da nach den Bestimmungen der Dienstordnung den städtischen Angestellten die Wahrung des Standesansehens zur besonderen Pflicht gemacht ist und auf die Verletzung der Dienstpflichten schwere disziplinarische Strafen gesetzt sind, kommt dem erwähnten Beschluss nicht bloss theoretische Bedeutung zu, sondern wird die praktische Folge haben, dass Zuwiderhandelnde diszipliniert werden. Aus diesem Grund hat der Magistrat das Verbot von Schenkungen an die städtischen Marktorgane in der Grossmarkthalle, am Zentralviehmarkt und bei den städtischen Brückenwagen neuerlich verlautbart. Bemerkenswert ist, dass nach dieser Kundmachung des Magistrats sowohl das Geben wie das Anbieten von Geschenken verboten ist, ja dass die dagegen handelnden Marktparteien auch mit der Wegweisung oder Ausschliessung vom Markt bestraft werden können.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Wie in den vorangegangenen Monaten bleiben auch für April die Gebühren für die Kanalreinigung unverändert. Sie betragen das Dreissigfache der Miete, die für den Monat August 1914 bezahlt worden ist.

Das Strombad Aspernbrücke wird eröffnet! Die Direktion des städtischen Bäderbetriebes teilt mit, dass am Mittwoch das städtische Strombad Aspernbrücke eröffnet werden wird.

Ferienerholung für Wiener Jugendliche. Infolge der finanziellen Unterstützung durch die Gemeinde Wien ist die Lehrlingsfürsorgeaktion in der Lage gewesen, schon am Mittwoch die Erholungsheime in Wieselburg an der Erlauf und in Fischau an der Schneebergbahn zu eröffnen. Es wurden sofort fünfhundert Pflinglinge untergebracht. Anmeldungen um Aufnahme sind bei den zuständigen Krankenkassen jeden Dienstag und Donnerstag von 5 bis 6 Uhr abends in Mariahilf, Königseggasse Nr. 10, einzubringen. Am 22. April wird wieder eine grössere Gruppe von Pflinglingen in das Wieselburger Heim entsendet werden.

Elektrische Beleuchtung im Währingerpark. Am Montag wird die neu eingerichtete elektrische Beleuchtung im Währingerpark in Betrieb gesetzt werden. Diese Gartenanlage war bisher nur bis zum Einbruch der Dunkelheit geöffnet. Durch die nun erfolgende elektrische Beleuchtung wird diese grosse und prächtige Gartenanlage auch in den Abendstunden der erholungsbedürftigen Bevölkerung allgemein zugänglich gemacht. In kürzester Zeit wird auch die Oelweingasse in Rudolfsheim an Stelle der Gasbeleuchtung elektrische Strassenbeleuchtung erhalten. Die Kinderrettungswoche. Heute Sonntag vormittags veranstalten die Heeresmusikkapellen im Stadtpark, am Hietzingerplatz, am Mariahilfergürtel und am Rathausplatz Platzkonzerte. Die Musikkapelle des Republikanischen Schutzbundes hält am Alsergrund einen Musikumzug ab. Sämtliche Strassenkonzerte dienen der Propaganda für die Kinderrettungswoche.

Für Jugendwanderer - halber Fahrpreis auf den Bundesbahnen!

Ein sehnlichst erstrebtes Ziel der Wiener Jugendwanderer ist erreicht. Das Wiener Jugendhilfswerk hat durch die Vermittlung der amtsführenden Stadträte Breitner und Professor Tandler mit der Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen ein Abkommen getroffen, das den Wiener Jugendwanderern den halben Fahrpreis in der dritten Klasse aller fahrplanmässigen Züge sichert. Das Wiener Jugendhilfswerk musste sich dagegen bereit erklären, den Bundesbahnverwaltung für den durch diese Begünstigung entstehenden Ausfall an Einnahmen eine ziemlich hohe Pauschalsumme zu bezahlen. Die Generaldirektion der Bundesbahnen, die durch die Direktoren Hentschel, Dr. Bockhorn und Dr. Radler, bei den Verhandlungen vertreten war, hat dann die Wünsche bezüglich der Durchführung der Jugendreisen fast restlos erfüllt. Die Begünstigung wird schon am April wirksam. Sie gilt vorläufig für ein Jahr. Anspruch auf den halben Fahrpreis haben schon Wandergruppen mit sechs Teilnehmern, wobei die zulässige Höchstaltersgrenze mit zwanzig Jahre festgesetzt wurde. Auch die Benützung der Schnellzüge und der D-Züge ist erlaubt. Die Anweisungen gelten drei Monate, so dass für die Hin- und Rückfahrt eine Anweisung ausgestellt werden kann. Die Begünstigung gilt auch für Kindertransporte in Erholungsheime. Für zwei Kinder unter zehn Jahren ist ein halber Fahrpreis zu zahlen. Die Begünstigung gilt aber nur für Kinder, die in Wien sesshaft sind. Sie wird nur auf Grund der Anweisungen gewährt, die beim Wiener Jugendhilfswerk I. Rathausstrasse Nr. 9, Fernruf 21 - 0 - 35, verlangt werden müssen. Dort werden auch alle Auskünfte erteilt.

Die Ringstrasse wird gärtnerisch ausgestaltet. Die Gemeindeverwaltung hat die Erfahrungen, die Stadtbaudirektor Ingenieur Musil anlässlich seiner Studienreise in Amerika gemacht hat, bereits vielfach praktisch benützt. Nun werden auch die in amerikanischen Städten üblichen Betoneinfassungen der Baumscheiben bei uns verwirklicht. Der Anfang wird auf der Ringstrasse gemacht werden. Entlang des Ringes des 12. November zwischen der Stadiogasse und Grillparzerstrasse werden Betoneinfassungen um die Baumscheiben hergestellt. Dadurch soll das Zertreten der Rasen, wie es in den letzten Jahren leider immer erfolgt ist, verhindert werden. Die Baumbankette zwischen den einzelnen Bäumen werden mit Blumen bepflanzt, wobei, um eine bessere Wirkung zu erzielen, die Gehälles auf Kosten der Seitenfahrbahnen, verbreitert werden wird. Auch rings um die Bäume werden Blumen gesetzt und dürfte der grössere Teil dieser Arbeiten noch im April beendet werden. An der Bevölkerung liegt es dann, jede Beschädigung dieser Anlagen zu vermeiden, damit sie sich ungestört entwickeln können und dem Stadtbild zur Zierde gereichen.

Wien, am Montag, den 12. April 1926

Das Ergebnis der Strassensammlung für die Kinderrettungswoche. Trotz des ungünstigen Wetters, das an die freiwilligen Helfer ausserordentliche Anforderungen stellte, hat die heurige Strassensammlung für die Kinderrettungswoche um rund 15.000 Schilling mehr ergeben, als im Vorjahr. Insgesamt wurden rund 60.000 Schilling gespendet. Das günstigste Sammelergebnis erzielte Alsergrund mit 7200 Schilling. Dann folgen Hietzing mit 7000, Innere Stadt mit 5000, Meidling mit 4200, Neubau mit 3800, Leopoldstadt mit 2800, Währing mit und Brigittenau mit je 2600, Alsergrund und Hernals mit je 2500, Landstrasse mit 2400 Schilling, während die übrigen Bezirke wesentliche geringere Summen erzielten. Sobald das Ergebnis der Haussammlungen vorliegt, wird auch darüber berichtet werden.

Das Wiener Berufsberatungsamt im Jahre 1925. Der Bericht des Berufsberatungsamtes der Stadt Wien und der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien zeigt, dass dieses Amt auch im Jahre 1925 einen weiteren Aufschwung genommen hat. Die Gesamtzahl von 14.451 Beratungsfällen (8506 männliche und 5945 weibliche) bedeutet eine Steigerung um vierzehn Prozent gegenüber dem Jahre 1924. Die Zahl der Besprechungen ist rund 36.000, da die meisten Fälle bis zu ihrer endgültigen Erledigung (Eintritt ins Berufsleben) zwei bis drei Besprechungen erfordern. Der grösste Teil der Ratsuchenden wendet sich an das Berufsberatungsamt um Unterbringung in einer Meisterlehre. Noch immer übt die Metallindustrie auf die Knaben und die Schneiderei auf die Mädchen die grösste Anziehungskraft aus, wenn auch ein geringer Rückgang festgestellt werden kann. Bei den Mädchen macht sich jetzt ein stärkerer Zug zum Hausdienst bemerkbar, was infolge der ungünstigen Verhältnisse in der Industrie leicht erklärlich ist. Für die Beratungstätigkeit ist vor allem das Ergebnis der ärztlichen Untersuchung massgebend. Aus den Berichten der Aerzte ist eine erfreuliche Hebung des Gesundheitszustandes der ins Berufsleben neu eintretenden Jugendlichen zu entnehmen. Zwei Drittel aller Knaben und Mädchen werden bereits so körperlich entwickelt befunden, als dies ihrem Alter entspricht. Doch spielen die Skelett- und Augenanomalien, zwei für die Berufseignung sehr wichtige Faktoren, noch immer eine grosse Rolle und betragen bei den Knaben 28 und 19,5 Prozent, bei den Mädchen 18,5 und 20 Prozent. Auch die Gewerbetreibenden haben den Wert der ärztlichen Untersuchung und fachmännischen Beratung erkannt und stellen gerne die ihnen vom Berufsberatungsamt zugewiesenen Lehrlingsanwärter ein. Im Jahre 1925 wurden 4342 offene Lehrstellen für Knaben und 2216 Stellen für Mädchen, zusammen 6558 Stellen angemeldet, von denen 3853 in der Berichtszeit besetzt wurden. Wenn es dem Berufsberatungsamt gelingen soll, auch weiterhin im Interesse des Gewerbes und des gewerblichen Nachwuchses verdienstlich zu wirken, so ist die weitestgehende Unterstützung durch die Bevölkerung notwendig. Es werden daher alle Eltern und Vormünder aufgefordert sich schon jetzt mit ihren Kindern, die heuer die Schule verlassen, im Berufsberatungsamt, VII. Hermannsgasse Nr. 28, einzufinden, damit die Vormerkungen für Lehrstellen rechtzeitig erfolgen können.

Keine Durchfahrt durch die Jaquingasse. Aus baupolizeilichen Gründen hat der Wiener Magistrat verfügt, dass die Durchfahrt durch die Jaquingasse für jegliches Last- und Geschäftsfuhrwerk in beiden Richtungen gesperrt wird.

Wien, am Dienstag, den 13. April 1926

Ablenkung der Bahnhofrundlinie. Wegen Gleisarbeiten wird der Bahnhofrundverkehr am Mittwoch und Donnerstag zwischen Invalidenstrasse und Praterstern über die Landstrasser Brücke, Stubenbrücke, Stubenring, Aspernplatz und Praterstrasse geführt. Die Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Mehr ermässigte Hundemarken. Die Gemeinde hebt bekanntlich für das Jahr 1926 für jeden Hund eine Steuer von zwölf Schilling ein. Im Jänner wurden dem Wiener Tierschutzverein fünftausend Hundemarken zum ermässigten Betrag von drei Schilling für ein Stück übergeben. Der Tierschutzverein hat diese ermässigten Marken an die Tierfreunde abgegeben, denen die Zahlung der vollen Steuer schwer fällt. Anfangs April hat nun der Tierschutzverein die Gemeindeverwaltung um weitere tausend Stück ermässigte Hundemarken ersucht. Dieses Ansuchen wurde damit begründet, dass eine grosse Zahl armer und bedürftiger Hundebesitzer abgewiesen werden musste, weil sonst mit den fünftausend ermässigten Marken nicht die bedürftigsten Tierfreunde beteiligt hätten werden können. Der städtische Finanzausschuss hat nun auf Antrag des Gemeinderates Hiess dem Ansuchen des Wiener Tierschutzvereines zugestimmt.

Quellen zur Geschichte der Stadt Wien. Der Verein für Geschichte der Stadt Wien wird von der Gemeindeverwaltung seit Jahren finanziell unterstützt. Infolge dieser Hilfe konnte der Verein im Vorjahr die frühere literarische Tätigkeit fortsetzen und das Monatsblatt herausgeben. Leider war es aus Geldmangel nicht möglich an die druckfertig vorliegenden Ausgaben der noch fehlenden Teile der Quellen zur Geschichte der Stadt Wien zu schreiten. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller hat am Montag der städtische Finanzausschuss beschlossen, eine Gemeindeunterstützung von 1500 Schilling zu gewähren, um dem Verein die Drucklegung dieser Ausgaben zu ermöglichen.

Die Zahl der Leichenverbrennungen nimmt zu! Das Wiener Krematorium wird nun seit drei Jahren benützt. Die Zahl der Einäscherungen steigt von Jahr zu Jahr und dürfte im Jahre 1926 weit über zweitausend überschreiten. Im Jahre 1923, dem ersten Jahr der Benützung, erfolgten 835 Leichenverbrennungen, im Jahre 1924 bereits 1424 und im Jahre 1925 stieg diese Zahl auf 1880. Besonders gross ist die Zahl der in den ersten drei Monaten dieses Jahres Eingäscherten. Während im Jänner 1923 im Wiener Krematorium 31 Einäscherungen erfolgten, stieg diese Zahl im Jänner 1926 auf 179. Im Februar 1923 wurden 55 Einäscherungen vorgenommen, dagegen im Februar 1926 bereits 172 und im März 1926 stehen 225 Leichenverbrennungen den insgesamt 62 gegenüber, die im März 1923 erfolgten. Es sind also in den ersten drei Monaten des Jahres 1926 insgesamt 576 Leichen eingäschert worden, davon waren 341 Männer und 235 Frauen. Von den 576 Verstorbenen gehörten 350 der römisch-katholischen Kirche an.

Künstlerischer Brunnen in einem städtischen Wohnhausbau. Im Strassenhof der grossen Wohnhausanlage der Gemeinde in Simmering, Geiselbergstrasse, wird demnächst ein Brunnen nach dem Entwurf des Bildhauers Alfred Hofmann aufgestellt werden. Das Bassin ist aus Kunststein, der mittlere Aufbau aus Fischauer und Lindabrunner Kalkstein, die drei Pelikane aus Bronze. Die Kosten betragen 14.500 Schilling. Der Brunnen wird eine Zierde der Anlage sein.

Wien, am Mittwoch, den 14. April 1926

"Das Neue Wien"Die grösste Publikation über das Wien der Nachkriegszeit

Im Sitzungssaal des Stadtsenats im Wiener Rathaus wurde heute unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Emmerling und in Anwesenheit des Leiters des Bundespressedienstes, a. o. Gesandten und bev. Ministers Eduard Ludwig eine Pressekonferenz abgehalten, zu der eine grosse Anzahl von Vertretern der in- und ausländischen Presse erschienen war.

Bei dieser Gelegenheit wurden über das in Vorbereitung befindliche grosse Städtewerk der Gemeinde Wien "Das neue Wien", dessen Erscheinen unmittelbar bevorsteht, interessante Mitteilungen gemacht.

Ein kommunalpolitisches Propagandawerk über Wien.

Vizebürgermeister Emmerling, der Vorsitzende des mit der Zusammenstellung des Werkes betrauten Redaktionskomitees, führte aus:

Im Wandel der Zeiten hat Wien mancherlei Ungemach erlitten. Oft hart bedrängt, hat sich diese einzigartige Stadt dank ihrer günstigen geographischen Lage und der Wesensart ihrer Bevölkerung immer wieder aufgerichtet. Als die Metropole der alten österreichischen-ungarischen Monarchie ist Wien zu einer Weltstadt geworden, die man mit Recht das Herz Europas genannt hat. Eine überaus arbeitsame Bevölkerung schuf sich auf den mannigfaltigsten Gebieten des Gewerbes, des Handels und der Industrie einen Welt Ruf. Mit der Entwicklung der Vororte dehnte sich die Stadt immer mehr aus und zählte im Jahre 1914 mehr als zwei Millionen Einwohner.

Die günstige Weiterentwicklung, für die alle Voraussetzungen vorhanden waren, ist durch den Ausbruch des Weltkrieges je gehemmt worden. Das Volk von Wien hatte nun schwere Zeiten zu ertragen. Die Stadtverwaltung war nicht in der Lage, auch nur die lebensnotwendigsten Nahrungsmittel für die Bevölkerung sicherzustellen. In den letzten Jahren des Krieges litt Wien an allen Erfordernissen des Lebens furchtbaren Mangel. Die Bevölkerung hungerte; überall trat das Gespenst der Not offen zu tage. Wien glich in jenen Jahren einer toten Stadt. Um nicht von uns Wienern, sondern von objektiven ausländischen Beobachtern stammt der Ausspruch, dass Wien es war, das von allen Städten der Erde unter den Folgen des Krieges am meisten litt. Für Wien bedeutete der Krieg nicht nur den Stillstand der Kultur, sondern das Aufhören jeglichen grosstädtischen Lebens.

Fast noch schlimmer wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte im November 1918. Vom Zerfall des alten Oesterreich, einer Folge der militärischen Niederlage und des politischen Umsturzes, wurde wieder Wien am härtesten betroffen. Es entstand die kleine Republik Deutschösterreich, die kaum sechs Millionen Einwohner zählte, von denen ein Drittel in der Hauptstadt Wien lebte. Damals wurde das Wort von "Wasserkopf" am Körper der jungen Republik geprägt. In völliger Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse wurde damals Wien von den übrigen Bundesländern der grosse Esser, dem in diesem kleinen Lande die Existenzberechtigung fehle, genannt. Es kam die Periode der Absper-

rung der einzelnen Bundesländer gegen Wien und gegeneinander, ein Ausdruck der separatistischen Bestrebungen jener Zeit, in der sich jeder selbst der nächste war, jener Zeit der furchtbaren Not, von der nach dem Zusammenbruch alle Glieder des neuen Staates ergriffen wurden. Und wieder wütete Hunger und Elend am schrecklichsten in Wien. Die Stadtverwaltung war gezwungen, die Strassenbahnen stillzulegen, da nicht einmal die zur Erzeugung von elektrischer Kraft notwendige Kohle vorhanden war. Auch andere unerhört tief in das Wirtschaftsleben einschneidende Sparmassnahmen mussten getroffen werden, um wenigstens die notwendigsten Betriebe aufrechterhalten zu können.

Wenn man dagegen die gegenwärtige Lage der Wiener Gemeindeverwaltung objektiv betrachtet, so wird man den Wunsch zahlreicher Kommunalpolitiker des Auslandes begreiflich finden, die immer wieder eine zusammenfassende autentische und ausführliche Darstellung der Wiener Gemeindegearbeit in den Jahren ^{seit} 1919 verlangt haben. Diesen Wünschen entsprechend wurden die umfangreichen Vorarbeiten für das wichtige Werk in Angriff genommen und so rasch beendet, dass mit dem Erscheinen des ersten Bandes bereits in den nächsten Wochen zu rechnen ist.

Die grossen Aufbauarbeiten, die in den letzten Jahren von der Gemeinde Wien geleistet wurden, sollen in der grössten Publikation über das Wien der Nachkriegszeit zusammenfassend und ausführlich dargestellt werden. Viele Städte besitzen heute bereits ihr Städtewerk, eine Lücke, die bei uns "Das neue Wien" auszufüllen berufen sein wird. Zum Unterschied von den allgemein üblichen Städtewerken wird jedoch "Das neue Wien" einen durchaus neuen Typus dieser Veröffentlichungen darstellen, da die vier starken Bände sich durchwegs mit der eigentlichen Gemeindegearbeit innerhalb der kurzen Zeitspanne seit Kriegsende beschäftigen werden. Dieses Standardwerk moderner Kommunalpolitik wird die mannigfachen Aufgaben der Gemeindeverwaltung und die Wege zu ihrer Lösung darstellen. Die Stellung der Stadt Wien in Oesterreich und Europa, die Gesichtspunkte der städtischen Finanzpolitik, das Verhältnis der Gemeinde zu ihren Mitarbeitern, ihre Einstellung zur Schulfrage, zu sozialpolitischen und Fürsorgeaufgaben haben gegenüber der Zeit vor dem Kriegsende so grundlegende Veränderungen erfahren, dass immer wieder - insbesondere von Seiten führender Kommunalpolitiker des Auslandes - der Wunsch laut wurde, die Arbeiten der Gemeinde auf diesen Gebieten zusammengefasst zu sehen. Nicht minder reiches Material bieten natürlich die Angelegenheiten des Wohnungswesens, des Bauwesens und der übrigen technischen Leistungen der Gemeinde. Die städtischen Unternehmungen, die die Gemeinde zu einem der grössten Kaufleute machen, werden ebenfalls in dem Werke ausführlich zur Behandlung gelangen.

Vizebürgermeister Emmerling schloss seine Ausführungen mit den Worten: "Durch dieses grosse Werk soll vor aller Welt der neuerliche Beweis dafür erbracht werden, dass vor unser aller Augen ein neues Wien entstanden ist. Aus dem ehrwürdigen Wien des Stephansdomes, aus dem höfischen Wien Maria Theresias, aus dem harmonienreichen Wien eines Beethoven, Mozart und Strauss ist ein neues Wien entstanden, das die Traditionen jahrtausendalter Kultur schätzt, aber gleichzeitig in vollem Bewusstsein seiner neuen Kräfte zu neuen Taten schreitet."

"Das neue Wien" und die österreichische Propagandaarbeit
im Auslande.

Namens des Bundeskanzlers-^{Emmerling} (Bundespressediens) führte hierauf der Leiter des Bundespressdienstes a.o. Gedandter und bev. Minister Eduard Ludwig aus:

Die österreichische Propaganda in der Nachkriegszeit ist mancherlei Schwankungen unterworfen gewesen, Schwankungen, die sich wieder aus der jeweiligen Lage unserer Republik erklärten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch betonen, dass die Werbearbeit für Oesterreich sich immer in gewissen Grenzen halten muss, deren erste nicht zuletzt die notwendige budgetäre Beschränkung war. Es ist auch manche Kritische Stimme, wegen mangelnder Erfolge erhoben worden, ich bestreite nicht die Berechtigung in gewissen Fällen; trotzdem möchte ich in Verteidigung der von mir vertretenen Aufgaben doch eines feststellen: da^{immer} nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet wurde, um dem Auslande das richtige Bild Oesterreichs, seiner Politik und seiner Wirtschaft zu bieten. Die publizistische Vertretung österreichischer Interessen dem Ausland gegenüber erfasst Oesterreich nur als Ganzes, sie sieht ab von den notwendigen Evolutionen unserer Innenpolitik. Denn diese Erscheinungen der Innenpolitik, eine unentbehrliche Folge der politischen Evolutionen, sind nur zu leicht geeignet, dem Auslande ein falsches Bild der tatsächlichen Lage zu geben. Der politische Machtkampf, wie er in allen Gebietskörperschaften sich abspielen muss und natürlich auf allen Seiten mit mehr weniger berechtigten, aber doch unvermeidbar subjektiven Urteilen geführt wird, ist in seinem Wesen vor allem eine rein innenpolitische Angelegenheit, für das Ausland wohl Gegenstand der Beachtung, aber nicht grundlegende Basis für die allgemeine Ueteilsbildung. Der Bundespressediens, den zu vertreten ich schon eine geraume Reihe von Jahren die Ehre habe, hat in seinen Beziehungen zur ausländischen Presse immer und immer wieder darauf verwiesen, dass es bei dem zu wiederholten Male betonten Wohlwollen, das das Ausland Oesterreich entgegenbringt, vorteilhafter wäre, von den Streitigkeiten des Tages, wie sie ja selbstverständlich auch bei uns unvermeidlich sind, zu abstrahieren und die Betrachtung mehr auf die positive Arbeit, die bei uns zu Lande geleistet wird, einzustellen. Ich möchte an dieser Stelle der Auslandspresse den Dank der österreichischen Oeffentlichkeit dafür aussprechen, dass dieser Appell nicht ohne Erfolg geblieben ist und die Summe unendlicher Einzelarbeit, die in dem Begriff des Wiederaufbaues unserer Republik zusammengefasst werden kann, stark in den Vordergrund der Erörterungen über die Republik Oesterreich gerückt wurde. Der Vorsiteznde der heutigen Besprechung, Herr Vizebürgermeister Emmerling, hat Sie, meine Herren, heute hieher gebeten und es wurden Ihnen Mitteilungen über ein grosses, im Werden begriffenes Werk über das neue Wien gemacht. Ich danke dem Herrn Vorsiteznden, dass ich Gelegenheit habe, dieser Besprechung anzuwohnen und ich möchte im Sinne meiner Ausführungen Sie bitten, das Werk, dessen erster Band in den nächsten Zeit erscheinen wird, als das zu betrachten, als was es gewertet werden muss, als einen Ausschnitt aus dem grossen Kampfe der mit friedlichen Waffen und mit dem Endzweck geführt wird, das österreichische Wirtschaftsleben auf eine gesunde Basis zu stellen und un-

serer österreichischen Wirtschaft die Zukunft zu sichern, denn in diesen Bestrebungen kommt dem neuen Wien eine nicht geringe Rolle zu. Wenn Sie heute von den anwesenden Herren, die Ihnen Referate erstatten, gebeten werden, von diesem Werke gebührend Akt zu nehmen, so schliesse ich mich diesem Appell aus dem früher in Kürze skizzierten gesamtösterreichischen Interesse an, denn Sie werden so nicht nur zu objektiv würdigenden Mitarbeitern an dem wirtschaftlichen Wiederaufbauwerk unseres Staates, sondern wir alle können - und ich erlaube mir, dies zu sagen - damit auch einen Teil einer Dankesschuld abstaten, den wir dieser Stadt und ihren Verwaltern für die uns so oft bewiesene Gastfreundschaft schuldig sind.

Die auswärtigen Gemeinden und das Werk.

Für den Deutschösterreichischen Städtebund sprach hierauf Sekretär Karl Honay. Er führte aus:

Der Deutschösterreichische Städtebund begrüsst die Herausgabe dieser Publikation über Wien auf das wärmste. Damit wird einem immer wieder wiederkehrenden Wunsch der auswärtigen Städte entsprochen. Seit dem Jahre 1919 ist eigentlich die Aufmerksamkeit der Kommunalpolitiker der ganzen Welt auf Wien gerichtet. Die neuen Wege, die Wiens Stadtverwaltung auf finanzpolitischem Gebiet beschritten hat, die von den alten Ueberlieferungen vollständig abweichende Grund- und Bodenpolitik, der städtische Wohnhausbau aus den Mitteln einer besonderen Zwecksteuer, die Tarifpolitik, die grosszügige Fürsorgearbeit und die so heiss umstrittene Schulreform, haben die namhaftesten Städteverwalter veranlasst, nach Wien zu kommen und an Ort und Stelle die grossen kommunalen Reformen zu studieren. Der Städtebund hat hier ein grosses Arbeitsfeld vor sich, er hat Studienreisen in das Wiener Rathaus geführt, an der die leitenden Funktionäre der reichsdeutschen Städtevereinigungen teilnahmen, die in wochenlanger Arbeit die Gebarung und die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung prüften und sich sehr lobend über die Wiener Kommunalpolitik aussprachen. Die Internationale Städtevereinigung in Brüssel, der alle bedeutenden Gemeindeverbände angeschlossen sind, hat am Internationalen Städtekongress im September 1925 in Paris, insbesondere auf die Arbeit der Wiener Stadtverwaltung hingewiesen, die von allen ausländischen Städtevereinigungen mit dem grössten Interesse verfolgt werde. Der Deutschösterreichische Städtebund hat versucht durch Sonderhefte seiner offiziellen Zeitschrift, der "Österreichische Gemeinde-Zeitung" auf bestimmte wichtige Verwaltungsgebiete der Gemeinde Wien hinzuweisen, die Stadtverwaltung selbst gibt ständig den in Wien akkreditierten Vertretern der auswärtigen Presse Gelegenheit, die neuen Einrichtungen aus eigener Anschauung kennenzulernen und auch sonst wird versucht, das Ausland in objektiver Weise über den Wiederaufbau Wiens zu informieren. Was aber fehlt ist ein zusammenfassendes Werk, in dem die Leistungen der neuen Stadtverwaltung von berufenen Fachleuten aufgezeigt werden und dem durch die offizielle Mitarbeit der Stadtverwaltung ein gewisser offiziöser Charakter zukommt. Ein sol-

ches Werk ist zu einer dringenden Notwendigkeit für alle Stadtverwaltungen des In- und Auslandes geworden, die daraus entnehmen werden, wie Wien verwaltet, wie Wien aus dem Zusammenbruch zu neuem Leben erblüht ist. Die österreichischen Städte sind hier ohnedies weit zurück. Im Deutschen Reich hat jede grössere Stadt ihre regelmässig erscheinende Monographie, umfangreiche Werke, die oft künstlerisch ausgestattet sind. Bei der eigenartigen Stellung, die Wien von allen Städten der Welt einnimmt, bei der Tatsache, dass es zugleich Stadt und Land ist, wird eine solche alle Zweige der Stadtverwaltung erschöpfend behandelnde Publikation das grösste Interesse aller auf kommunalen Gebiet Schaffenden finden. Im Interesse Wiens und einer zielstrebigen Kommunalpolitik wird der Deutschösterreichische Städtebund alles aufbieten, um dieses grosse Werk in die internationale Gemeinschaft der Stadtverwaltungen würdig einzuführen.

"Den alten und neuen Freunden des neuen Wien in aller Welt gewidmet."

Namens der Geschäftsstelle, die die Vorarbeiten des Werkes besorgt, berichtete Direktor Curt Kronfeld, dass der erste der vier starken Ganzleinenbände, die in ihrer Gesamtheit der grösste Bericht einer Gemeindeverwaltung über eine verhältnismässig kurze Zeitspanne (1919 bis 1926) sind, bereits in den nächsten Wochen erscheint. Hand in Hand mit den umfangreichen Vorarbeiten der Zusammenstellung des Werkes sind die propagandistischen Vorbereitungen für das Werk gegangen. Es wurden viele tausende von Prospekten in verschiedensten Sprachen in die ganz Welt geschickt. Insbesondere ist es durch das Entgegenkommen des Bundeskanzleramtes gelungen, sämtliche Auslandsvertretungen der Republik (Gesandtschaften, Konsulate usw.) zu veranlassen, in den Ländern, in denen sie Oesterreich vertreten, für das Werk eine lebhafte Propagandatätigkeit zu entfalten. So werden die Auslandsvertretungen der Republik für die Verbreitung des Werkes ein weltumspannendes Netz bilden. Das Werk selbst wird zweifellos eine wertvolle Ergänzung der durch die Presse seit Jahren besorgten Aufklärungsarbeit über das neue Wien bilden; zum ersten Male werden die Leistungen der Gemeindeverwaltung, die bisher fallweise in Tages- und Fachblättern besprochen wurden, im Rahmen einer ausführlichen und zusammenhängenden Darstellung der internationalen Öffentlichkeit, für alle Zeiten zugänglich gemacht werden. Der Gliederung des Werkes wurde die nach Abteilungen eingeteilte Geschäftsordnung des Wiener Magistrates zugrundegelegt. Das Redaktionskomitee hat das Buch, das Wiens Wiederaufbau nach dem unseligsten aller Kriege darstellt, "den alten und neuen Freunden des neuen Wien in aller Welt" gewidmet und hofft, dass das Werk dazu beitragen wird, ihre Zahl zu vermehren.

.....

Wien, am Mittwoch, den 14. April 1926

Ein Gemeindestadion auf der Hohen WarteErrichtung einer grossen Badeanlage und von Turnplätzen

Das Verlangen nach Schaffung einer Badeanstalt in Döbling ist sehr alt und in der grossen Ausdehnung dieses Bezirkes begründet. Eine Verwirklichung dieses Wunsches war aber unmöglich, weil der Gemeindeverwaltung keine geeigneten Grundflächen zur Verfügung standen und ein eigener Bau auch sehr grosse Kosten verursacht hätte. Nunmehr wird es möglich sein, durch Erwerbung der von der ehemaligen Filmgesellschaft Dreamland errichteten Anlage ein grosses Sommerbad mit verhältnismässig erträglichen Kosten zu errichten. Dieses Schwimmbad, das in Verbindung mit einem prächtigen Luft- und Sonnenbad und Turnplätzen stehen wird, stellt infolge seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu dem bekannten grossen Fussballplatz, der bereits Eigentum der Gemeinde ist, das schon lange für Wien erstrebte Stadion dar. Ueber diese für Wien so wichtige Angelegenheit berichtete heute amtsführender Stadtrat Kokrda im Gemeinderatsausschuss für Wirtschaftsangelegenheiten. Die zu erwerbenden Grundflächen werden von den Strassenzügen der Hohen Warte und der verlängerten Dionys Andrassygasse begrenzt und befinden sich auf ihnen die Filmaufnahmestellen der Dreamland Company. Der Umfang der Grundflächen, die früher einen Bestandteil des ausgedehnten Besitzes der Döblinger Familie Kreindl bildeten, und zum Schluss einem Herrn Watzl gehörten, ist 18.176 Quadratmeter. Infolge der Betriebseinstellung werden seit längerer Zeit die dort errichteten Baulichkeiten der Filmgesellschaft nicht mehr benützt. Das Filmaufnahmeatelier eignet sich vorzüglich für ein Badebassin, das ungefähr so gross werden wird wie im Jörgerbad. Die angegliederten Garderoberräume und Dekorationsmagazine können als Umkleidegelegenheiten für die Badegäste verwendet werden. Ein vorhandene Kesselhaus dient für die Vorwärmung des Badewassers. Die grossen Tore der Halle führen auf ein sonnige, freies Gelände mit einem wunderbaren Blick auf Wien. Es wird das grösste und schönste Luft- und Sonnenbad werden, dessen sich eine Grosstadt rühmen kann. Dem Platz kommt aber auch die sehr gute Stad- und Strassenbahnverbindung zustatten. Der Gemeinderatsausschuss hat dem Ankauf der Grundflächen und Liegenschaften zugestimmt. Die Gemeinde hat sich bei dem Ankauf der Vermittlung des Dorrotheums bedient. Der Kaufpreis ist 568.000 Schilling. Sobald der Gemeinderat den Ankauf genehmigt hat, wird sofort mit den Herstellungsarbeiten begonnen werden. Dadurch wird nicht nur für Döbling, sondern für die ganze Stadt eine einzigartige, der Gesundheit förderliche, prächtige Anlage neu erwachsen.

Wien, am Donnerstag, den 15. April 1926.

Gemeindesubventionen. Die Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge wird von der Gemeinde Wien seit Jahren finanziell gefördert. Sie besteht seit dem Jahre 1907 und hat als Mittelpunkt aller Jugendfürsorgebestrebungen in Oesterreich eine Reihe von Tagungen veranstaltet, die alle Probleme der Jugendfürsorge und des Kinderschutzes behandelten. Auch eine eigene Zeitschrift und eine grosse Fachbibliothek wurden geschaffen, die brauchbare Hilfsmittel für die mit der öffentlichen- und privaten Fürsorge beschäftigten Stellen sind. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen hat beschlossen, der Zentralstelle auch für das Jahr 1926 eine Gemeindeunterstützung von eintausend Schilling zu gewähren.

Auf Antrag des Gemeinderates Thaller hat der städtische Finanzausschuss der Zoologisch-botanischen Gesellschaft ebenfalls eine Subvention von eintausend Schilling gewährt. Die Gesellschaft feiert heuer ihren fünfundsiebzigjährigen Bestand und wirkt insbesondere durch die unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln an die Schulen.

Starke Zunahme der Gaskonsumenten. Seit der Einführung der Mietgasinstallationen durch die städtischen Gaswerke hat sich die Zahl der Gaskonsumenten in Wien ständig vermehrt. Bis 31. März 1926 wurde in 805 Häusern mit 7137 Wohnungen Gas eingeleitet. Gegenwärtig wird noch in 26 Häusern mit 231 Wohnungen an der Einleitung von Teilzahlungsanlagen gearbeitet. Am 31. März 1926 hatten die städtischen Gaswerke 356.823 Konsumenten, gegenüber 211.815 im Jahre 1913. In den ersten drei Monaten des Jahres 1926 wurden 4.473 Gasapparate aufgestellt. Sehr gross ist auch die Zahl der verkauften Koksöfen nach dem Muster Wiener Gaswerke. Der Verkauf der Gasgeräte nimmt ebenfalls ständig zu. So sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres 907 Gasbügel-einrichtungen, 781 Gasbratrohre und 1028 Gaskocher und verschiedene andere Gasgeräte verkauft worden. Aussergewöhnlich stark wirkt auf die Zunahme des Gasverbrauchs auch die städtische Wohnbautätigkeit an, da in diesen Wohnungen ausschliesslich Gasherde aufgestellt werden.

Freiplätze der Gemeinde an der Hochschule für Welthandel. Für das Studienjahr 1926/27 werden an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel fünf Freiplätze von der Gemeinde Wien verliehen. Bewerber müssen in Wien heimatsberechtigt sein. Es kommen nur solche Bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen in Betracht, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben. Die Gesuche, denen Geburts- und Heimeschein, ein Mittellosigkeitszeugnis, die letzten Studienzeugnisse und das Zeugnis über die Reifeprüfung beigelegt werden müssen, sind an die Magistratsabteilung 8 zu richten und vom 1. bis 15. Juni 1926 bei der Hochschule für Welthandel XIX., Felix Mottelstrasse 1, einzureichen.

Graskarten für die Krieau. Die städtische Kleingartenstelle, I. Doblhoffgasse 6, II. Stock Zimmer 20, gibt an Werktagen, mit Ausnahme von Dienstag und Donnerstag von 8 bis 3 Uhr Graskarten für die Krieau im Prater aus. Der Preis für eine Karte ist zwanzig Schilling)

Wien, am Freitag, den 16. April 1926

Der Besuch der Lobau, die der Gemeinde Wien gehörige obere Lobau, die bis zum Jahre 1918 ein geschlossenes Hochwildjagdgebiet bildete, wurde unter ähnlichen Bedingungen, wie sie für den Besuch des Lainzer Tiergartens bestehen, für den allgemeinen Besuch freigegeben. Es wurden bei allen Eintrittstoren Orientierungstafeln angebracht und auch für ein ausgedehntes Wegmarkierungsnetz gesorgt. Als Besuchstage wurden alle Sonn- und Feiertage und die Wochentage mit Ausnahme des Donnerstag festgesetzt. Die Eintrittsgebühren betragen für Erwachsene zwanzig Groschen und für Kinder zehn Groschen. Die Gebühr für Motorradfahrer wurde mit zwei Schilling festgesetzt. Für jede Begleitperson der Motorradfahrer ist ^{je} eine Eintrittskarte für Erwachsene zu lösen. Die Kartenausgabe ist an Sonn- und Feiertagen bei den Einlassorten, an Wochentagen im Gross-Enzersdorfer Gasthaus, im Uferhaus und bei Egerer, im Jägerhaus ausserhalb Aspern und im Gasthaus Grill, sowie am Hochwasser-Schutzdamm. Verkehrsgelassenheiten mit der Strassenbahn über Kagran nach Aspern oder weiter bis Gross-Enzersdorf, mit der Strassenbahn oder Ostbahn bis Stadlau. Vom Kaisermühlen können auch Motorbootüberfahren benützt werden. Im Forsthaus Lobau und im sogenannten Lobgrund wird Milch aus der städtischen Oekonomie ausgeschmakt. Es ist eine bekannte Tatsache, dass die Bevölkerung dieses so nahe bei Wien liegende herrliche und ausgedehnte Gebiet mit besonderer Vorliebe aufsucht. Die Gemeinde bittet um Schonung aller Kulturen und insbesondere des reichlichen Wildstandes.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. April 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung.

Ohne Wortmeldung werden mehrere Anträge angenommen. Darunter der Antrag des Vizebürgermeisters Emmerling auf Errichtung einer Gasgebläseanlage im Gaswerke Simmering (Sachkredit 600.000 Schilling) ferner der Antrag auf Errichtung einer Wassergasanlage im Gaswerke Leopoldau (2.600.000 Schilling) sowie die Anschaffung von vier Quecksilberdampf-Gleichrichtersätzen. Weiter der Antrag des Gemeinderates Alt auf Ankauf von vier Häusern in der Wiesengasse und Bechtergasse im Liechtental, das Mehrerfordernis von 5200 Schilling für das Fabrikationsmaterial des Institutes für Krüppelfürsorge, weiter eine Subvention von 1000 S. für die Zentralstelle für Kinderschutz- und Jugendfürsorge auf Antrag des Gemeinderates Hiess. Schliesslich die Anträge des Gemeinderates Iser auf Errichtung einer Gartenanlage und zweier Kinderspielplätze auf den Gründen der Modena realität (28.000 S.), die Herstellung von Betoneinfassungen und die Blumenauspflanzung der Baumscheiben in der Gehaltee der Ringstrasse längst des Rathausparkes (26.000 S.), die Neulegung von Hochquellenrohrsträngen im Bereiche der Wohnhausgruppe Sande-leiten in Ottakring (49.000 S.), einige Baulinienabänderungen und schliesslich der Bauentwurf für den Wohnhausbau in Währing, Gertzgasse 79 (Kostenbetrag 336.000 S.), den Stadtrat Siegel beantragt. Auf Antrag des Gemeinderates

Thaller erhält die Zoologisch-botanische Gesellschaft eine Subvention von 1000 S und der Verein für Geschichte der Stadt Wien 1500 S.

Hierauf wird die Debatte über die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1924 fortgesetzt.

Als erster spricht G.R. Zimmerl (chr. soz.) der ausführt: Wir haben vorausgesehen, dass die Hiebe, die Kollege Kunschak gelegentlich seiner Rede auf dem Parteitag gegen die Finanzverwaltung dieser Stadt gerichtet hat Eindruck machen werden, wir konnten aber nicht erwarten, dass sie so stark und fest sitzen würden. Stadtrat Breitner hat sich in seinem Schlusswort überhaupt nicht mehr mit dem Rechnungsabschluss befasst, sondern ausschliesslich mit der Rede Kunschaks. Seine Antwort wurde vervielfältigt und in einer Massenaufgabe an die Wiener Bevölkerung verteilt. Wenn er ihr den Titel gibt "Kapitalistische oder sozialistische Steuerpolitik" so antworten wir darauf, dass wir selbst weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Steuerpolitik wünschen sondern eine vernünftige! Wir können nicht zusehen, wie die Wirtschaft getötet wird, wir wollen die Wirtschaft fördern. Sie bringen das Kunststück zusammen, sowohl eine kapitalistische als auch eine sozialistische Politik zu betreiben. Und zwar gleichzeitig, nämlich sozialistisch in der Gemeindeverwaltung, rein kapitalistisch in den Unternehmungen. Dass Breitners Steuerpolitik nicht nur die Reichen trifft, wissen wir alle, ich will dies aber jetzt nur an dem Beispiel der Nahrungs- und Genussmittelabgabe kurz darstellen.

Vor allem müssen wir uns dagegen wenden, wie man mit den steuerpflichtigen verhandelt. Man versucht nämlich jetzt die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf gewisse Sechereibetriebe auszudehnen, richtet an die Stadtselcher eine Zuschrift, worin man von fünf Prozent Abgabe spricht die vom Bruttoumsatz, der ja schon von der Warenumsatzsteuer getroffen wird, zu leisten sind. Der Genossenschaftsvorsteher verhandelt ehrlich und offen und wird dafür hier später vor der Öffentlichkeit lächerlich gemacht. Wenn Sie es so weiter treiben mit Ihren Rosstänscherkünsten, so wird mit Ihnen überhaupt niemand mehr verhandeln. Es wird immer behauptet, dass durch diese Steuer nur die Luxusbetriebe getroffen werden. Der frühere Name Speise- und Getränkeabgabe, der später dann in Nahrungs- und Genussmittelabgabe abgeändert wurde, sollte zum Beispiel in der Einhebung der Abgabe in Betrieben wie bei Sacher begründet sein. Auch wenn man von dort Speisen wegträgt, so sollen sie ruhig besteuert werden, ähnliches gilt auch für die Konditoreien. Wenn Sie aber einen Betrieb wie den Selcher Sauer jetzt auf einmal in die Abgabe einbeziehen, so verteuern Sie dem armen Teufel, der dort sein Nachtmahl, ein paar Würstel, kauft. Ich lade den Herrn Stadtrat Breitner ein, sich an einem Samstag anzusehen, welche Leute sich bei Sauer förmlich anstellen. Das sind Arbeiter Angestellte und Mittelständler. Wir müssen daher auf das entschiedenste gegen diese Einbeziehung Stellung nehmen, wir glauben, dass endgültig über diese Sache beim Verwaltungsgerichtshof gesprochen werden wird. Wie unhaltbar diese Zustände sind geht schon daraus hervor, dass der Ertrag der Abgabe im Jahre 1923 40 Milliarden, im Jahre 1925 aber mehr als 120 Milliarden Kronen war.

Redner beschäftigt sich mit den letzten Ausführungen des Stadtrates Weber, der sich an der Debatte lebhaft beteiligte. Er war sichtlich erregt und nervös, was sich wohl damit begründet lässt, dass er ein arbeitsfreudiger Mensch, plötzlich durch das Ableufen des Anforderungsgesetzes sozusagen ein amtsführender Stadtrat geworden ist, der kein Amt zu führen hat.

Vom Wohnungsamt wurden ausgewiesen 4000 frei werdende Wohnungen, seit dem Ablauf des Anforderungsgesetzes aber in der kurzen Zeit von zwei Monaten dreitausend Wohnungen. Das heisst mit anderen Worten, dass bis Mitte März genau so viel Wohnungen frei wurden, wie früher in einem ganzen Jahr. Hier herrscht eine Unklarheit. E. warf uns Gedächtnisschwäche vor. Das Zahlenmaterial, das den Mitgliedern des Wohnungsausschusses und des Stadtsenates zur Verfügung steht, besagt jedoch, dass angeforderte Wohnungen 3243 vorhanden waren. Die angenommene Ziffer von 4000 ist also noch zu hoch gegriffen. Eine zweite Tabelle zeigt, dass im Monat Jänner allein 1675 Wohnungen angemeldet wurden beim Wohnungsnachweis. Das heisst also solche Wohnungen, die sonst Gegenstand der Anforderung waren. Auf zwei Monate umgerechnet ergibt dies also 3000 Wohnungen oder die Zahl der früher in einem ganzen Jahr aufgetragenen. Ueber diese merkwürdige Differenz müssen wir doch Aufklärung verlangen.

Angespielt wurde auch auf die Bemerkung die Stadtrat Weber über die wirtschaftliche und soziale Eignung der Mieter gemacht haben soll. Stadtrat Weber erklärte, dass er nirgends und niemals solche Worte gebraucht habe. Ich stelle demgegenüber fest, dass diese in März oder April vorigen Jahres nach ihrer gehaltenen Rede abgedruckt ist. Es heisst dort, dass sich die Mieter/wirtschaftlichen und sozialen Situation eignen müssen und dies steht nicht vielleicht in der Reichspost sondern im amtlichen Anzeiger für Wohnungstausch und Untermiete! Viel schärfere Töne schlug der Herr Stadtrat im Finanzausschuss an, wo erklärte: Sie können doch von uns nicht verlangen, dass wir Jeden in die städtischen Wohnhäuser aufnehmen. Sie weisen eben die Wohnungen nicht rasch an Obdachlose zu, die sind Ihnen heute zu schäbig. Sie schaffen eine neue Art von Aristokratie, das sind die Herren "Von-Genossen", die Sie in die Wohnhausbauten aufnehmen. Statt, dass man die Aermsten, wie man nur kann, stützt, ist die Gemeinde Wien der kinsgeierischste Hausherr, wenn dieses von Ihnen so gern gebrauchte Wort eine Steigerung zuliesse. Redner beschäftigt sich zum Schluss mit den städtischen Unternehmungen und ihren Bilanzen kurz erklärt, dass mit den Ziffern mehr als jongliert würde, dass hier ein Zauberer sein Wesen treibe, der ganze Posten wirklich und nicht nur zum Schein verschwinden lassen könne und wendet sich gegen diese zusammengestutzte Bilanz, die viel zu wenig Rubriken enthält. Seit den Jahre 1923 nehmen die Posten immer mehr ab dadurch verweigert man nicht nur die Kontrolle über die Gebarung sondern auch die öffentliche Rechnungslegung zu der die Unternehmungen verpflichtet sind. Man könne ja die Bilanz noch vereinfachen, indem man überhupt nur zwei Rubriken nämlich Einnahmen und Ausgaben macht. Redner stellt schliesslich den Antrag der Rückverweisung, der bei der Abstimmung abgelehnt wird.

G.R. Scholz (chr. soz.) ersucht den Referenten um verschiedene Aufklärungen über einzelne Posten des Rechnungsabschlusses und befasst sich dann vorwiegend mit der Strassenbahn. Im vergangenen Jahre wurden 125 Triebwagen aus dem Verkehr gezogen und um zehn Millionen Fahrgäste mehr befördert. Aus diesen Tatsachen könne man ersehen, dass die Strassenbahndirektion nicht daran gedacht hat, dem Verkehr zu verbessern. Redner zitiert dann zahlreiche Ziffern aus dem Rechnungsabschlusse, stellt vergleichende Betrachtungen an und gelangt zu dem Schlusse, dass die Posten keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben können.

G.R. Panosch (chr. soz.) wünscht, dass die Frage der Vorauszahlungen endlich geregelt werde. Die von den Gas- und Stromkonsumenten geleisteten Beträge müssten aufgewertet und verzinst werden. Dann bespricht der Redner die Strassenbeleuchtung von der Inneren Stadt, die er als schlecht bezeichnet, insbesondere die Kärtnerstrasse sei nach dem Verlöschen der Geschäftslampen finster wie ein polnisches Dorf. Dann wünscht Redner die Wiederherstellung von aufgelassenen Strassenbahnhaltestellen und die Schaffung von Sitzgelegenheiten für Trauergäste der neuen Aufbahrungshalle im Zentralfriedhofe.

G.R. Müller (chr. soz.) beschäftigt sich mit der Verwaltungstätigkeit des Direktors Lasch, der bei der Leichenbestattung Preastreiberei übe. Beispielsweise werde für eine Gruft auf dem Meidlinger Friedhof der unerhört hohe Betrag von 55 Millionen Kronen verlangt. Die gesamte Grundfläche des Friedhofes koste nicht soviel. Redner tritt dann für die Herstellung der Zufahrtstrasse zum Friedhof ein und wünscht die Verbesserung der Strassenbeleuchtung, sowie die Belassung von Gaslaternen an den Ecken jener Strassen, die elektrische Beleuchtung haben. Man dürfe die Gaskandelaber nicht einfach entfernen, sondern müsse eine Art Notbeleuchtung für die Vorsorge treffen, sonst könne es wie letztthin geschehen, dass im Falle einer Störung ganze Strassenteile ohne Licht sind. Der Strassenbahnverkehr sei schlecht und es scheine, dass die durch den Stadtbahnbetrieb erwachsenen Mehrkosten mit der Drosselung des Strassenbahnverkehrs herbeigebbracht werden sollen. Schliesslich fordert Redner eine ausgiebige Bespritzung der Ausgangsstrassen Wiens an schönen Sonntagen, um der Staublage zu begegnen.

G.R. Lehninger (chr. soz.) bespricht die Verhältnisse bei der Krankenkasse der Strassenbahnen, die im letzten Jahre einen Vermögenszuwachs von acht Milliarden hatten und trotzdem der alten Verpflichtung auf Schaffung von Rekonvaleszentenheimen nicht nachgekommen. Auch die Ambulatorien lassen viel zu wünschen übrig, sie sind heute nichts anderes als eine Versorgungsanstalt für hebräische Aerzte die obendrein ihren Dienst lax versehen. Dann führt Redner Beschwerde darüber, dass dienichtsozialdemokratischen Strassenbahnorganisationen bei der Vergebung von den sogenannten Extradienstleistungen systematische übergegangen werden. Er verliest eine lange Liste von Namen solcher Strassenbahnbediensteter denen kein Extradienst gegeben wurde und bemerkt, es befinde sich darunter ein Familienvater mit vier Kindern, der aus Kränkung über die fortwährende Zurücksetzung Selbstmord verübt habe. Diese parteimässige Behandlung müsse endlich einmal aufhören.

G.R. Hedorfer (soz. dem.) ruft der Opposition zu: Zur Zeit Eurer Herrschaft hättet Ihr einen Menschen der nicht pariert ans Rad gebunden und ihn gevierteilt. Kunschak wird es bestätigen und Ihr wollt über Benachteiligung heute klagen.

G.R. Müller (chr. soz.) lachend: Der Hedorfer muss immer kitzeln.

G.R. Hedorfer: Gestehen Sie es doch ein, dass es so war (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe bei der Opposition).

G.R. Lehninger: Wir würden lebhaft wünschen, dass die Strassenbahndirektion wieder einmal objektiv wird. Redner bespricht einen Fall, wo der Schaffner beim Uebertritt in die Freie Gewerkschaft sofort durch Extratouren belohnt wurde. Das ist die Freiheit, von der der Bürgermeister im Nachrufe beim Begräbnis des Verbandspräsidenten Schulz gesprochen hat. Damals sagte das Stadtoberhaupt, dass die Gemeindegestellten erst jetzt zu wirklich freien Menschen geworden sind, während sie früher nur Parasiten waren. Wenn man die Freiheit sich aber näher ansieht, so sieht sie ganz anders aus. Redner bringt den Fall der Kündigung eines in der Hauptwerkstätte Beschäftigten zur Sprache. Vom Mann des Bildungsausschusses vielfach beschimpft, gab dieser Mann seine Beziehungen zur Redaktion der Leuchtrakete auf. Unerhört wurde er weiter behandelt, wurde bei einer Vorsprache beim Stadtrat Speiser abgefertigt mit dem Hinweis, dass das alles Parteisache sei und er (Stadtrat) eine Amtsperson sei. Vielfachen Drangsalierungen ausgesetzt wurde er schliesslich auf die Strasse geworfen. (Stadtrat Speiser: Wenn das alles nur so ist!) Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Der Bildungsausschuss der Hauptwerkstätte ist ja der reinste Bildungsausschuss für Plattenbrüder.) Redner beschäftigt sich hierauf mit Anschlägen im Bahnhof Gürtel, wo die Freie Schule Kinderfreunde der Republikanische Schutzbund, der Freidenkerbund, die Naturfreunde und der Verein die Flamme ihre Propaganda betreiben. Solange nicht mit dem Terror und den Gewaltmassnahmen bei der Strassenbahn gebrochen wird, können wir nicht für Rechnungsabschluss stimmen.

G.R. Doppler (chr. soz.) beschäftigt sich mit den Heizanlagen der Strassenbahnwagen die aus den Wagen entfernt wurden, sodass die Beheizung während des Winters nicht möglich ist. Trotzdem hat man vom Referententisch seinerzeit erklärt, dass alles in schönster Ordnung sei. Redner verlangt Aufklärung darüber. Er bespricht sodann das Ueberfüllungswesen der Strassenbahnwagen. Der Zustand sei unerträglich und die schlechte Ausnutzung der Monopolstellen. Schliesslich bespricht er einen Vorfall auf der Stadtbahn, wo am 8. Februar auf einem Zuge der Donaukanallinie und Gürtellinie die Fenster auf beiden Seiten geöffnet waren, obwohl es ein Wintertag war, und der Fahrtbegleiter hierzu erklärte, er sei nicht in der Lage dem Uebelstand abzuhelpen. Es wäre doch endlich einmal festzustellen, wer berufen ist, für die Ordnung im Zug zu sorgen. Erst nach zweijährigem Kampf ist es gelungen, die Früherlegung des ersten Zuges der Linie 43 um 12 Minuten zu erreichen. Die Strassenbahndirektion stellt sich immer auf ihren Justamentstandpunkt. Redner verlangt die Weiterführung des Nachtautobuses bis nach Dornbach, weil das Bedürfnis danach tatsächlich vorhanden ist und bespricht zum Schluss den Abbau einiger Leute im Kohlenbergbau Neufeld an der Leitha, wo ein mehrfach beschäftigter Mann im Betriebe verblieb. Leute christlicher Gesinnung aber, die sonst keine Einkünfte haben abgebaut wurden.

G.R. Erbau (chr. soz.) verlangt, dass die Geschäftsleute die bei den Strassenherstellungen durch die Gemeinde Wien in ihrem Betriebe schwer geschädigt werden, unterstützt werden. Beim Umbau des Gewölbes des Alsbaches stehen die Planken der Abgrenzung bis knapp an die Geschäftsportale und der Geschäftsgang wird dadurch lahmgelegt. Die Depu-

ation der Geschäftsleute, die bei den Stadträten Emmerling und Siegel vorsprachen, wurde damit abgespeit, dass die Gemeinde keinerlei Unterstützungen für sie geben könne. Redner beschäftigt sich zum Schluss mit den Prozessen wegen der Leichenversicherungen, deren Erfüllung die Gemeinde Wien nicht einhält. Die Gemeinde muss unter allen Umständen einen einmal geschlossenen Vertrag einhalten und nicht so wie bisher üblich ein Begräbnis letzter Klasse für ein Begräbnis erster Klasse, auf das jemand versichert war, geben. Das ist unanständig und einer Stadt, die dazu noch den Rang eines Landes hat, unwürdig.

Vizebgm. Emmerling kommt in seinem Schlusswort auf die in der Debatte vorgebrachten kritischen Bemerkungen und Beschwerden zurück. Gegenüber dem Gemeinderate Haider, der sich über tiefgehende Unterschiede zwischen den Ziffern des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses wunderte, müsse auf die Veränderungen wirtschaftlicher Art hingewiesen werden, die seit der Aufstellung des Voranschlags eingetreten sind, und die sich naturgemäss auch in der Gebahrung ausdrückten. Solche Veränderungen zeigten sich auch in der Vorkriegszeit. Man kann eben die Führung eines Geschäftes nicht auf ein Jahr vorher in allen Einzelheiten genau bestimmen. Das kann man nicht einmal von seinem eigenen Haushalt sagen.

Ueber die öffentliche Beleuchtung wurde schon gelegentlich der Budgetdebatte mitgeteilt, dass nach Möglichkeit Verbesserungen vorgenommen worden sind und dass zu 72 Prozent der Vorkriegsstand in der Gasbeleuchtung eingeführt erscheint, wozu aber noch die neue Elektrische Beleuchtung kommt, mit denen viele Strassen bedacht wurden. Freilich können nicht mit einem Schlage die Beleuchtungsverhältnisse auf das normale Mass gebracht werden. Zur Führung der städtischen Unternehmungen ist zu sagen, dass wir auf der Basis der Selbstkosten wirtschaften und die Preise ohne Nötigung nicht erhöhen. Wenn über den Zillingdorfer Bergbau Beschwerden laut wurden, so ist darauf zu erwidern, dass die Auslandskohle billiger geworden und die Gesteungskosten in Zillingdorf gestiegen sind. Wir müssen angesichts dieser Erscheinungen untersuchen, inwieweit es Sinn und Zweck hat, diesen Bergbau noch weiter zu betreiben.

G. R. Angermayer (chr. soz.): Damit sagen Sie, dass Sie Zillingdorf eingehen lassen müssen.

Vizebgm. Emmerling: Zur Zeit, als wir das Zillingdorfer Werk voll ausnützten hatten wir auch noch keine Wasserkräfte. Sie sind nun wirksam und das macht sich natürlich in der Elektrizitätsversorgung fühlbar. Wir können doch nicht Kesselheizen, wenn wir genügend Wasserkraft haben. Wir müssen die Ausbeute in Zillingdorf so gestalten, dass sie sich noch in unserem Betrieb einfügen lässt. Dabei ist zu bedenken, dass wir die Unternehmungen nicht mit Absicht auf Gewinn führen. Wenn die Stromkosten den Kosten der Stromerzeugung gleich sind, so ist damit erwiesen, dass wir auf der Basis der Selbstkosten arbeiten. Und wenn wir die Betriebe bisher so geführt haben, dass wir alles was nicht wertvermehrend war, sondern was nur zur Führung des Betriebes notwendig gewesen ist, auf Betriebsausgaben gesetzt haben, so taten wir daran gut. Wir hätten ja verschiedene Anlagen beim Elektrizitätswerk und Gaswerk und bei den Strassenbahnen, die in den letzten Jahren geschaffen worden sind, nach Ihrer Methode aus Anleihegeldern bezahlen können. Aber wir mussten doch auch auf die Fortschritte der Technik Rücksicht nehmen. Diese durch den Krieg erzeugten technischen Fortschritte haben speziell in der Elektrizitätswirtschaft zu einer völligen Umstellung

geführt. Hätten wir also diese Anlagen damals aus Anleihegeldern geschaffen, so müssten wir heute rasche Abschreibungen vornehmen, sollten wieder nur unsere Bilanz belasten, oder aber wir hätten Anlagen zu Buch

stehen, die den Fortschritten der Technik eigentlich nicht mehr entsprechen, daher haben wir gut daran getan, alles aus Betriebsmitteln bestreiten.

Zu der Kritik, die Gemeinderat Zimmerl vorbrachte, ist zu sagen, dass er augenscheinlich nicht die ganze Bilanz durchgesehen hat, sonst hätte er nicht nach Posten fragen können, die in einer zusammenfassenden Uebersicht enthalten sind. Daraus können Sie ersehen, dass wir nichts verschleiern wollen. Was den Ausbau der technischen Einrichtungen anlangt, so haben auch die städtischen Elektrizitätswerke alles getan, was möglich war. Wir haben die Kessel geändert und dadurch den Erfolg erzielt, dass wir mit weniger Kohle mehr Strom erzeugen! Die Vorauszahlungen für Gas und Strom wurden von den Werken zu einer Zeit eingehoben, in der ohne gesicherte Vorratswirtschaft überhaupt eine Betriebsführung unmöglich gewesen wäre. Wir konnten in der schwersten Zeit der Eisenbahnerstreiks Gas und Strom ohne Beschränkung liefern und haben in dieser Stadt keinen Menschen gehabt, der in Sorge war, ob er sein Mittagessen kochen oder seine Wohnung elektrisch beleuchten wird können, weil wir eine gut fundierte Vorratswirtschaft geführt haben. Wir brauchen täglich dreihundert Waggon Kohle für unsere Gas- und Elektrizitätswerke und Sie können sich denken, welche Vorräte da angesammelt werden müssen, um einen Eisenbahnerstreik, wie wir ihn schon gehabt haben, auszuhalten! Es ist uns aber gelungen. Die Wiener Bevölkerung hat immer Gas und Licht erhalten. Um über diese Vorratswirtschaft durchführen zu können, mussten wir diese Vorauszahlungen einheben, deren Verzinsung möglich ist, aber den Konsumenten gar keinen Vorteil bringen. Bedenken Sie doch, dass wir siebenhunderttausend Gas- und Stromabnehmer haben. Stellen Sie sich doch die Arbeit vor, die mit der Berechnung dieser Zinsen verbunden ist. Die Kosten dieser Arbeit müssen natürlich die Konsumenten bezahlen. Die Minderheit hier in diesem Saal hat dies übrigens schon längst eingesehen und auch einmal dieses Verlangen zurückgezogen. Das Gericht hat sich ebenfalls auf unsere Seite gestellt, weil diese Vorauszahlungen jene Beträge waren, die uns die Vorratswirtschaft/und der Bevölkerung eine klaglose Versorgung mit Gas und elektrischen Strom gesichert haben. Was die Heizkörper in den Strassenbahnwagen anlangt, so muss festgestellt werden, dass sie im Krieg herausgenommen worden sind und für die Kriegführung dienten. Wir bauen diese Heizkörper wieder ein. Uns daraus einen Vorwurf zu machen, ist unverständlich. Der Autobusverkehr in der Inneren Stadt hat nur dann einen Zweck, wenn die Leute auf den Wagen nicht warten müssen, weil sie sonst rascher zu Fuss am Ziel sind. Wir haben auch da die verschiedensten Versuche gemacht und ist der gegenwärtige Zustand der beste. Auch am Sonntag haben solche Wagen geführt. Sie sind aber leer geblieben, weil an diesem Tag die Stadt leer ist. Wir bemühen uns auch die vielen Strassenbahnwünsche zu erfüllen. Das dies schwer ist, muss wohl auch der Gegner zugeben. Unsere Unternehmungen werden nach einem bestimmten Prinzip geführt, das wir weiter beibehalten werden. Wir haben diese Unternehmungen ausgebaut, sie brauchen an die Gemeindegasse keine Gewinne abzuführen, aber sie müssen sich selbst erhalten. (Lebhafter Beifall)

Damit ist die Debatte über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen beendet. Sie werden mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt, dass die Kosten der öffentlichen Beleuchtung auf dem Karlsplatz, die anlässlich der neuen Führung der Strassenbahnlinien aufgelaufen sind, auf die Strassenbahn- die Gas- und Elektrizitätswerke aufgeteilt werden.

G.R. Scholz (chr. soz.) bemängelt, dass auch die Strassenbahn, die doch mit der öffentlichen Beleuchtung gar nichts zu tun hat, mit einem Betrag von 34.399 Schilling belastet werde. Dies geschehe wohl nur deshalb, um bei diesem Unternehmen den grossen Ueberschuss, der für das Jahr 1925 zu erwarten ist, zu verschleiern. Diese Kosten soll doch die Hoheitsverwaltung zahlen.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass diese Auffassung unrichtig sei, weil dieser Betrag bei der Strassenbahn nicht auf Betriebskosten, sondern auf Anleihe verrechnet wird.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Lötsch berichtet über die Ueberlassung von Grundflächen an das Arsenal. (Ohne Debatte angenommen) Auch der Verkauf der Gutsbestandes der früheren Lungenheilstätte Steinklamm, die wegen der fortwährenden Ueberschwemmungen aufgelassen werden musste, wurde ohne Debatte beschlossen.

St. R. Kokrda berichtet über einen Zubau zur Grossmarkthalle in dem die Abteilung für Fleischwaren untergebracht werden soll. Die Raumverhältnisse gestalten sich dort immer unerquicklicher und besonders der Fleischsammelplatz und die Gehilfengarderobe mit den Nebenräumen wird durch diesen Zubau wesentlich besser untergebracht sein. Die Kosten sind mit 480.000 Schilling vorgesehen.

Vizebgm. Hoss (chr. soz.) verweist darauf, dass bereits im Jahre 1924 und 1925 grössere Beträge für die Ausgestaltung der Grossmarkthalle ausgegeben wurden, trotzdem aber sind die Raumverhältnisse noch immer nicht entsprechend. Wir bekommen heute viel mehr Fleisch aus den Sukzessionsstaaten und weniger Vieh geliefert. Es wäre daher notwendig, sich eingehend mit diesem Problem zu befassen, da eine solche Lösung nur für kurze Zeit befriedigen könnte. Ob sich der gesamte Betrieb auf dem heutigen Platz wird überhaupt abwickeln können ist fraglich.

St. R. Kokrda erklärt, dass die Frage schrittweise gelöst werden müsse, nach der bereits geschaffenen neuen maschinellen Anlage soll nunmehr durch diesen Zubau eine weitere Verbesserung des Betriebes ermöglicht werden. Sicher aber ist, dass nicht auf einmal und ohne Unterbrechung des gesamten Betriebes eine Reform durchgeführt werden kann. Wenn die beabsichtigten Reformen aber durchgeführt sind, wird sich der Betrieb klaglos gestalten.

Der Antrag wird hierauf mit den Stimmen der Mehrheit und der Minderheit angenommen.

G.R. Hiess (soz. dem.) beantragt für die Tuberkulosenfürsorge des Landesvereines vom Roten Kreuz für Wien und Niederösterreich eine Subvention von 2000 Schilling.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) erweist auf die parteimässige Verteilung von Subventionen, die heute in der Gemeinde eingerissen sei, und darauf, dass man aus dem Antrag nicht die Leistungen des Vereines entnehmen könne. Redner schildert hierauf die bisherige Tätigkeit des Landesvereines und beantragt, an Stelle der 2000 S eine Subvention von 5000 S zu gewähren.

G.R. Hiess erklärt hierauf, dass es sich dem Verein der, wie erwähnt das grösste Wiener Kino betreibt, nicht so sehr um eine geldliche Unterstützung als um eine Anerkennung des Gemeinderates in dieser Form handelt, wie aus dem Eingabe hervorgeht.

Der Antrag Paulitschke wird abgelehnt, Der Referentenantrag unverändert angenommen.

G. R. Hiess beantragt, dem Verein Jugendheim, der in Wien 90 Abendeheime führt, eine Subvention von 20.000 Schilling zu gewähren.

G. R. Panosch (chr. soz.) fragt, wo die neunzig Heime eigentlich sind, da man bis jetzt von diesem Verein nichts gehört hat. Er bemängelt schliesslich die Art der Antraganstellung überhaupt. Früher wurde den Mitgliedern des Gemeinderates eine Liste der Subventionsansuchen mit allen Einzelheiten übergeben, man konnte sich genau informieren, das ist heute unmöglich.

G. R. Hiess erwidert, dass dieser Verein hauptsächlich Lehrlinge und Lehrlingmädchen in den Abendstunden beschäftigt und sie so den Gefahren der Strasse entzieht. Für die Lokale müsse natürlich Beleuchtung und im Winter auch Beheizung gezahlt werden. Dafür hat der Verein im vergangenen Jahr nicht weniger als 60.000 Schilling ausgegeben.

Der Antrag wird angenommen.

G. R. Hiess berichtet, dass der Fürsorgeverein Societas von der Gemeinde das Heim im Ggöttgraben übernommen hat und es als Pflegestätte für vorschulpflichtige Kinder führt. Das Heim müsse aber gründlich hergerichtet werden und da fehlen die Verein die erforderlichen Mittel. Die gleichen Verhältnisse herrschen im Kinderheim in Mauer. Es wird daher beantragt, dem Verein ein unverzinsliches Darlehen von 20.000 Schilling zu gewähren, das bis Ende 1927 rückgezahlt werden muss.

G. R. Holoubek (chr. soz.) erklärt, dass dieser Verein bereits einmal ein Darlehen von der Gemeinde erhalten habe und wünscht Mitteilung darüber, ob es schon rückgezahlt worden ist. Schliesslich bemängelt er die Subventionspolitik der Gemeinde, die als parteipolitisch bezeichnet.

G. R. Stöger (chr. soz.) schildert eingehend die Tätigkeit ^{auch} des Caritasverbandes und wünscht, dass man ~~man~~ diesem Verein für seine aufopfernde Tätigkeit unter die Arme greifen solle. Professor Tandler hat erst kürzlich erklärt, dass man die Arbeitslosigkeit auch in dem rapiden Ansteigen der ^Kuberkulose erkennen kann. Er stellt den Antrag, dass der ^Finanzreferent ehestens das Gesuch des Verbandes um eine Subvention aufrecht zur ^Erledigung vorlege.

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass es geradezu eine Beleidigung für den Gemeinderat sei, in welcher Weise der Referent berichte. Er scheine sich nicht klar darüber zu sein, was das Referat beinhalte. Wo sind die 90 in Wien errichteten Heime. Das sind keine Heime, sowie sie der Verein Societas errichtet hat, das sind in Wahrheit nichts ⁱⁿ als/Parteisekretariaten untergebrachte Heime, wo die Jugend systematisch zu den sozialistischen Ideen erzogen wird. Wenn man dem Jugendheim eine Subvention bewilligt, so wäre eine solche auch dem Verein Societas zu gewähren, da dieser Verein tatsächlich zwei Heime in Wien unterhält, die, wie wir anerkennen, Gutes leisten wenn wir auch sonst die Tendenzen der Societas nicht billigen können. Diese 90 Heime von denen gesprochen wird sind nichts als "Pflanz", sowie die ganze ^Einstellung der Gemeinde zu vielen Fragen auch nichts anderes als Pflanz ist.

Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Rummelhardt beantragt die Resumierung des Beschlusses auf Gewährung der Subvention für den Verband Jugendheim, die ^{er} als eine parteimässige bezeichnet, weil in diesen Heimen die Jugend parteipolitisch erzogen werde.

Bürgermeister Seitz erklärt, dass die Geschäftsordnung einen solchen Antrag nicht zulasse.

Die Sitzung wird um 11 Uhr nachts geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:

122

Wien, am Freitag, den 16. April 1926

.....
Die Gemeinde ermässigt die Lustbarkeitsabgabe für die Theater im Sommer

Noch im Monat April wird der Wiener Landtag das Gesetz über die Einhebung der Lustbarkeitsabgabe ändern. Es wird eine bedeutende Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer für die Theater in der Zeit vom 1. Mai bis 31. August vorgeschlagen werden. Prosa- und Opernbühnen, die gegenwärtig sieben Prozent Lustbarkeitsabgabe zahlen, werden während dieser vier Sommermonate nur fünf Prozent zu zahlen haben. Die Operettentheater, die jetzt fünfzehn Prozent zahlen, werden dann nur zehn Prozent zu entrichten haben. Diese Steuerermässigungen sind an die Voraussetzung gebunden, dass der Betrieb dieser Bühnen nicht länger als vierzehn Tage gesperrt bleibt. Diese neuerliche Begünstigung soll den Theatern den Anreiz bieten, in den schönen Monaten zu spielen, was vom Standpunkt des Fremdenverkehrs erwünscht ist. Durch diese Begünstigung soll ferner dem Zwölfmonatvertrag des Personals der Bühnen ein Rückhalt gegeben werden.

.....

Wien, am Samstag, den 17. April 1926.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag, 5 Uhr nachmittags, einberufen.

Eine Pariser Gemeindeabordnung studiert die Wiener städtischen Einrichtungen
Am 28. April wird der Präsident der Kommission für Volkwohlfahrtswohnungen und der Stadterweiterungskommission von Paris H. Grangier mit acht Funktionären in Wien ankommen. Die Herren werden von Bürgermeister Seitz empfangen werden und planen eine eingehende Besichtigung der Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien, sowie der städtischen Kinderübernahmestelle und der Wohlfahrts-einrichtungen der Stadt Wien.

Filmvorträge über die körperliche Erziehung. Anlässlich des Fortbildungskurses für körperliche Erziehung, der vom Wiener Stadtschulrat gegenwärtig durchgeführt wird, weilt auch der schwedische Fachmann Gymnasialdirektor J. G. Thulin in Wien. Für die Teilnehmer an diesem Kurs, ungefähr dreihundert Lehrer und Lehrerinnen, hat Direktor Thulin bereits eine Reihe von Vorträgen gehalten und praktische Übungen vorgeführt. Für die übrige Lehrerschaft wird am Freitag im Flottenkino auf der Mariahilferstrasse ein Filmvortrag abgehalten werden. Um auch der an der körperlichen Erziehung interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, einen Einblick in den derzeitigen Stand des schwedischen Turnens zu gewinnen, wird Direktor Thulin am Donnerstag in dem Institut für körperliche Erziehung am Alsergrund, Sensengasse 3, einen Filmvortrag halten, der für die Sportverbände bestimmt ist. Beginn 8 Uhr.

Wiederbelegung von Gräbern am Grinzing Friedhof. Nach dem 1. Juni werden die einfachen Gräber in der Gruppe VIII des Grinzing Friedhofes wiederbelegt. Entwürfungen von Leichenresten aus diesen Gräbern können nur vor der Wiederbelegung zugelassen werden und müssen die Ansuchen bis längstens 31. Mai bei der Magistratsabteilung 12 in Wien I. Rathausstrasse Nr. 9, eingebracht sein. Nach dem 1. Juni werden von diesen Gräbern die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt. Die Parteien, die sich innerhalb eines Jahres melden und ihr Eigentumsrecht nachweisen, erhalten die Grabkreuze ausgefolgt, wenn sie die der Gemeinde erwachsenen Auslagen ersetzen.

Das Wesen und die Bedeutung der Allgemeinen und der Deutschen Mittelschule.
Im grossen Hörsaal des elektrotechnischen Instituts wurde gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Glöckel eine vom Wiener Stadtschulrat einberufene Konferenz von Lehrern aller Wiener Volks- und Bürgerschulen abgehalten, in der Landesschulinspektor Dr. Oskar Benda und der Direktor der Bundeserziehungsanstalt Traiskirchen Dr. Adolf Watzke über Wesen und Bedeutung der Allgemeinen und der Deutschen Mittelschule sprachen. In seinen einleitenden Worten wies Präsident Glöckel darauf hin, dass die für das nächste Schuljahr bevorstehende erhebliche Vermehrung der Allgemeinen und der Deutschen Mittelschulen die organische Weiterführung der von der Grundschule aus begonnenen Schulreform darstelle. Gegenüber gewissen, in der letzten Zeit aufgetauchten missverständlichen Darstellungen betonte er, dass die Schulbehörde, sowohl was

den Innenwert dieser Schulen als auch was ihre formelle Berechtigung anlangt die Elternschaft vollkommen beruhigen könne. Die neue Mittelschule bedeute keinen Kampf gegen eine bestimmte Bildungsrichtung und sei nicht die Sache irgend einer politischen Partei, sondern sie bezwecke, die Entscheidung für eine bestimmte Bildungsrichtung hinauszuschieben und zu erleichtern und dadurch allen Bildungsidealen, auch dem des Humanismus, die Voraussetzung für eine bessere Entfaltung zu bieten. Landesschulinspektor Dr. Benda wies nach, dass die jetzige Mittelschulreform das notwendige Ergebnis der jahrhundertlangenen Entwicklung der deutschen höheren Schule sei und beanspruchte für die Kulturwerte der Gegenwart und des eigenen Volkes Gleichberechtigung neben denen der Antike. Zu diesen theoretischen Ausführungen gab Direktor Watzke mit seinen hinreissenden und ergreifenden Schilderungen aus dem Leben der Deutschen Mittelschule in Traiskirchen ein anschauliches Bild. Zahlreiche Lichtbilder begleiteten seinen Vortrag. Die Zuhörer, die der dreieinhalbstündigen Veranstaltung bis zum letzten Augenblick mit gespanntester Anteilnahme folgten, dankten den Vortragenden mit minutenlangen Beifallkundgebungen.

Eine Bronzegruppe für das städtische Brigittaspital. Die Gemeinde Wien hat anlässlich der Erweiterung des Brigittaspitals die Bronzegruppe "Der erste Schritt", ein Werk des akademischen Bildhauers Theodor Charlement, erworben. Der Künstler hat im Jahre 1915 das Modell im Staatsauftrag geschaffen und die Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsschutz in Währing als Aufstellungsort in Aussicht genommen. Aus finanziellen Gründen hat aber die Regierung das Kunstwerk nicht ausführen lassen. Nun wird die Gemeinde im neuen Brigittaspital, das als Wöcherinnenheim modernst ausgestattet sein wird, die prächtige Bronzegruppe aufstellen. Die Kosten betragen 9750 Schilling.

Pferdeschwemmplätze an der Alten Donau. Die fortwährenden Beschwerden der Bezirksvertretungen haben den Wiener Magistrat veranlasst, die Bestimmungen über die Pferdeschwemmplätze in der Alten Donau zu ändern. Für das Schwemmen der Pferde in der Alten Donau wurden nunmehr bestimmt der am rechten Ufer in Kaisermühlen in der Verlängerung der Schiffmühlengasse unterhalb der Ueberfuhr gelegene Platz und der am linken Ufer in Mühlenschüttel in der Verlängerung der Theodor Körnergasse sich links an die Rampe anschliessende Platz. Das Abwaschen von Fuhrwerken in der Alten Donau ist strengstens untersagt und auch auf den Pferdeschwemmplätzen verboten. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder mit Arreststrafen bis zu vierzehn Tagen geahndet.

Todesfälle durch Trichinose. Das Bundesministerium für Landwirtschaft hat die Landesregierungen darauf aufmerksam gemacht, dass mehrere Erkrankungen und Todesfälle bei Menschen durch Trichinose vorgekommen sind. Die amtlichen Untersuchungen haben ergeben, dass diese Erkrankungen auf den Genuss von ausländischen aber auch inländischen Schweinefleisch zurückzuführen sind. Die Trichinen sind gewöhnlich mit freiem Auge nicht sichtbar. Nach den amtlichen Feststellungen wird jetzt in Oesterreich mehr ungekochtes Schweinefleisch gegessen, als vor dem Krieg; darauf sind auch diese Erkrankungen zurückzuführen. Gründliches Kochen oder Braten des Schweinefleisches ist ein vollkommen ausreichender Schutz gegen die Trichinenkrankheit. Die Bevölkerung wird daher eindringlichst vor dem Genuss rohen oder ungenügend erhitzten Schweinefleisches gewarnt.

Wien, am Samstag, den 17. April 1926. Zweite Ausgabe

Eine Ehrung des Wiener Magistratsdirektors. Am Sonntag vollendet der Wiener

Magistratsdirektor Dr. Karl Hartl sein fünfundsiebzigstes Dienstjahr. Aus diesem Anlass versammelten sich heute im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenats die leitenden Beamten des Magistrats, die Direktoren der städtischen Unternehmungen und die Vertretungen der verschiedenen Standesgruppen der Gemeindebediensteten, um den obersten Beamten des Magistrats zu beglückwünschen. Bürgermeister Seitz war an der Spitze sämtlicher amtsführenden Stadträte erschienen.

Zuerst sprach Bürgermeister Seitz: Das fünfundsiebzigjährige Arbeitsjubiläum des Magistratsdirektors wäre allein gewiss kein Anlass, diesem Tag eine besondere Weihe zu geben. Im Gesamtleben eines Beamten der ja seine ganze Arbeitskraft dem öffentlichen Dienst weihet, ist ein fünfundsiebzigjähriger Abschnitt noch nichts Besonderes, und in einem Beamtenkörper von 56.000 Menschen mag ein solches Jubiläum täglich vorkommen. Wenn wir trotzdem diese bescheidene Feier veranstaltet haben, entspricht dies einem langgehegten und tiefen Bedürfnis des Bürgermeisters und aller Wahlbeamten der Gemeinde Wien überhaupt, die Stellung und das Verhältnis dieser Volksbeauftragten zu Dr. Hartl und zu seinem Werk zu kennzeichnen. Vor allem dankt schon die Republik Deutschösterreich Dr. Hartl eine wertvolle Mitarbeit bei dem Aufbau ihrer Verfassung. Es war daher auch selbstverständlich, dass man ihn zum obersten Gerichtshof berief, der über unsere Verfassung wacht, zum Verfassungsgerichtshof. Weit mehr aber als die Republik ist ihm die Gemeinde und das Land Wien zu Dank verpflichtet. An dem Tag, an dem die Stadtverwaltung nach den Grundsätzen der Demokratie und auf der Basis des allgemeinen breitesten Wahlrechts aufgebaut war, hatten wir das Glück für den ersten Posten einen Mann zu gewinnen, bei dem sich eine profunde wissenschaftliche Bildung auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts mit reichen jahrzehntelangen Erfahrungen vereint und mit einer Arbeitskraft, mit einer Energie und mit einer Liebe zu Stadt und Volk, wie wir sie täglich an Hartl bewundern. So ward er mit zum Schöpfer der neuen Verfassung unserer Stadt, zum Organisator ihrer Verwaltung. Ein oberflächlicher Betrachter mag vielleicht der Ansicht sein, dass der Magistratsdirektor durch diese Verfassung die vielfach seine Befugnisse einschränkte, gewissermassen selbst den Ast abgesägt hat, auf dem er bis dahin gesessen. Aber das ist nur scheinbar der Fall. Der Magistratsdirektor, der zugleich Landesamtsdirektor ist, ist, wie früher, der Chef des ganzen Magistrats. Er hat das Recht, den Sitzungen des Stadtsenats, der Ausschüsse und der Kommissionen mit beratender Stimme beizuwohnen und zu den Verhandlungen Anträge zu stellen. Er ist der Chef des Präsidialbüros und der Berater, oft auch der Vertreter des Bürgermeisters, der Leiter des legistischen Amtes und jedes Landesgesetz trägt seine Kontrasignatur. Damit hat der Magistratsdirektor und Landesamtsdirektor von Wien weit mehr Befugnisse, als je ein Direktor des Magistrats, allerdings auch weit mehr Verantwortung und eine grösse Bürde. Dass

die Gemeinde Wien keinen Fehlgriff damit getan hat, den obersten Exekutivbeamten der Stadtverwaltung mit so weitgehenden Rechten und Pflichten auszustatten, hat der erste Magistratsdirektor der neuen Ära durch seine Persönlichkeit erwiesen und durch seine Arbeitsleistung, die uns jeden Tag aufs neue darüber staunen macht, dass sie überhaupt ein Mann zu vollbringen vermag. Als Bürgermeister und im Namen aller gewählten Beamten der Stadt danke ich heute Dr. Hartl für die Treue und die Hingabe, für den ungeheuren Fleiss mit dem er seine reiche Arbeitskraft in den Dienst der Sache stellt. Mag auch die Schlichtheit und die Bescheidenheit seines Wesens verhindern, dass sein Name in den Massen des Volkes weithin klingt, jedermann fühlt, dass in der Maschine dieser Verwaltung eine ungeheure motorische Kraft wirken muss, das Räderwerk treibend und den Gang ordnend. So wird auch einst der Tag kommen, an dem man den Namen Hartls als einen der ersten nennen wird, die in ernsten Zeiten Grosses für die Stadt geleistet haben. Wir danken ihm für seine Arbeit, für seine Treue, für seine Selbstlosigkeit und Hingabe und wir hoffen, dass seine ausserordentliche, grosse Kraft der Stadt noch Jahrzehntelang erhalten bleibt.

Namens der Angestelltenschaft sprach Magistratsvize-Direktor Dr. Mayr den Wunsch aus, dass Magistratsdirektor Dr. Hartl, der allen Beamten ein wohlwollender Vorgesetzter sei, noch recht viele Jahre ihr Führer und Leiter sein möge. Er gab schliesslich seiner persönlichen Freude über die Ehrung in herzlichen Worten Ausdruck.

Magistratsdirektor Dr. Hartl dankte vor allem dem Bürgermeister für die ehrenden Worte, die zum Ausdruck bringen sollen, dass die gewählten Vertreter der Gemeinde wissen, dass die Arbeit der Beamten notwendig ist. Diese Ehrung gelte nicht so sehr seiner Person, als seinen Mitarbeitern überhaupt. Wenn die Umgestaltung der Verfassung und Verwaltung so glücklich vollzogen werden konnte, so ist dies sicher darauf zurückzuführen, weil sie wirklich notwendig, sozusagen naturgewachsen war. Auch die heutige Versammlung bietet ein Bild des einträchtigen Zusammenwirkens der Wahlbeamten mit den Berufsbeamten. In gemeinsamer Arbeit sollen alle Kräfte in den Dienst der Stadt Wien und ihrer Bewohner gestellt werden. Schliesslich dankte der Magistratsdirektor noch allen Angestellten für die verständnisvolle Mitarbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, dass auch der weitere Weg in gemeinsamer Arbeit zurückgelegt werden wird.

Mit einigen warmen Worten der Anerkennung der Arbeit der Beamtenchaft überhaupt und mit dem Wunsch, dass das innige kameradschaftliche Verhältnis zwischen den Volksbeauftragten und den Berufsbeamten erhalten bleibe, schloss Bürgermeister Seitz die schlichte Feier.

Wien, am Montag, den 19. April 1926

Grosse Arbeitsvergebungen durch die GemeindeUnmittelbar auf den städtischen Bauten vierzehntausend Beschäftigte!

In der ersten Aprilhälfte hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten wieder eine Reihe umfangreicher Lieferungen und Arbeitsaufträge an die Privatindustrie vergeben. Es handelt sich um einen Aufwand von mehr als 7'5 Millionen Schilling, eine Summe, die einer grossen Zahl von Fabriken und privaten Unternehmungen die erwünschte Beschäftigung gebracht hat. An der Spitze stehen naturgemäss die Aufträge an alle Unternehmungen, die den Bedarf für die Gemeindebauten erzeugen. Von Interesse sind dabei Lieferungen von Dachpappe und Isolierplatten mit einer Summe von 200.000 Schilling, von Installationsarbeiten mit einem Betrag von rund 150.000 Schilling, von Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für den Wohnhausbau in Ottakring (Sandleitungen vierter Teil) mit einem Aufwand von 1'6 Millionen Schilling und für den Wohnhausbau auf dem Vogelweisplatz in Fünfhaus mit einem Betrag von 500.000 Schilling, von Kunststeinstufen um 37.000 Schilling und von grossen Sandlieferungen für die städtischen Wohnhausbauten. Für die Umgestaltung des Hundstürmer Friedhofs in eine Gartenanlage wurden ebenfalls die Arbeiten vergeben, wobei erwähnenswert der Auftrag zur Anfertigung des Umfriedungsgitters ist, das 215.000 Schilling kostet. Die Ausgestaltung der beiden städtischen Volksbäder in der Klagbaumgasse und Geiselbergstrasse brachte der Privatindustrie Aufträge im Gesamtbetrag von 97.000 Schilling, die Lieferung der ärztlichen Einrichtung für den Erweiterungsbau des Brigittaspitals erfordert rund 52.000 Schilling. Schliesslich erfolgten noch grosse Vergebungen von Pflasterungs-, Bautischler-, Glaser- und Spenglerarbeiten.

Die Gemeindeverwaltung hat auch wieder grosse Ziegebestellungen gemacht. Der gewaltige Bedarf an Ziegel für die städtischen Wohnhausbauten geht wohl am besten aus dem Verbrauch im Jahre 1925 hervor. Infolge des ungewöhnlich milden Winters 1924/25 konnten die städtischen Bauten fast ohne Unterbrechung fortgeführt werden und es ergab sich ein Ziegelverbrauch, für den weder die städtischen Vorräte, noch die aller österreichischen Ziegelwerke ausreichten. Insgesamt hat die Gemeinde Wien im Jahre 1925 für ihre Bauten 136,220.500 Stück Ziegel gebraucht! Nur zehn Millionen Stück - rund sieben Prozent - mussten im Ausland gekauft werden, um nicht einzelne Bauten vorübergehend stillzulegen, während die übrigen 126 Millionen Stück Ziegel im eigenen Land aufgebracht werden konnten.

Die städtische Wohnbautätigkeit ist jetzt im vollen Gange. Auf 66 Baustellen, die nicht mit den Baustellen nach Friedensbegriffen verwechselt werden dürfen, weil es sich hier um wirklich grosse Wohnhausanlagen, die bis zu zweitausend Familien beherbergen werden, sind gegenwärtig unmittelbar mehr als vierzehntausend Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Schliesslich sind noch bei städtischen Strassen- und Kanalbauten mehr als elfhundert Arbeiter beschäftigt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. An Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung wird nunmehr die öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung in Favoriten auf dem Keumannplatz beim Amalienbad, in Rudolphsheim in der Stiegengasse und in Währing in der Gentzgasse zwischen Währingergürtel und Aumannplatz, in der Währingerstrasse zwischen Simonigasse und Aumannplatz, in der Innozenz Langgasse und Weinhausergasse installiert. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 36.000 Schilling.

Wien, am Dienstag, den 20. April 1926

Der Erdbeinsturz vor dem Burgtor. Zu der in den heutigen Blättern erschiene-
nen Nachricht über einen Einbruch der Strassendecke vor dem äusseren Burg-
tor teilt das Wiener Stadtbauamt folgendes mit: Vor Anlegung der Ringstras-
se gelangte man von der Vorstadt über eine Dammstrasse zum äusseren Burg-
tor. Diese Dammstrasse hatte unmittelbar neben dem Tor und ungefähr 21 Me-
ter vor dem Tor gewölbte Durchlässe. Neben dem westlichen der Bellaria zu-
gekehrten Ende des zweiten Durchlasses ist das Anschütterrain auf mehr als
zwei Meter Länge niedergegangen, wodurch der Scheitel des in Stein ausge-
führten Mauerwerks sichtbar wurde. Von einem Gang, der von der Burg nach aus-
wärts führen soll, konnte nichts entdeckt werden und es muss daher weiter
auf die Auffindung des im Volksmund fortlebenden Verbindungsganges zwische
Burg und Schönbrunn gewartet werden.

Für einzelne leerstehende Räumlichkeiten ist Wohnbausteuer zu zahlen

Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes

Der Verwaltungsgerichtshof hatte heute über die prinzipielle
Frage zu entscheiden, ob leerstehende Räumlichkeiten in einem Schloss oder
einer Villa, die von ihrem Eigentümer für seinen ausschliesslichen eigenen
Gebrauch bestimmt sind, von der Wohnbausteuer befreit sind. Es handelte sich
um eine beim Wiener Magistrat erstattete Anzeige, dass neun Räume des Pa-
lais Schwarzenberg leer stehen und dass sich in diesen Räumen ausser wert-
vollen Bronzen, Spiegeln, Lustern u. s. w. die infolge einer Verfügung des Bun-
desdenkmalamtes nicht entfernt werden dürfen, keinerlei andere Mobilien
befänden. Der Magistrat hat entschieden, dass eine Leerstehung nicht vorlie-
ge, weil Mobilien in den erwähnten Räumlichkeiten vorhanden sind, dass aber
auch eine vollständige Entfernung dieser Mobilien eine Aenderung der
Steuerhöhe aus dem Titel der Leerstehung nicht herbeiführen könne, weil
eine Leerstehung im Sinne des Gesetzes nur dann berücksichtigt werden kön-
ne, wenn es sich um die Leerstehung eines ganzen Steuerobjekts, nicht aber
einzelner Teile handelt. Der Verwaltungsgerichtshof hat nach Anhörung des
Rechtsanwaltes Dr. Lehnhoff, als Vertreter des Beschwerdeführers und des
Vertreters der Gemeinde Obermagistratsrates Dr. Urban, die Beschwerde mit
folgender Begründung abgewiesen: Als Leerstehung, die für die Wohnbausteuer
in Betracht kommt, gilt nur die Leerstehung "des Steuerobjekts". Was als
Steuerobjekt anzusehen ist, geht aus dem Wohnbausteuergesetz hervor; hie-
nach bilden mehrere, Wohnzwecken dienende, im selben Hause befindliche und
im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang stehende Mietgegenstände dessel-
ben Inhabers ein Steuerobjekt. Wenn daher jemand ein Haus hat und dieses
Haus ganz für sich selbst zur Benützung bereit hält, bilden alle Räumlich-
keiten ein Steuerobjekt. Anders wäre der Fall, wenn eine vermietete Wohnung
in einem Haus, das der Hauseigentümer nur zum Teil selbst bewohnt, leer
stünde. Aber hier liegt, wie der Verwaltungsgerichtshof bereits im Falle
des den Taussigschen Erben gehörigen Schlosses am Königberg entschieden
hat, schon in dem "Bereithalten" und in dem "Zurverfügunggehen" aller Räum-
lichkeiten des Schlosses die steuerpflichtige Benützung des Hauseigentü-
mers im Sinne des Gesetzes vor, um den Wohnungsaufwand zu begründen, der die
Rechtfertigung der Aufwandsteuer bildet. Auch im Sinne der Vorschriften
des Gebäudesteuerpatents gilt die Leerstehung nur dann als Titel für die
Abschreibung der Hauszinssteuer, wenn es sich um ein ganzes Haus, nicht aber
um einzelne, nur zeitweise ausser Gebrauch gesetzte Räumlichkeiten einer
Wohnung oder einer Villa handelte.

Wien, am Mittwoch, den 21. April 1926

Kongress für Sprach- und Stimmheilkunde. Für Anfang Juli ist die Abhaltung des Zweiten Internationalen Kongresses für Sprach- und Stimmheilkunde in Wien geplant. Der Stadtschulrat für Wien hat der Lehrerschaft mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung, die der Sprache, ihrer Pflege, der Beseitigung von Sprach- und Stimmstörungen für den Schulunterricht zukommt, die Beteiligung an dieser Tagung empfohlen. Anmeldungen sind an Dozent Dr. E. Fröschels in Wien, IX. Ferstelgasse 6, zu richten.

Die Wohnbausteuer muss monatlich eingehoben werden! Es häufen sich die Beschwerden darüber, dass die Wohnbausteuer von manchen Hauseigentümern und Hausverwaltern nicht, wie im Gesetz vorgesehen, monatlich, sondern vierteljährig, ja sogar halbjährig, eingehoben wird. Dadurch erwächst den Mietern eine im Gesetz absichtlich vermiedene Belastung. Der Magistrat macht daher neuerlich darauf aufmerksam, dass die Wohnbausteuer von den Mietern in monatlichen Teilbeträgen im voraus am ersten jedes Monats an den Hauseigentümer zu entrichten ist, der die Beträge an die Gemeinde abzuführen hat. Diese monatliche Entrichtung hat ohne Rücksicht auf die Fälligkeit des Mietzinses (monatlich, vierteljährig oder halbjährig) zu erfolgen.

Die Gemeinde Wien für die Alkoholabstinenzbewegung. Der städtische Finanzausschuss hat nach einem Bericht des Gemeinderates Hiess beschlossen, dem Arbeiter-Abstinenz-Bund in Oesterreich eine Subvention von 15.000 Schilling zu gewähren. Diese Organisation besteht seit dem Jahre 1905, gibt eine Zeitschrift "Der Abstinenz" heraus, die monatlich erscheint und betreibt durch Propagandaschriften, Werbeversammlungen und Wanderausstellungen eine rege Tätigkeit. In den Siedlungsanlagen Rosenhügel und Wolfersberg führt der Abstinenz-Bund alkoholfreie Gaststätten, wodurch der Alkohol von diesen ausgedehnten Siedlungsgebieten ferngehalten wird. Schliesslich wurde dem Verein abstinenten Frauen, der bei seinem Kampf gegen den Alkoholismus insbesondere eine Reform der Speisewirtschaften herbeizuführen bestrebt ist und im Volksheim in Ottakring auf diesem Gebiet vorbildlich wirkt, eine Gemeindeunterstützung von dreitausend Schilling bewilligt. Der Verein wird in kürzester Zeit eine neue alkoholfreie Gastwirtschaft in Döbling errichten.

Die städtischen Badeanlagen. Die Oesterreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege veranstaltet am Donnerstag, den 22. April um 7 Uhr abends im Hörsaal des Hygienischen Instituts, IX. Bezirk, Kinderspitalgasse 15, einen Vortrag über die Badeanlagen der Gemeinde Wien. Vortragender Oberstadtbaurat Ing. Barousch.

Festabend der Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Im Volksbildungshaus in Margareten, Stöbergasse 13, veranstaltet am Freitag, den 23. April um 7 Uhr abends die Frauengewerbeschule der Stadt Wien zu Gunsten der Schülerlade einen Festabend "Unser liebes Wienerlied".

Wien, am Donnerstag, den 22. April 1926

Die Wirkung des Gewitters auf die elektrischen Kraftanlagen. Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke beziehen jetzt grosse Mengen elektrischen Stromes aus Wasserkraftanlagen, die einige Hundert Kilometer von Wien entfernt sind und mussten die Stromverteilungsnetze von Wien mit denen von Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg gekuppelt werden. Dadurch sind nun Gewitter, wie die gestrigen, eine früher nicht gekannte Gefahr für die Stromversorgung geworden. So hat das gestrige Unwetter an die Leistungsfähigkeit der Wiener städtischen Elektrizitätswerke grosse Anforderungen gestellt. Als das Gewitter gegen 3 1/2 Uhr nachmittags von Osten heraufziehend, begann, stieg die Belastung der Elektrizitätswerke infolge der plötzlichen Finsternis innerhalb weniger Minuten um fünfzehntausend Kilowattstunden. Es wurden also fast auf einmal ungefähr vierhunderttausend Metallfadenlampen angezündet! Die Wiener Dampfkraftwerke übernahmen diese ungeheure Belastung, mussten aber um vier Uhr nachmittags noch weit stärker zur Stromversorgung herangezogen werden, weil ein Blitz knapp beim Opponitzer Wasserkraftwerk in die Leitung einschlug, in die Schaltanlage des Kraftwerks gelangte und dort von der Sammelschiene auf zweieinhalb Meter Entfernung auf einen an der Mauer angebrachten elektrischen Wandkandelaber übersprang. Der zum Schutz der Anlagen eingebaute automatische Schalter brachte das Werk und auch die Fernleitung Opponitz-Grasten-Wien, sowie das an diese Leitung angeschlossene Wasserkraftwerk Gaming zur Abschaltung. Wenige Minuten später erfolgte ein Blitzschlag in eine Leitung in Oberösterreich, die für Linz elektrischen Strom liefert, wodurch das Partensteiner Kraftwerk die Stromlieferung nach Wien verringern musste, da es diese Strommengen für die Stadt Linz brauchte. Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke erlitten dadurch ganz plötzlich einen Stromverlust von 19.000 Kilowattstunden. Auch diesen Ausfall konnten die Dampfkraftwerke decken, so dass in Wien nicht einen Augenblick lang ein schlechteres Leuchten der Lampen bemerkt wurde. Es ist dies ein Beweis dafür, wie notwendig eine moderne Dampfkraftanlage zur Ergänzung und auch als Ersatz der Wasserkraft ist. Die Anlagen in Opponitz sind durch den Blitzschlag nicht beschädigt worden und zwei Stunden später konnte der Wasserkraftstrom wieder eingeschaltet werden. Die Einschaltung des Gamingener Kraftwerkes erfolgte noch in der Minute der Abschaltung.

Der Bundespräsident und die Schulreform. Heute vormittags besuchte der Bundespräsident Dr. Hainisch in Begleitung des Sektionschefs Löwenthal die städtische Schule Petrusgasse, um die Lehrmethoden der allgemeinen Mittelschule kennenzulernen. Zur Begrüssung des Bundespräsidenten waren Bürgermeister Seitz, Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel, für den Unterrichtsminister Sektionschef Pohl, der gesamte Lehrkörper mit Direktor Weiss und Direktorin Neumann an der Spitze und die leitenden Pädagogen des Wiener Stadtschulrates erschienen. Im Hofe des Schulgebäudes begrüsst die Schulkinder den Bundespräsidenten mit der Bundeshymne.

Bürgermeister Seitz begrüsst den Bundespräsidenten. Sein Besuch sei nicht nur eine Ehrung für das Schulwesen Wiens sondern für die ganze Stadt. Als Bürgermeister danke ich dem Bundespräsidenten für das Wohlwollen und das Interesse, das er dem Schulwesen entgegenbringt. Die Stadt Wien war in früheren Jahren stolz auf ihre Alma Mater und deren Leistung,

die den wissenschaftlichen Ruf der Stadt in die ganze Welt trug. Heute ist die Wiener Elementarschule mustergiltig und allseits anerkannt. Wir wissen, dass die Entwicklung unserer Industrie und unseres Handels einer geistig gut durchgebildeten Jugend bedarf. Die Schule soll aus unserer Jugend herausholen, was an Kraft und an Talenten in ihr steckt. Darauf ist die ganze Methode des Unterrichtes eingestellt. An dieser Schule steht der Typus der allgemeinen Mittelschule in Erprobung, der dazu bestimmt ist, ein Vorläufer der Einheitsschule für alle Kinder des fünften bis achten Schuljahres zu sein. Wir hoffen, dass der Bundespräsident sich aus eigener Anschauung von dem grossen Fortschritt überzeugen wird, die die neue Schultype darstellt.

Bundespräsident Dr. Hainisch dankte für die Einladung und sagt, dass der Bürgermeister aus dem langjährigen freundschaftlichen Verkehr wohl wisse, welches grosses Interesse er immer für die Bildung unseres Volkes bekundet habe. Was die Schule anlangt, so war ich, führt der Bundespräsident weiter aus, immer der Meinung, dass ihre Organisation durch die sozialen Verhältnisse bestimmt sein solle. In unserer Zeit darf die Bildung nicht mehr das Privileg einer Minderheit sein, sondern die grosse Masse des Volkes muss durch eine gute Schule geführt werden. Den Begabten aller Volksklassen aber muss die Möglichkeit geboten werden, die höchsten Stufen des Wissens und der Bildung zu erklimmen. Daher begrüsse ich diese neue Schule, von der ich glaube, dass sie zum glücklichen Aufstiege unseres Volkes beitragen wird. Sie möge helfen, unser Volk zu einem ersten Kulturvolke der Erde zu machen. Dies ist mein aufrichtigster Wunsch.

Namens des Lehrkörpers dankte Direktor Weiss dem Bundespräsidenten für das Interesse an der Schulreform, das durch diesen Besuch zum Ausdruck kommt.

Es wurden nun die Einrichtungen der Schule besichtigt, wobei der Bundespräsident besonderes Interesse für die Koch- und Haushaltungsschule und für die Schülerarbeiten bekundete. Die Gäste wohnten dann einer Lateinstunde für Mädchen in einer Klasse der Allgemeinen Mittelschule bei und hatten Gelegenheit die Erfolge der neuen Methode aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Den Abschluss des Besuchs bildete eine Geschichtsstunde in einer Mädchenklasse der Allgemeinen Mittelschule.

Von dieser Besichtigung legte sich Bundespräsident Dr. Hainisch in die Bundesmittelschule in der Klostergasse, wo humanistisches Gymnasium und Deutsche Mittelschule nebeneinander bestehen.

Direktor Spiegel begrüsst den Bundespräsidenten und verwies darauf, dass diese Schule sich in voller Umwandlung befinde. Der Uebergang vom humanistischen Gymnasium zur Deutschen Mittelschule hat sich ganz schmerzlos und naturgemäss vollzogen, weil für die alte Schultype sich immer weniger Schüler meldeten, während sich die Deutsche Mittelschule eines stets wachsenden Zuspruches erfreut.

Der Bundespräsident interessierte sich auch hier für den neuen Lateinunterricht und hatte Gelegenheit die Leistungen einer altsprachlichen Reformklasse, in der das dritte Jahr Lateinunterricht erteilt wird mit einer fünften Gymnasialklasse zu vergleichen. Am Schlusse gab Bundespräsident Hainisch dem Präsidenten des Stadtschulrates Glöckel gegenüber seiner Freude über das Geschehene in warmen Worten Ausdruck.

Wien, am Freitag, den 23. April 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. April 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr die Sitzung und teilt mit, dass ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Zimmerl und Genossen eingelangt ist, der verlangt, dass der Gemeinderat das Gesetz betreffend die Lustbarkeitsabgabe, insbesondere soweit die Steuersätze in Betracht kommen, abändern soll. In dem Antrag wird der städtische Finanzreferent ersucht, innerhalb acht Tagen eine Novellierung dieses Gesetzes dem Finanzausschuss und Stadtsenat vorzulegen. Entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung wird der Antrag nach Erledigung der Tagesordnung behandelt werden.

Eine Reihe von Anträgen wird ohne Erstattung eines Referates genehmigt. So die Anträge auf Neulegung von Rohrsträngen der Hochquellenleitung in den Strassenzügen beim Wohnhausbau der Gemeinde an der Kärntner Gürtelstrasse in Favoriten, beim Wohnhausbau in der Pantzergasse und die Verlegung von Rohrsträngen am Kaisermühlendamm von der Reichsbrücke bis zur Linnegasse und in Ober St. Veit durch die Hietzinger Hauptstrasse.

Vizebgm. Emmerling stellte den Antrag, dass die Gemeinde Wien für den erhöhten Betriebskredit von vier Millionen Schilling für die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft bei der n.ö. Eskomptgesellschaft die Haftung übernimmt. Bisher hatte die Gemeinde Wien nach dem Gemeinderatsbeschluss vom 27. November 1925 bis 31. Dezember 1926 für einen Betrag von zwei ein halb Millionen Schilling gehaftet. Die Gesellschaft benötigt besonders aber jetzt zur Zeit des Anbaues grössere Mittel.

G.R. Huber (chr. soz.) erklärt, dass es der Leitung der Gesellschaft unmöglich ist, das Unternehmen günstig zu führen, da die Kreditbeschaffung geradezu ruinös zu bezeichnen ist. Ausser den zwölf ein halb Prozent, die den Banken zu leisten sind, muss ^{sie} auch noch eine Haftungsgeldgebühr von drei Prozent leisten. Für das Jahr 1926 kommen an Zinsen 6,200,000.000 Kronen zur Auszahlung. Dieses System des Kreditnehmens ist auf die Dauer unhaltbar. Die Gemeinde sollte vielmehr hier Gelegenheit nehmen, ihren Einfluss auf die Preisgestaltung der Bodenprodukte geltend zu machen. Unser Bundespräsident erklärte in einem Vortrag, dass die bekannte Musterkuh "Bella" nur sechs Prozent abwirft. Und die Gesellschaft soll für fünfzehn ein halb Prozent aufkommen! Der einzige Ausweg wäre, dass die Zentralsparkasse billige Kredite gewährt, damit das Unternehmen nicht über kurz oder lang zugrunde gerichtet ist.

Vizebgm. Emmerling erklärt, dass die Gesellschaft keine fünfzehn einhalb Prozent zahlen müsse, vielmehr die Kreditbeschaffung in der üblichen Verzinsung vor sich gehe. Wir haben alle ein Interesse an der Lebensfähigkeit der Gesellschaft, aber so wie jede andere Stelle müssen wir uns auch für einen derartig grossen Betrag eine gewisse Sicherung schaffen. Der Kriegsbeschädigtenfonds und der Bund haben es seinerzeit abgelehnt, Kredite zu gewähren, jetzt müssen wir das Versäumte mit bedeutenden Mitteln nachholen. Der Antrag wird daraufhin angenommen.

G.R. Dr. Friedjung beantragt, für ein Mehrerfordernis, das durch die Aenderung der Entlohnung, Mehrdienstleistungen und Leiterzulagen sowie Remunerationen in der Erziehungsanstalt Eggenburg notwendig geworden ist,

einen Betrag von 36.574 Schilling zu gewähren.

G.R. Schlössinger (chr. soz.) findet es unerklärlich, wieso heute erst für die Mehrerfordernisse ein Kredit verlangt wird. Man hätte vielmehr schon bei der Aufstellung des Voranschlages darauf Rücksicht nehmen sollen. Rednerin kommt auf die Organisation der Anstalt zu sprechen, wo eine unverhältnismässig grosse Zahl von 160 Angestellten auf 480 Zöglinge entfällt. Die katholischen Ordensschwestern hat man aus der Anstalt verbannt und heute entfallen 14 Lehrer und 50 Erzieher auf eine verhältnismässig kleine Anzahl von Zöglingen, wodurch der kostspielige Apparat noch verteuert wird. Die Anstalt könnte von 600 Zöglingen bewohnt werden. Die Verpflegskosten sind mit 5'60 Schilling als sehr hoch zu bezeichnen. Der Einzug des neuen Systems äusserte sich auch darauf, dass die Kreuzfixe entfernt wurden und der Seelsorger aus der Reihe der Erzieher ausgeschlossen wurde. Auf dem Gebiete der Heilpädagogik wäre noch mehr zu leisten. Die Zöglinge sollen für grosse Ideale begeistert werden. Wir haben gegen Ihr Erziehungssystem schwere Bedenken, denn jede Erziehung ohne Religion ist eine Utopie. Rednerin bemängelt Trivialitäten in der in der Anstalt erscheinenden Zöglingenzeitschrift. Die Minderheit könne nicht für den Antrag stimmen.

G.R. Dr. Friedjung erklärt, dass die Aenderungen der Ausgaben in einer Umstellung ⁱⁿ Gehaltschema begründet sind, die aber erst nach der Genehmigung des Voranschlag beschlossen wurde. Auf die Einwendungen wegen der pädagogischen Führung der Anstalt könne er nicht eingehen, müsse aber feststellen, dass es sich ^{hier} um Weltanschauungen handelt. Der Eindruck, den die Anstalt bei einem Besuche im Jahre 1919 machte war unsagbar traurig. Heute sieht man jedoch, wie wohl sich die Kinder in der Anstalt fühlen und wie freudig die Lehrer und Erzieher am Werke sind.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

G.R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt für den Betrieb "Gemeindefriedhöfe" einen Betrag von 105.575 Schilling, der für Mehrerfordernisse verwendet werden soll.

G.R. Binder (chr. soz.) bemängelt den Zustand der Wege auf den Friedhöfen, die mangelhafte Grabbezeichnung und die neue Leichenhalle auf dem Zentralfriedhof, die unbedingt zu vergrössern wäre. Auch die Diebstähle mehren sich auf dem Zentralfriedhof erst seit der Zeit, wo man die Flurwächter abgebaut hat. Man müsste mehr Personal wieder einstellen. Redner verlangt die Anbringung von Sitzgelegenheiten in den Leichenhallen des Zentralfriedhofes.

G.R. Haider (chr. soz.) findet es merkwürdig, dass für das Krematorium die verhältnismässig hohe Summe von 12.690 Schilling aufgewendet werde, während für die Ausgestaltung der anderen Friedhöfe fast nichts geschehe. Es sei auch pietätlos, dass während der Beerdigungen auf manchen Friedhöfen städtische Lastenautos herumfahren. Schliesslich tritt er für eine Verbesserung der Friedhofswege ein.

G.R. Doppler (chr. soz.) bezeichnet den Betrieb auf dem Dornbacher Friedhof als ganz unbefriedigend. Für die Friedhofspflege werde überhaupt kein Geld mehr aufgewendet, der ganze Zuschusskredit verschwinde in dem grossen Racher der Feuerhalle. Die Gräber bleiben wochenlang halb zugedeckt, eingesunkene Grabhügel werden nicht hergestellt. Schliesslich tritt Redner für eine Vereinigung des Dornbacher mit dem Hernalser Friedhof ein und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Es möge auch das alte schöne Portal des Hernalser Friedhofes wieder hergestellt und eine neue Einsegnungshalle dort erbaut werden.

G.R. Kunschak (chr. soz.) sagt, auch er müsse die Zustände auf den Wiener Friedhöfen als einen europäischen Skandal, jeder Pietät entbehrend, bezeichnen. Vorgestern habe er dem Leichenbegängnisse eines Strassenbauers beigewohnt und hierbei beobachten müssen, wie die ganze Trauergemeinde, um zu der Grabstätte zu gelangen, ganze Heihn von Lehmhügeln übersteigen musste. Neben der Begräbnisstätte schaufelte ein Arbeiter ruhig ein Grab aus und störte durch seine Tätigkeit die Beisetzungszeremonie. Wenn diesen Zuständen nicht bald abgeholfen wird, werde sich ein Gemeinderat gar nicht mehr auf einem Wiener Friedhof begeben können, um den Vorwürfen von Trauergästen sich nicht auszusetzen. Es wäre notwendig, dass der verantwortliche Herr sich weniger um Politik, als um sein Amt kümmern würde.

Die Arbeiterheime beteiligen sich am Bierboykott

Wie wir erfahren, werden die Wiener Arbeiterheime ausnahmslos den Bierausschank einstellen, falls der Bierboykott durchgeführt werden sollte. Obwohl in den Gastwirtschaften der Arbeiterheime meist Bier aus dem Brauhaus der Stadt Wien ausgeschenkt wird, werden sie der Parole der Gastwirtegenossenschaft Folge leisten.

Der Referent Gemeinderat Grünfeld erwidert, die Gemeindeverwaltung sei stets bemüht soweit es im Bereiche der Möglichkeit liege, die Schäden und Vernachlässigungen der Kriegszeit gut zu machen. Die vorgebrachten Beschwerden werden überprüft und wenn sich Mängel ergeben sollten, deren Behebung verfügt werden. Zu dem Antrag Dopplers auf Vereinigung des Hernalser- mit dem Dornbacher-Friedhof verweise Referent darauf, dass der Ausschuss sich bereits mit dieser Angelegenheit befasste, dass keine grundsätzliche Gegnerschaft bestehe, aber man könne den Plan nicht durchführen, weil die in Betracht kommenden Grundbesitzer teils in eine Abtretung der zwischen den Friedhöfen liegenden Flächen nicht einwilligen, teils zu hohe Ablösungssummen für den schmalen Streifen fordern, nämlich insgesamt 780.000 Schilling. Sobald ein annehmbarer Preis geboten wird, werde man die Gründe ankaufen können. Auf die Instandhaltung der Wege werde alle gebotene Sorgfalt verwendet, sie sind auch ziemlich gut erhalten, nur einige Nebenwege nicht in Ordnung.

Der Antrag wird angenommen, der Antrag Doppler der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

G.R. Hüss (soz. dem.) beantragt dem Haus der Barmherzigkeit eine Subvention von 2000 Schilling zu bewilligen.

G.R. Uebelhör (chr. soz.) gibt eine Uebersicht der Tätigkeit dieses Spitales für unheilbare Kranke seit der Gründung und beklagt es, dass dem Verein, der das Haus erhalte, das alte Recht auf Veranstaltung von Sammlungen in den Häusern Wiens entzogen worden sei. Die letzten Haussammlungen im Jahre 1925 brachten ein Ergebnis von 650 Millionen. Hier handelt es sich um keinen eigenen Sammeltag, sondern nur um die Erlaubnis, die Sammelbögen in den Häusern kursieren zu lassen. Redner appelliert an den Bürgermeister, ein Haus, in dem sich die Aermsten der Armen befinden, die Sammlungen wieder zu bewilligen.

Der Referent bemerkt, dass das Haus der Barmherzigkeit nicht mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattet sei, trotzdem zahle die Gemeinde Verpflegskosten für Wiener Patienten; diese Kosten haben im Jahre 1925 die ansehnliche Summe von 84.000 Schilling betragen. Nun erliege bei der Gemeinde ein Ansuchen um eine 40prozentige Erhöhung des Verpflegskostenbeitrages. Die Gemeinde werde also im nächsten Jahre 125.000 Schilling für die

sen Zweck aufwenden. Sie leiste also ausser der Subvention für das Haus der Barmherzigkeit noch bedeutend mehr. Bezüglich der Sammlungen wurde seinerzeit von der Gemeinde vorgeschlagen, dass das Haus der Barmherzigkeit gemeinsam mit den Barmherzigen Brüdern einen Sammeltag veranstalten möge. Die Barmherzigen Brüder haben diesen Vorschlag aber abgelehnt.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G.R. Hüss (soz. dem.) berichtet über die Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes und beantragt die Gewährung einer Subvention von 15.000 Schilling.

G.R. Kunschak (chr. soz.) erklärt, dass gegen diese Subvention nichts zu sagen sei. Auch die Minderheit ist sich voll und ganz bewusst, dass die Aufgaben, die sich dieser Verein gestellt hat, nützlich sind. Wenn die Gemeinde ihn unterstützt, so erfüllt sie damit nur ihre Pflicht. Aber man kann sich eine bitteren Gefühle nicht erwehren, wenn für eine so nützliche Sache wie das Haus der Barmherzigkeit es ist, nur 2000 Schilling Gemeindeunterstützung gegeben werden, während hier ein Betrag gewährt wird, der auch im Rahmen des Gemeindebudgets sehr hoch ist. Ueber diese Ungleichheit, die schon als eine Ungerechtigkeit erscheint, sollte die Mehrheit ernstlich nachdenken. Es muss aber auch einmal der Widerspruch aufgezeigt werden, der darin liegt, dass die Gemeinde Wien auf der einen Seite die Bestrebungen der Alkoholgegner unterstützt, während sie auf der anderen Seite den Alkoholgenuss fördert. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht

die Errichtung einer Alkoholdude in einem städtischen Wohnhaus. Dies geschieht nicht nur auf Kosten der Gemeinde, sondern auf Kosten der Wohnungsbedürftigen. Es muss ein sehr gewaltiger Betrag sein, der hier der Bekämpfung der Wohnungsnot entzogen wird. Für das Wirtshaus werden 400 Quadratmeter Boden beansprucht. Ausserdem ist ein Saal unter dem Titel Volkshilfungs zwecke vorgesehen, der 1000 Quadratmeter gross ist und bei Festlichkeiten mit dem Wirtshaus in Verbindung gebracht werden kann. Man soll den Leuten doch das Alkoholtrinken nicht so bequem machen. Was nützt unsere ganze Subvention, wenn die Gemeinde selbst Gasthäuser in ihre Wohnhausanlagen hineinbaut. Bei aller Anerkennung der Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes, müssen wir es entschieden ablehnen, dass man den Gemeinderat in eine solche Lage bringt. Lassen Sie das Errichten von Wirtshäusern anderen Leuten über und verwenden Sie die Gelder für die Bekämpfung der Wohnungsnot und nicht zur Unterstützung der Alkoholeseuche (Beifall).

G.R. Angermayer (chr. soz.) sagt, dass so lange die Sozialdemokratie ihren theoretischen Kampf gegen den Alkohol als ein Privatvergnügen geführt hat niemand daran ein grosses Interesse hatte. Anders aber ist es wenn dazu Steuergelder verwendet werden. Die sozialdemokratische Partei müsse sich endlich über den Zwiespalt in der Alkoholfrage klar werden. Man hat mit Gemeindegeldern eine Siedlung erbaut und dort ein Genossenschaftshaus errichtet, wo kein Alkohol verabreicht werden darf. Aber selbst das ist nur Theorie, denn bei Festlichkeiten wird dort Bier und Wein ausgeschenkt; beides wird vom sozialdemokratischen Konsumverein geliefert. Auch im Rathaus hat die Mehrheit ihre Alkoholfreundschaft bewiesen. Zu einer Zeit wo noch in Wien noch schlechte Verhältnisse gewesen sind, hat man den Rathauskeller ausgebaut. In Margareten hat man erst kürzlich einen gewissen Abraham Halpern zu seinem Feinkostgeschäft, gegen den Willen aller Behörden auch den Brantweinausschank bewilligt. Zuerst hat Bürgermeister Seitz diese Bewilligung verweigert. Der Halpern hat aber dann an den Landeshauptmann Seitz rekuriert und dieser hat das Schnapsgeschäft bewilligt. Ihr Kampf gegen den Alkohol ist auch nichts anderes als eine ganz gewöhnliche Phrase. Wenn wir heute für die Subvention stimmen, dann nur unter der Vor-

aussetzung, dass Sie endlich dazu beitragen, dass die Alkoholeseuche wirklich eingedämmt wird.

Dritter Bogen.

G.R. Hüss (soz. dem.) erwidert, dass es wohl richtig sei, dass in einer städtischen Wohnhausanlage ein grosser Gasthaussaal eingebaut wird, doch werden die Bewohner selbst zu entscheiden haben, ob diese Gastwirtschaft alkoholfrei geführt werden soll.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Auf Antrag des Gemeinderates Hüss wird ohne Debatte dem Verein abstinenter Frauen Wiens eine Gemeindeunterstützung von 3000 Schilling bewilligt.

G.R. Iser (soz. dem.) berichtet über die Errichtung einer Garage für Elektromobile im XX. Bezirk mit einem Kostenaufwand von 30.000 Schilling. Die Errichtung dieser Grossgarage ist aus technischen Gründen notwendig, weil die Zusammenlegung mit einer Bezingarage zu feuergefährlich wäre. Für die Ausgestaltung des Lastkraftwagenbetriebes bedeutet dieser Bau einen Fortschritt, weil der Dienst dadurch rentabler gestaltet wird. Bei der Aufstellung des Voranschlags waren die Versuche auf diesem Gebiet noch nicht abgeschlossen. Der Betrag soll durch Minderausgaben im Strasspflgebetrieb gedeckt werden.

G.R. Doppler (chr. soz.) wendet sich gegen die Bedeckung des Betrages auf diese Weise, weil die Strassenpflege und das Coloniasystem noch immer schwere Mängel aufweisen und daher von Minderausgaben nicht gesprochen werden kann. Beim Personal der Strassenpflege wurde ein bedeutender Abbau vorgenommen und mit dem vorhandenen Personal und den paar Kehrmaschinen kann unmöglich ein Auslangen gefunden werden. Redner wendet sich gegen Mistände in der Clerfaytgasse und Jörgerbadgasse, wo neben den Mistkästen die Mitthaufen liegen.

G.R. Iser (soz. dem.) erklärt, dass die zuständige Abteilung alles leistet, was in ihren Kräften steht, die Bevölkerung aber häufig die Kehrriichtabfuhr sehr erschwert. In manchen Jahreszeiten gelangen grössere Aschenmassen als sonst zur Abfuhr, dann wieder werden nasse Sägespäne und Unmassen Papier in die Kübel geleert. Nasse Gegenstände besonders erschweren im Winter, wenn es friert, ungemein den Abtransport. Die Erparung erfolgt nicht aus Betriebsmitteln, weil die vorgesehenen achtzehn Kehrriichtzüge nach den Erfahrungen der letzten Zeit für den Abtransport genügen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Iser (soz. dem.) berichtet über die Verlegung einer zweiten Wasserzuleitung von 200 Millimeter an das Gebiet am Ober St. Veit durch die Rietsinger Hauptstrasse zwischen der Freinlgasse und dem Wolfrathplatz mit einem Kostenerforderniss von 85.000 Schilling.

G.R. Huber (chr. soz.) bespricht die Verhältnisse in der Steinböckgasse im XIII. Bezirk, wo zwei alleinstehende Häuser errichtet werden sollen, deren Parzellenbesitzer den Anschluss an das Wasserleitungsnetz anstreben und 5000 Schilling dazu beitragen wollen. Das Gemeindeamt würde dadurch ^{nur} 25.000 Schilling an Kosten erwachsen. Das Ansuchen wurde vom amtsführenden Stadtrat abgelehnt. Damit die Gasse doch Wasser erhält, stellt er den Antrag: Das Angebot der Parzellenbesitzer in der Steinböckgasse wird angenommen und die Rohrlegung für die Wasserleitung sofort in Angriff genommen.

G.R. Iser erklärt, dass der Gemeinde Wien durch die Kosten für Kanalisation, Wasserleitung, Kabellegung Unsummen erwachsen, die sich für grössere Wohnhausbauten mit hunderten Parteien oder Strassen mit mehreren Häusern rentieren, nicht aber auf einem Terrain, das irgendwo am Heuberg oder Schafberg gelegen ist und von wo drei Kilometer Weg zum Anschluss an das Rohrnetz sind. Er könne sich daher nicht dem Antrag des

Redners der Minderheit vollinhaltlich anschliessen. Es ertönen bei der Minderheit Rufe: "Die kriegen also wirklich kein Wasser! - Das ist Eure Wohnbaufreundlichkeit!"

Nach tatsächlichen Berichtigungen des Gemeinderates Huber und des Referenten wird schliesslich der Referentenantrag unverändert angenommen, der Antrag Huber der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

G.R. Jenschik beantragt für die baulichen Herstellungen und die Anschaffung maschineller Einrichtungen in der städtischen Dampfwascherei den Kostenaufwand von 107.600 Schilling zu genehmigen.

G.R. Kupischak (chr. soz.) findet dieses Referat aufklärungsbedürftig, hauptsächlich wünscht er zu wissen, was eigentlich angeschafft worden sei und auf welche Weise die Anschaffung eines Kettentrocknungsapparates bedeckt wurde.

Der Referent verweist auf eine dem Berichte beigezeichnete Tabelle, in der alle Anschaffungen samt Kosten aufgezählt sind. Nach dem die Gesamtkosten 151.100 Schilling betragen und 43.500 Schilling budgetmässig bedeckt erscheinen ist ein nicht bedeckter Mehraufwand von 107.100 Schilling notwendig. Für den Verkauf von Kullissentrockenapparaten wurden 20.000 Schilling eingenommen, sodass die nichtbedeckte Post sich um diesen Betrag verringert.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

G.R. Kokrda legt den Antrag des Stadtsenates vor, die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, von der gemeinwirtschaftlichen Anstalt "Holzmarkt" die in Kaiserebersdorf gelegenen Baurechtsgründe mit den darauf befindlichen Anlagen unter den Bedingungen des vorgelegten Angebotes der "Holzmarkt G.W.A." zu pachten und im Betrieb durch die Gemeinde Wien zu übernehmen. Der Referent gibt den Inhalt der abgeschlossenen Verträge bekannt.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) führt aus, dass der Holzmarkt als gemeinwirtschaftliche Anstalt in der Zeit der Kanzlerschaft Dr. Renner gegründet wurde als damals das Schlagwort von der Sozialisierung vorherrschte und überall gemeinwirtschaftliche Betriebe geschaffen wurden. Seither ist es mit dieser Idee stiller geworden. Alle Gründungen der damaligen Zeit sind tatsächlich einem traurigen Ende entgegengegangen. Das Industriewerk in Pöschamend wurde erledigt, die Wasserkraft Blumennau musste von der "Newag" übernommen werden weil sie als gemeinwirtschaftliches Werk nicht aufrecht zu erhalten war. Und in den letzten Tagen haben wir den Schlussakt des Trauerspiels Arsenal erlebt. Für die nächsten Tage ist das Erscheinen einer Erpschüre angekündigt, die ein der sozialdemokratischen Partei einst nahestehender Mann herauszugeben beabsichtigt und in der die skandalösen Zustände des Betriebes Arsenal der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden sollen.

St.R. Breitner: Kommt auch eine Broschüre über Wöllersdorf?

Seipel hat diese Anlagen doch der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin übergeben und damit hat er ja die Rettung begonnen.

G.R. Rummelhardt (chr. soz.) Ich meine die Broschüre über Wöllersdorf kann Herr Breitner noch schreiben, er wird bestimmt nichts neues der Bevölkerung sagen. Wohl aber wird die Broschüre über das Arsenal manches Neue enthalten.

G.R. Stein (soz. dem.) Da musste erst ein schuftiger Verräter kommen um Ihnen mit Lügen an die Hand zu gehen.

Vierter Bogen.

G.R. Rummelhardt : Ich weiss nicht welchen Sozialdemokraten Sie meinen, ich sehe aber, dass Sie die Sache aufregt. Aber die Lektüre dieser Broschüre wird Sie wohl noch mehr aufregen. Man wird da merkwürdige Dinge zu hören bekommen, die von einer sozialisierten Wirtschaft weit entfernt sind. Sie werden Gelegenheit haben, diese Informationen zu lesen und wir sind begierig, ob Sie, wenn diese Dinge nicht wahr sind, den Mut aufbringen werden, darauf zu antworten.

G.R. Stein (soz. dem.): Ich werde den Mut haben.

H. R. Rummelhardt : Der Mann der die Broschüre geschrieben hat, wird in alle Geheimnisse hineinleuchten. Gemeinderat Stein möge sich beruhigen. Wir werden über diese Sache noch oft sprechen und aufzeigen, wie verblendet einige Ihrer Führer auf diesem Gebiete waren. Vorläufig will ich nur auf einen Artikel der Arbeiterzeitung vom 10. Dezember 1922 verweisen, in welchem Herr Dr. Ellenbogen schrieb: "Kaum war das Arsenal in die Hand der Gemeinwirtschaft gefallen, als schon an Stelle des Monatsdefizits von 200 Millionen ein Reingewinn von jährlich 50 Millionen trat. Neue Industrien wurden geschaffen, vor allen ein grosses Stahlwerk!" Was sagt Dr. Ellenbogen heute zum Arsenal, preist er heute noch diese gemeinwirtschaftliche Anstalt?

St.R. Breitner: So gut wie Entesfeld und Hirtenberg haben sie auch abge schnitten.

G.R. Rummelhardt: Herr Breitner ist der Sanierer der verkrachten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen. Beim Holzmarkt tritt er wieder als Sanierer auf damit die Zahl der verkrachten Unternehmungen nicht noch vermehrt werde. Beim Holzmarkt bestehen ähnliche Zustände wie beim Arsenal. Erst grosse Worte, grosse Pläne, ein grosszügiges Programm und wenn wir uns heute den Holzmarkt ansehen, erblicken wir sehr traurige Zustände.

G.R. Rausnitz (soz. dem.): So wie die gesamte Volkswirtschaft nach Ihrer Sanierung.

G.R. Rummelhardt Daran hat Ihre Partei nicht geringen Anteil. Die Wirtschaftskrise in Wien ist hauptsächlich auf Ihr Konto zu schreiben. Und wenn Herr Breitner mit der Sanierung der verkrachten Betriebe soviel zu tun hat, so trägt sein Steuersadismus daran die Schuld, mit dem er die Wiener Bevölkerung drangsaliert. Nun soll die Gemeinde Wien durch den Vertrag mit dem Holzmarkt verhalten werden, ein Riesendefizit zu übernehmen. Schon bei der Gründung dieses Unternehmens wurde von unserer Partei darauf hingewiesen, dass zu wenig Kapital vorhanden war. Leider sind unsere damaligen Warnungen nicht gehört worden. Wir können uns des Gedankens nicht entschlagen, dass mit den Steuergeldern der Gemeinde Wien ein Experiment fortgesetzt werden soll, dass nach dem gegenwärtigen Stande nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Wir können mit dem ganzen Vorgang nicht einverstanden sein, und aus diesem Grunde werden wir gegen den Antrag stimmen.

Die Rede des Stadtrates Breitner folgt

Stadtrat Kokrda beantragt den Ankauf einer Liegenschaft in Heiligenstadt.

GR. Zimmerl (chr. soz.) bezweifelt, dass der Ankauf dieses Grundstückes wirklich so notwendig sei, es scheine ein Parteiinteresse dahinter zu stecken. Schon einmal sei der Gemeinderat mit einem Realitätenankauf getäuscht worden, nämlich mit dem Ankauf des Maria-Theresienschlüssels, aus dem eine Parteischule gemacht wurde.

St.R. Kokrda erwidert; es stecke gar nichts dahinter, die Anlage werde für Spürtzwecke angekauft, die der Allgemeinheit dienen sollen. Die

Gemeinde verfüge durchaus nicht über überzählige Gründe, sie werde weiterhin Gründe ankaufen, weil das notwendig sei.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St.R. Richter beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 78.505 Schilling für die Fertigstellung der Feuerhauptwache Hernals auf dem Johann Nepomuk Berger-Platz.

GR. Doppler (chr. soz.) erklärt, hier liege wieder eine Verschleuderung von Gemeindevermögen vor, der Bau sei nicht notwendig, auch nicht zweckmässig, er sei nur ein Schritt weiter auf dem Wege, die freiwilligen Feuerwehren umzubringen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

St.R. Siegel legt den Entwurf des Wohnhausbaues in Ottakring, Sandleiten vor und beantragt die Bewilligung samt den Kosten.

GR. Erban (chr. soz.) bemängelt, dass in dem Wohnhausbau auch ein Gasthaus von 400 m² Flächenraum und ein grosser Saal von 1000 m² geschaffen werden solle, es gehe nicht an, aus den Mitteln der Wohnbausteuer solche Anlagen zu schaffen. Die Mieter werden damit gewiss nicht einverstanden sein. Redner stellt den Antrag auf Rückverweisung des Referates.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt.

St.R. Siegel bemerkt in seinem Schlusswort, dass in der Wohnhausanlage Sandleiten, die 8000 Menschen beherbergen werde, auch das Bedürfnis nach einem grossen Versammlungsraum bestehe, man müsse den Menschen dort doch die Gelegenheit bieten, für Veranstaltungen einen Raum zu haben. Die Mieter werden damit gewiss einverstanden und der Gemeinde dafür nur dankbar sein.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über die Uebernahme der Arbeiter, die beim Bau der Wasserkraftwerke beschäftigt waren und mit denen die städtischen Elektrizitätswerke einen Kollektivvertrag abgeschlossen haben.

G.R. Waldsam (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, dass den Mitgliedern des Unternehmungsausschusses der Vertrag nicht früher vorgelegt worden ist. Aber es hat überhaupt der Wille gefehlt, die Minderheit zu informieren. Schon am 16. Oktober 1925 war dieser Vertrag fertig. Am 25. Oktober ist er in Kraft getreten und am 31. Oktober hat auf Grund dieses Vertrages die erste Lohnauszahlung stattgefunden.

Stadtrat Kunschak: Das ist ein Skandal! Der Gemeinderat ist nur mehr der Wurstel der amtsführenden Stadträte!

G.R. Waldsam: Seit 29. Jänner 1926 ist wieder ein neuer Vertrag wirksam geworden. Doch ist die Bezeichnung Zusatzvertrag falsch. Der Vertrag ist gegenüber den Verträgen der Arbeiter im städtischen Elektrizitätswerk in Wien viel schlechter.

Stadtrat Speiser erwidert, dass durch diesen Vertrag die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 33 Prozent erhalten. Die Arbeiter erhalten aber auch sonst weitgehende Verbesserungen und sind viel günstiger gestellt, als die Bediensteten im Waidhofner Elektrizitätswerk, mit denen sie verglichen werden müssen. Ob es sich hier um einen Zusatzvertrag handelt, sei eine Doktorfrage.

Der Vertrag wird angenommen.

Fünfter Bogen

Es folgt jetzt die Rede Breitners zu der Verpachtung des Holzmarktes:

St. R. Breitner erklärt, dass ^{er} im Juli 1920 als Referent über diesen Gegenstand gesprochen habe und noch wohl in der Lage sei, die Gründe anzuführen, die damals für die Errichtung eines Holzmarktes sprachen. Es war die Zeit der grössten Not, jene Epoche, in der aber schon planmässig jene Massnahmen ins Auge gefasst wurden, die eine Möglichkeit der Wiederaufrichtung Wiens bieten könnten. Dazu wurde damals ohne eine Verschleierung der Tatsachen, ja unter Hinweis auf die Möglichkeit einer Enttäuschung die Schaffung eines Holzmarktes im Gemeinderat beantragt. Es wurde hingewiesen, dass es eine Notwendigkeit sei, eine technische Anlage zu schaffen, wie sie vorher in Wien nicht bestanden hat, um den Transitverkehr für Holz nach Wien zu locken. Man konnte nicht voraussehen, wie sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht gestalten würden. Wir waren abhängig davon, wie sich das Ausland und die Nachbarstaaten dazu stellen würden. Davon hing es ab, ob es gelingen würde Wien wirklich zu einem Umschlagplatz zu machen. Wir haben es auf dem Gebiete des Getreideverkehrs gesehen, dass es nicht gelang zu dem Getreidehandelsplatz zu machen. Damals wurde vorgeschlagen gemeinsam mit Niederösterreich und dem Bund den Holzmarkt zu gründen. So gemeindlich wurde auch schon früher vorgegangen, es sei nur an die Kutschenbetriebgesellschaft erinnert. Es war also eine Konstruktion gedacht, die mit dem Gedanken der Gemeinwirtschaft keinen besonderen Zusammenhang hat.

Wenn von einer Broschüre gesprochen wurde, die Enthüllungen über das Arsenal bringen soll, so können wir nur erklären, dass wir diese Broschüre mit Fassung ertragen werden können. Ich richte nur an den Herrn Stadtrat Rummelhardt die freundliche Einladung, auch jene zu lesen, die etwa einmal über Wöllersdorf geschrieben wird. Das ungeheuer schwierige Problem der Umstellung eines Kriegsbetriebes auf Friedensverhältnisse konnte nicht in dem Mass gelingen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Wir stehen hier nicht vereinzelt da. Blicken Sie nach Deutschland hinaus, denken Sie daran, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die Kruppwerke zu kämpfen haben, erinnern Sie sich an Engesfeld, an Hirtenberg, lauter im Frieden schon kaufmännisch organisierte Betriebe. Das Arsenal hat jeder kaufmännischen Grundlage entbehrt. Keine Rede kann beim Arsenal aber von jenen unerhörten Beschuldigungen sein, die gegen Wöllersdorf erhoben werden können: Von der Ausplünderung durch eigens herbeigerufene Ausländer, wie sich dies tatsächlich in Wöllersdorf vollzogen hat.

Beim Holzmarkt haben Bund und Niederösterreich keine Neigung mehr, das nicht sehr nennenswerte Defizit zu tragen, weil sie den Holzmarkt nicht mit Unrecht als eine eigentlich rein Wienerfrage betrachten. Sie wollten also liquidieren. Wie liegen denn die Verhältnisse hier? Der Gesamtschuldenstand ist 65.000 Schilling. Für ein Panama eigentlich sehr, sehr wenig. Dieser Betrag ist überdies aber in den Aktiven voll gedeckt. Wir glauben aber als Wiener, dass vielleicht jetzt noch nicht der Moment gekommen ist, alle Hoffnung aufzugeben, Wien zum Umschlagplatz für Holz zu machen, und die Halle niederzureissen, die Geleise zu verkaufen. Es kann doch gelingen, Handelsverträge mit den benachbarten Staaten, mit Jugoslawien, Rumänien, Ungarn abzuschliessen. Wir können also ruhigen Gewissens noch einige Zeit zuwarten, wie sich die Entwicklung gestaltet. Zwischenzeitlich drücken wir durch die Vereinigung mit dem städtischen Lagerhaus die Betriebskosten auf ein Minimum herab. Sollte die Liquidation unabweisbar sein, werden wir in den vorhandenen Einrichtungen die volle Deckung finden. Wir haben uns zu keiner terminmässigen Fortführung verpflichtet.

Das ist das grosse Geheimnis des Holzmarktes, das keineswegs das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen braucht.

Wir haben im Jahre 1920 vorgesorgt...

St. R. Rummelhardt: Uns haben Sie das Vorsorgen nicht zugebilligt!

St. R. Breitner: Wir haben es Ihnen immer zugebilligt, nur Sie machen uns heute den Vorwurf, dass die Dinge fünf Jahre später anders ausschauen als man es sich ^{früher} vorgestellt hat. Die Vorlage fand ^{im Jahre 1920} die Zustimmung aller. Ich brauche nur die Stelle des Protokolles aufzuschlagen, wo die Ausführungen des ^{christlichsozialen Dr. Glasauer} und des leider verstorbenen Kollegen ^{Angeli} festgehalten sind. Redner verliest die Stellen, wo es heisst,

dass die Vorlage die Zustimmung aller gefunden hat, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Sache früher in Angriff genommen wäre und dass sie sehr zweckmässig ist. Gemeinderat Angeli erklärte, dass man selbstverständlich für die Sache stimmen werde, er gibt der Verwunderung Ausdruck, dass man nicht schon seinerzeit diesen Weg zur Ausgestaltung des Wiener Holzmarktes beschritten hat. Man hat uns nicht etwa die Gründung vorgeworfen, sondern dass man die Gründung nicht schon ein Jahr früher vollzogen hat. Sie nehmen eine sehr eigentümliche Haltung ein. Nicht nur die ^{Vertreter der} Gemeinde Wien beider Parteien haben vollen Einblick in die Sache, auch die Vertreter der Handelskammer ^{der Betriebsführung} und der Holzverarbeitenden Industrien beteiligten sich an

Nun werden die Dinge so dargestellt, als ob sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Die Beschlüsse der Sitzungen wurden einstimmig gefasst (Zwischenrufe bei der Minderheit) Man kann uns höchstens vorwerfen, dass wir zu optimistisch waren. Wir wollten eben die Möglichkeiten eines Aufstieges der Stadt wahrnehmen. Wenn sich ^{sogar} wirklich einmal die Notwendigkeit ergibt, zehn- oder zwanzigtausend Schilling zuzuschliessen, so wird das zu verantworten sein. Niemand hat sich bereichert. Es gibt bei uns kein noch so kleines Panama. Durch höhere Gewalt, dadurch dass Oesterreich keine ^{günstigen} Handelsverträge durchzusetzen in der Lage war, ist bisher das Aufblühen des Holzmarktes verhindert worden. Das jetzige Zuwarten soll ein zweiter Akt der Vorsicht werden. Auch jetzt kann es sich nach immer ergeben, dass es zu solchen Verträgen kommt, wenn es auch nicht gerade im Laufe des Jahres 1926 ist. Sollten wir auch diese Hoffnungen entgültig zu Grabe tragen müssen, so ^{war die} Gründung des Holzmarktes noch immer ein Beschluss, dessen sich der Gemeinderat nicht zu schämen hat.

Nach einem Referat des Gemeinderates Thaller werden dem Deutsch-österreichischen Bühnenverein eine Subvention von 20.000 Schilling und dem technischen Museum eine Subvention von 3000 Schilling bewilligt.

Hierauf gelangt der Dringlichkeitsantrag Zimmerl auf Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe zur Verhandlung.

G. R. Zimmerl (chr. soz.) verweist auf die Nachricht, dass der Jokeiklub die Frühjahrsrennen absagen wolle woraus die Gefahr entsteht, dass viele Geschäftsleute zu Schaden kommen. In einer Enquete hat insbesondere ein Vertreter der Damenmodenfirmen erklärt, dass bei Absage des Derby meetings Einschränkungen der Betriebe mangels an Bestellungen erfolgen müssten wodurch hunderte von Arbeitern dieser Branchen ihren Erwerb verlieren würden. Ähnliche Erklärungen haben auch Vertreter anderer Branchen abgegeben. Der Jokeiklub hatte im Vorjahre 16 Milliarden Lustbarkeitsabgabe zu entrichten und 3 Milliarden Defizit. Es sei einleuchtend, dass unter solchen Umständen die Lustschwinde, die Frühjahrsrennen abzuhalten.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Stadtrat Breitner: Für die ganze Denkweise des Wiener Bürgerturns und seiner Vertreter ist es bezeichnend, dass unter allen bestehenden Steuern keine heisser umstritten ist, als die Lustbarkeitsabgabe. Es lässt sich dies aus den Protokollen des Gemeinderates und den Artikeln der bürgerlichen Zeitungen nachweisen. Der heutige Dringlichkeitsantrag ist ein weiterer Beweis für meine Behauptung. Als mir gesagt wurde, es liegt ein die Finanzgruppe betreffender Antrag der Christlichsozialen vor, da war ich sicher, dass es sich nicht etwa um eine Aufforderung an den Gemeinderat handle, gegen die aus den geplanten Zöllen drohende Verteuerung zu protestieren, nicht vielleicht um eine Stellungnahme gegen die geplante Hinaufsetzung der Bahntarife. Ich war überzeugt, dass dieser Dringlichkeitsantrag höchstwahrscheinlich die Lustbarkeitsabgabe betreffen würde. Es war nun wirklich so. Diesmal geht es insbesondere um die Rennsteuer. Da ist zunächst festzustellen, dass der Herr Gemeinderat Zimmerl und seine Partei sich in der Adresse geirrt haben. Soweit es sich um die Steuer von den Rennwetten handelt, sind die Bundesregierung und der Nationalrat zuständig. Die Gemeinde hat nur prozentuale Zuschläge. Sollte also eine Herabsetzung der Bundessteuer beschlossen werden, so sind wir dadurch ohnehin in Mitleidenschaft gezogen und werden eine Verminderung unserer Einnahme erleiden. Es muss allerdings der bürgerlichen Mehrheit des Nationalrates und ihrer Regierung überlassen werden, ob sie die gewaltige Erhöhung der Zölle und gleichzeitig eine Ermässigung der Totalisator- und Buchmachersteuer vereinbar halten. Was aber die Lustbarkeitsabgabe der Gemeinde anlangt, so kann sie in Wahrheit keine entscheidende Wirkung haben. Eine Loge in der Freudenau kostet je nach dem Rang und dem Tage 22 bis 45 Schilling. Ohne alle Gemeindeabgabe wäre der Preis 14 bis 30 Schilling. Wenn nun eine Dame zu den Rennen fährt und sich dazu eine Toilette machen lässt, die gewiss tausend Schilling und mehr kostet, so können die paar Schilling Gemeindesteuer doch wahrhaftig keine Rolle spielen. Der Preis der Karte für den ersten Platz ist vier bis acht Schilling, einschliesslich der Abgabe von 33 ein Drittel Prozent. Der dritte Platz würde, wenn es keine Lustbarkeitsabgabe gäbe, statt um einen Schilling für 67 Groschen abgegeben werden können. An einer solchen Verbilligung haben wir kein Interesse und die Abgabe bildet gerade auf diesem Gebiet kein nennenswertes Hindernis für den Besuch. Die erdrückende Mehrheit besucht doch nicht die Rennen um der Schönheit des hochgezüchteten Pferdes willen, sondern wegen der Wetten und der Gewinnhoffnungen. Diese Leute lassen sich durch die Abgabe von fünfzig Groschen oder auch ein paar Schilling nicht abschrecken. Wir verstehen es, dass eine Grossstadt auch dieser Attraktion bedarf. Aus diesem Grund hat ja auch die Fremdenverkehrskommission, in der Wien vertreten ist, einen namhaften Rennpreis gestiftet. Gewiss haben die Modewarenbranche und eine Reihe anderer Gewerbe ein grosses Interesse an der Aufrechterhalten der Rennen, doch wird es trotz allem nicht gelingen, die Arbeiter als Vorspann für die Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe zu missbrauchen. Dieser Versuch wird misslingen. Wenn schon gar nichts, so muss der bemerkenswerte Zufall jedem die Augen öffnen, dass heute die christlichsoziale Mehrheit im Nationalrat den Mietenausschuss einberufen hat, um das Mietschutzgesetz zu zertrümmern.

Mit Steuerermässigungen müssen wir sorgsam vorgehen, aber wir tun es aus eigenem Antrieb, sobald sich dafür eine Möglichkeit bietet. Ohne dass^{es} erst einer Anregung der Minderheit oder von auswärts bedurft hätte, ist eben jetzt eine namhafte Herabsetzung^{der Lustbarkeitssteuer} für Theater im Zuge. Die betreffende Vorlage ist bereits in den Händen der Gemeinderäte und wird am Montag im Finanzausschuss verhandelt werden. Dann wird die Theatersteuer niedriger sein, als die Warenumsatzsteuer für Mehl! Auch für die kleinen, besonders bedrängten Kines ist eine fühlbare Begünstigung vorgeschlagen. Es geschieht also, was möglich ist. Die darüber hinausgehenden Wünsche müssen als unerfüllbar abgelehnt werden. (Beifall)

G.R. Kunschak (chr. soz.) bemerkt, dass die Einstellung der Rennen für das Wirtschaftsleben Wiens und für tausende Existenzen von grossen Bedeutung wäre.

Bürgermeister Seitz: Das hat schon in den neunziger Jahren der alte Falkenhayn gesagt.

G.R. Kunschak: Man müsste sich doch darüber klar werden, weil dieser Gefahr begegnet werden könnte. Mit der Stiftung eines Preises von hundert Millionen für die Rennen ist deren Bedeutung wohl genügend anerkannt. Man darf nicht vergessen, dass diese Attraktion von Privatleuten unternommen wird, die sich schliesslich sagen, dass sie zum Draufzahlen keine Lust haben. Wenn nun hier erklärt wurde, dass eine Aenderung der Lustbarkeitsabgabe nicht zu denken ist, bleibt uns nichts übrig als das zur Kenntnis zu nehmen, die Verantwortung für diese engstirnige Politik müssen Sie tragen.

G.R. Danneberg (soz. dem.): Sie tragen die Verantwortung für die "ehlsteuer".

G.R. Kunschak: Wir haben das Recht und die Pflicht aufmerksam zu machen, dass die Finanzpolitik Breitners ein Unglück für diese Stadt ist.

G.R. Danneberg: Das Derby soll ohne Steuer bleiben und das Mehl besteuern Sie, das ist Ihre Politik.

Der Antrag wird abgelehnt. (Zahlreiche Zwischenrufe auf beiden Seiten).

Vorsitzender Weigl schliesst um 11 Uhr nachts die Sitzung.

Wien, am Samstag, den 24. April 1926.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche wird keine Sitzung des Wiener Gemeinderates abgehalten. Der Wiener Stadtsenat wird am Freitag um elf Uhr vormittags/über die Verteilung der Kunstpreise der Stadt Wien beraten.

Vorübergehende Einschränkung des Parteienverkehrs im Steuerdienst. Die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter, die als Einhebungsstellen für Steuern und Abgaben fungieren, bleiben infolge unaufschiebbarer Abschlussarbeiten für den Parteienverkehr am 26., 27. und 28. April im allgemeinen geschlossen, doch wird für die Erledigung unabweislicher Fälle sowie für die unentgeltliche Ausgabe von Postsparkassenerlagscheinen an den Kassenschaltern vorgesorgt werden. Die Möglichkeit der Einzahlung von Steuern und Abgaben wird also nicht beschränkt weil der für die Steuerzahler viel bequemere Weg der Postsparkassenzahlung pffen bleibt. Bei dieser Gelegenheit wird neuerlich die Benützung des Postsparkassenverkehrs für die Einzahlung von Steuern und Abgaben empfohlen. Den Hauptvorteil bei der Einzahlung im Wege der Postsparkassa bildet der Zeitgewinn, der vor allem dann ins Gewicht fällt, wenn, wie jetzt und anfangs Mai, die Rechnungsabteilungen der magistratischen Bezirksämter mit internen Arbeiten überlastet sind und für den Parteienverkehr nur wenig Kräfte zur Verfügung stehen.

Telefonische Bestellung von Autotaxi. Das Wiener Platzfuhrwerk leidet darunter, dass man einen Wagen erst dann bekommen kann, wenn man den nächsten Standplatz aufsucht. Dadurch geht viel Zeit verloren. Nunmehr wird auch in Wien, wie dies in anderen Grosstädten bereits geschieht, ein telefonischer Anruf der Standplätze der Lohnfuhrwerker ermöglicht. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Angelegenheiten hat einer privaten Gesellschaft die Ermächtigung zur Anbringung von telefonischen Anlagen auf den Standplätzen erteilt und auch eine entsprechende Aenderung der Betriebsordnung für das öffentliche Lohnfuhrwerk beschlossen. Für den telefonischen Anruf wird eine Gebühr zu zahlen sein, die mit der Taxe für die Fahrt eingehoben wird. Die Neuerung wird in kürzester Zeit eingeführt sein.

Zeichenausstellung im Stadtschulrat. Vom Mittwoch, den 28. April angefangen wird im Saal I des Stadtschulratsgebäudes, I., Burgring 9, eine Ausstellung zu sehen sein, die interne Schülerarbeiten über die Entwicklung der Gestalt im Zeichenunterricht, enthält. Sie ist nur an Wochentagen von neun bis achtzehn Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Gemeindefreiplätze an den Schulen des Frauenerwerbsvereines. Mit Beginn des Schuljahres 1926/27 werden an den Schulen des Wiener Frauenerwerbsvereines IV. Wiednergürtel 68 zwei Freiplätze an der Handelsschule und ein Freiplatz an der einjährigen Haushaltungsschule verliehen. Bewerberinnen um die Freiplätze an der Handelsschule müssen vierzehnte und Bewerberinnen um den Freiplatz an der Haushaltungsschule das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben. Gesuche sind bis längstens 31. Mai beim Wiener Magistrat, Abteilung 8 im Neuen Rathaus zu überreichen und sind Geburtschein, Heimatchein, das letzte Schulzeugnis und ein Mittellosigkeitszeugnis anzuschließen. Den Eltern der Bewerberinnen wird empfohlen, sich vor der Ueberreichung des Gesuches bei der Leitung der Schule über die Auslagen für die Lernmittel und über die Erwerbsmöglichkeiten nach Absolvierung der Schule zu erkundigen.

Wien, am Montag, den 26. April 1926

.....

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Albert und Therese Angel, II. Nestroygasse 7, Josef und Elisabeth Schuch, XII. Aichhorngasse 5, Albert und Esther Schwartz, XX. Brigittagasse 9, anlässlich ihrer Goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In dieser Woche werden noch folgende Strassen an Stelle der Gasbeleuchtung, die öffentliche elektrische Beleuchtung erhalten: am Neubau die Lindengasse, in Meidling die Ruckergasse, in Hietzing die Pacassistrasse, in Rudolfsheim die Klementinengasse, Kranzgasse, Rauchfangkehrergasse, Kellinggasse, Hollergasse, Heinickegasse, Brauhirschengasse und Dadlergasse, in Fünfhaus die Schmelzbrücke, die Grenzgasse, Sperrgasse und in Hernals die Hernalser Hauptstrasse, Bergsteiggasse. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat weiter beschlossen auf der Landstrasse die Neuling- und Salesianergasse, am Alsergrund die Roten Löwengasse und Hahngasse, in Hernals und Währing die Lacknergasse und in der Brigittenau die Wasnergasse elektrisch zu beleuchten. Mit den Arbeiten wird sofort begonnen werden. Die Kosten betragen 53.000 Schilling.

.....

Ein grosser Wohnhausbau in Ottakring. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen in Ottakring das grosse Grundstück zwischen der Kreitner- und Klausgasse, das an die Thaliastrasse grenzt, zu verbauen. Es wurden die von den Architekten Schuster und Schacherl ausgearbeiteten Pläne genehmigt und wird sofort mit den Bauarbeiten begonnen werden. Die Anlage wird 205 Wohnungen umfassen, von denen fünfzig mehr als einen Wohnraum enthalten. Ausserdem ^{werden} eine städtische Tuberkulosefürsorgestelle, zwei grosse Werkstätten und sechs Geschäftslokale eingebaut. Die Kosten dieser Wohnhausanlage werden mit 2'9 Millionen Schilling veranschlagt.

.....

Blumenkörbe auf der Ringstrasse. Die Gemeindeverwaltung hat auch heuer wieder die Blumenkörbe auf den Masten der Bogenlampen auf der Ringstrasse mit prächtigen Blumen gefüllt. Es wurden 54 Blumenkörbe vom Aspernplatz bis zum Rathaus angebracht. Weiter wurden auch die Blumenkörbe, die an den Ständern vor dem Südbahn-Ostbahn- und Westbahnhof angebracht sind, mit Blatt- und Zierpflanzen geschmückt. Schliesslich sind auch in der Praterstrasse, auf dem Mariahilfergürtel und vor dem Amtshaus in Meidling Blumenkörbe angebracht worden. In den nächsten Tagen werden auch die städtischen Amtshäuser in den einzelnen Bezirken durch die Stadtgartenverwaltung mit Blumen geschmückt werden.

.....

Wien, am Dienstag, den 27. April 1926.

.....

Was unsere Kinder heute zeichnen. Heute mittags wurde im Gebäude des Stadtschulrates die Ausstellung eröffnet, die anlässlich der Bezirkslehrerkonferenz 1926 das Thema "Kindertümliche Gestaltung des Zeichenunterrichtes im Sinne der neuen Lehrpläne in der Volks- und Bürgerschule" illustrieren soll. Zur Eröffnung hatten sich eingefunden die leitenden Beamten und Bezirksschulinspektoren, ausserdem waren erschienen Vizebürgermeister Hoss, Hofrat Burger, Regierungsrat Washuber, Sektionschef Vetter sowie Magistratsdirektor Dr. Hartl. Präsident Glöckel begrüßte die Gäste im Glashof des Gebäudes, wo die Ausstellung veranstaltet wird. Er führte unter anderem aus: Diese Ausstellung unterscheidet sich von den anderen Ausstellungen, die wir in diesem Raume bisher veranstaltet haben, schon rein äusserlich dadurch, dass sie ihrem Motto getreu "Freude ist alles" Einblick geben soll in die Schaffensfreude des Kindes. Ein Blick auf die Wände lehrt, dass hier wirklich Freude alles ist, Freude an der Arbeit und an der Schule. Es ist ein Symbol der heutigen Schularbeit, ein Symbol unserer Arbeitsfreude, besser gesagt der Erarbeitungsschule. Welch ungeheure Mannigfaltigkeit ist hier zu sehen. Wie gross ist der Unterschied gegen die früheren Zeiten. Das Kind wird nicht mehr mit Aufgaben gequält, nicht mehr im Zeichenunterricht mit geistlosen und satanisch raffinierten Einteilungen gemartert, mit endlosen Ausziehübungen belastet. Das Kind kann an ganz andere Aufgaben herantreten. Erinnern wir uns nur selbst, wie unsere Zeichenstunden aussahen. Vom Kopieren einer Landschaft etwa gingen wir über zu den Gipsmodellen und es war schon etwas Pikantes, wenn wir einen Gipstotenkopf wochenlang abzeichnen konnten. Das Wiener Kind ist wohl am schwersten in der Kriegs- und Nachkriegszeit vom Elend betroffen worden, aber in ihm schlummern Kräfte, die zur Entfaltung zu bringen auch eine der wichtigsten Aufgaben der Schule nicht zuletzt im Zeichenunterricht ist. Wie das Kind fühlt und denkt, ist hier zu sehen, die ausgestellten Blätter geben eine Seelenphotographie des Kindes. Neu ist hier auch, dass auch ein Widerschein aus den anderen Gegenständen zu sehen ist, was es dort gelernt hat, aufscheint. Von den Selbstporträts bis zu den ganz modern aufgefassten Plakaten geht ein neuer Zug. Das entscheidende Moment ist hier die Freude. Die Erfüllung der Sehnsucht der kindlichen Seele gehört auch mit/zu den Aufgaben und Problemen der modernen Pädagogik.

Der Zeichenlehrer hat es vielleicht leichter als der Lehrer anderer Gegenstände: Wie kann der Rechenlehrer oder der Deutschlehrer seine Erfolge sichtbar darstellen? Der Zeichenlehrer aber kann die Arbeitsleistung seiner Schüler sichtbar vor Augen führen, kann zeigen, wie sich das Kind am Herstellen selbst freut. Eine unendliche Freiheit ist auch dem Lehrer gegeben. Kein Lehrer kopiert den anderen, jede Dogmatik ist in der Schulreform verpönt. Auch der Lehrer ist eine Individualität und darf

als solche nicht vergewaltigt werden. Jeder Lehrer geht seine eigenen Wege oder sucht sie zugehen. Mit welchem Erfolg, das zeigt diese Ausstellung.

.....

Die Zahl der Personenautomobile in Wien nimmt zu! Auf Grund der beim Wiener Magistrat erfolgten Anmeldungen für die Automobilsteuer kann festgestellt werden, dass heuer gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1925 trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Zahl der Autos sich vermehrt hat. Im Jahre 1925 standen in Wien 3390 Privatautomobile im Betrieb; heuer sind es 3479. Erheblich stärker ist die Zunahme bei den Autotaxis. Gegenüber dem Jahre 1924 ist ihre Zahl von 1962 auf 2700 gestiegen. Das Pferd ist im Lohnfuhrwerk fast ganz verschwunden, wobei interessant ist, dass auch die Zahl der Pferde überhaupt in Wien von ^{45.000} vor dem Krieg auf gegenwärtig ungefähr 15.000 zurückgegangen ist. Ueber die Zahl der in Wien verwendeten Lastautomobile liegen mit Rücksicht auf die seit 1. Jänner 1926 eingetretene Steuerfreiheit Vergleichsdaten nicht vor.

.....

Reiselotterie des Jugendhilfswerkes. Das Wiener Jugendhilfswerk teilt mit, dass die Ziehung der Reiselotterie nicht in der Rathausstrasse 9, sondern in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses am Freitag, den 30. April um 6 Uhr abends stattfindet. Ein kleiner Rest von Losen ist noch erhältlich.

.....

Vergleichen Sie die Ausstellung mit den anderen, so sehen Sie vor allem deutlich, mit welcher Sicherheit die Lehrpersonen auf ihrem Wege heute schon gehen, dann aber auch die Ergebnisse einer Reihe von Jahren modernen Zeichenunterrichtes. Früher sagte man einfach, ich habe kein Talent, heute ^{kann} man das nicht mehr. Heute sucht man aus dem Kinde möglichst viel herauszuholen, und jedes kann auf seine Art etwas leisten, das eine im Modellieren und das andere im Ausschneiden. Wenn man eines noch hervorheben muss, so ist es der Optimismus zu dem diese Arbeiten Anlass geben, dass Wien seine führende Stellung auf dem Gebiete des Zeichenunterrichtes weiter innehält. Ich habe zum Schlusse noch zu danken dem Vorsitzenden des Ausstellungskomitees Bezirksschulinspektor Stejskal sowie Dozenten Rothe, die eine Fülle von Arbeit noch in den letzten Stunden leisteten. Damit erkläre ich die Ausstellung für eröffnet.

.....

Unter Führung des Dozenten Rothe wurde darauf ein Rundgang durch die Ausstellung angetreten, wobei die einzelnen Gruppen eingehend erörtert wurden.

Wien, am Mittwoch, den 28. April 1926

Mutterhilfe der Stadt Wien. Die Gemeindeverwaltung gewährt mittellosen in Wien wohnhaften Frauen, die auf keine Krankenkassenunterstützung Anspruch haben, durch vier Wochen nach der Niederkunft eine Mutterhilfe von zusammen vierzig Schilling, wenn die Frauen sich spätestens im vierten Schwangerschaftsmonat beim städtischen Bezirksjugendamt ihres Wohnsprengels melden. Nun versäumen aber viele Frauen diese Frist und kommen erst unmittelbar vor ihrer Niederkunft oder nachher um diese Mutterhilfe ein. Selbstverständlich müssen diese Ansuchen abgewiesen werden. Es kann daher nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, dass die Auszahlung dieser Mutterhilfe von der rechtzeitig erfolgten Meldung abhängig ist. Auskünfte erteilen alle Bezirksjugendämter. In den städtischen Fürsorgeämtern sind Kundmachungen angeschlagen, aus denen die Bedingungen für die Gewährung der städtischen Mutterhilfe zu entnehmen sind.

Keine Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten. Am Donnerstag entfällt die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Kokrda.

Die Friseurgeschäfte sind am Sonntag offen! Am Sonntag den 2. Mai wurde die Arbeit im Gewerbe der Friseure, Raseure und Perückenmacher in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags gestattet.

Mehr als achzigtausend Besucher in den städtischen Wärmestuben. Die Gemeindeverwaltung hat die Wärmestuben, die von privaten Körperschaften geführt wurden, in die eigene Verwaltung übernommen und betreibt gegenwärtig fünf Heime, die sich auf der Landstrasse, in Favoriten, Rudolfshaus, Ottakring und in der Brigittenau befinden. Diese fünf Wärmestuben wurden im hiesigen Winter vom 16. November 1925 bis 14. April 1926 benützt. Interessant ist die grosse Steigerung der Besucherzahl gegenüber dem Jahre 1924/25, eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Im Betriebsjahr 1924/25 wurden die städtischen Wärmestuben von 61.996 Männern und 4025 Frauen, insgesamt also von 66.021 Personen besucht, während im Winter 1925/26 die Besucherzahl auf 82.878 anstieg, nämlich 75.680 Männer und 7198 Frauen. Auf die einzelnen Monate verteilt ergibt sich fast ein gleichmässiger Besuch. Am stärksten wurde die Wärmestube in Ottakring besucht, sie nahm im Dezember 1925 nicht weniger als 4022 Personen auf. Mit 3847 Besuchern steht an nächster Stelle die Wärmestube in der Brigittenau, während die Wärmestube in Favoriten mit 3771 Besuchern im März die Höchstzahl erreichte. Auf der Landstrasse war ebenfalls der März mit 3396 Personen der stärkste Besuchsmonat.

Ein städtischer Bäderfilm. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat nunmehr den zweiten Teil des Bäderfilms, der die städtischen Sommerbäder umfasst, fertiggestellt. Die Erstvorführung ist am Sonntag um halb elf Uhr vormittags im grossen Saal der Urania.

Wien, am Donnerstag, den 29. April 1926

Stadtbahn- und Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Am Samstag, den 1. Mai (Staatsfeiertag) wird der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Wiener städtischen Strassenbahnen erst nach vierzehn Uhr (ab Ring nach den Aussenenden) aufgenommen. Auf der Stadtbahn wird am 1. Mai die Linie 18G nicht verkehren; als Ersatz wird die Linie G (Hütteldorf-Heiligenstadt) geführt werden. In der Kartenausgabestelle in Mariahilf, Rahlgasse 3, können am 1. Mai von 14 bis 17 Uhr Zeitkarten bestellt oder erneuert werden; die Fahrscheinvorverkaufsstellen sind am Samstag, den 1. Mai von 14 bis 18³⁰ am 1. Mai von 14 bis 17 Uhr Zeitkarten bestellt oder erneuert werden; die Fahrscheinvorverkaufsstellen sind am Samstag, den 1. Mai von 14 bis 18³⁰ Uhr und am Sonntag, den 2. Mai von 6³⁰ Uhr bis 18³⁰ Uhr (wie an Werktagen) geöffnet.

Die Propaganda für den Fremdenverkehr.

Ein Fremdenverkehrsbeirat für Wien.

Die Bundesländer Wien und Niederösterreich haben ein Uebereinkommen geschlossen, demzufolge die Förderung des Fremdenverkehrs in den beiden Ländern in einer Verwaltungsgemeinschaft durchgeführt wird, die den Namen "Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich" führt. Diese Fremdenverkehrskommission hat sich bereits konstituiert und die Wiener Messe fungiert als Geschäftsführer. In dem Länderübereinkommen sind auch Fremdenverkehrsbeiräte vorgesehen. Im Sitzungssaal des Gemeinderates wurde nun heute vormittags die konstituierende Sitzung des Fremdenverkehrsbeirates des Landes Wien abgehalten. Die zahlreich erschienenen Vertreter der am Fremdenverkehr interessierten Körperschaften begrüßte Bürgermeister Seitz, der darauf verwies, dass die Fremdenverkehrskommission sich in vollkommen unpolitischer Art zu betätigen hat, so dass die Förderung beiden Ländern in gleicher Weise Nutzen bringt. Das Bundesland Wien hat vorläufig 100.000 Schilling und das Bundesland Niederösterreich hat 50.000 Schilling als einmaligen Beitrag dem genannten Zweck gewidmet und die beiden Länder werden alljährlich ähnliche Beträge für die Förderung des Fremdenverkehrs in ihr Budget einsetzen. Der Bürgermeister dankte dann den Erschienenen namens der Stadt Wien, dass sie der Berufung Folge geleistet haben und bat sie ihre reichen Erfahrungen und Kenntnisse in den Dienst dieser Sache zu stellen, von der gewiss eine Belebung unserer ganzen Wirtschaft zu erhoffen ist.

Obermagistratsrat Jiresch berichtete nun über die Geschäftsordnung, die einstimmig angenommen wurde.

Oberbahnrat Heisler entwickelte das Tätigkeitsprogramm der Fremdenverkehrskommission, wobei vor allem die Mitwirkung der Presse betont wurde. Der Arbeitsausschuss der Fremdenverkehrskommission hat bereits eine Reihe von wichtigen Vorarbeiten durchgeführt. Es wurde für das Derby ein Preis von 10.000 Schilling gewidmet und besteht die Absicht auch für andere sportliche Veranstaltungen solche Preise zu stiften. In grosszügiger Weise soll der Film zur Propaganda herangezogen werden, ferner wird eine Plakatkonkurrenz ausgeschrieben werden und an einem grossen Album der Stadt Wien wird bereits gearbeitet. In reicher Fülle soll gutes Werbematerial hergestellt werden, wobei auch die Frage der Herausgabe von

Sondermarken der Postverwaltung erörtert werden wird. Die Eröffnung einer eigenen Auskunftstelle ist geplant und schliesslich soll auch durch die Veranstaltung von Vorträgen über Wien und Niederösterreich im Ausland das reisende Publikum auf die Schönheiten der beiden Bundesländern aufmerksam gemacht werden.

An dieses Referat schloss sich eine eingehende Aussprache. Kommerzialrat Lehner (Vereinigung der Wiener Hoteliers) verwies auf die grosse Bedeutung, die den Empfängen von auswärtigen Gästen im Wiener Rathaus zukomme und meinte, dass diese Empfänge die grösste und dankbarste Propaganda seien. Dies werde sich schon deutlich bei dem Empfang der amerikanischen Hotels zeigen. Direktor Pfeiffer (Hauptverband für Körpersport) betonte die grosse Bedeutung des Körpersports für den Fremdenverkehr; leider machen die Steuerlasten und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hier viele Wünsche undurchführbar. Kommerzialrat Nissel (Detailistenverband) gibt einige Anregungen bezüglich des Autotaxiverkehrs bei den Bahnhöfen und wünscht, dass im Interesse der Fremden die Strassenreinigung in der Inneren Stadt in den Nachtstunden erfolgen soll. Kommerzialrat Lie verlangt die Wiedereinführung der Platzmusiken vor dem Rathaus und an anderen geeigneten Plätzen. Kommerzialrat Penizek regt die Veranstaltung von Wiener Abenden in den grossen böhmischen Kurorten an. Dr. Thenen (Wiener Aerztekammer) verweist auf den Ruf der Fakultät und der Aerzteschaft, die durch ihre Arbeit belobend auf den Fremdenverkehr einwirken. Dr. Botstieber (Kazerthausgesellschaft) wünscht, dass in den Werbeschriften auch die Kosten der Lebenshaltung in Wien angeführt werden, da im Ausland vielfach Wien als eine teure Stadt gilt, was aber nicht zutrifft. Kommerzialrat Wolf (Vereinigung der Wiener Hoteliers) dankt der Gemeinde für die Mitarbeit bei dem Empfang der amerikanischen Hoteliers. Direktor Krumpholz (Gesellschaft der Musikfreunde) spricht den Wunsch nach Errichtung eines Festspielhauses aus. Kommerzialrat Kacser (Verein reisender Kaufleute) erklärt, dass seine Organisation sich mit vollem Verständnis gern der Fremdenverkehrsförderung zur Verfügung stellen wird. Direktor Beer (Verband der Theaterdirektoren) sagt, dass er gerne der Einladung des Bürgermeisters gefolgt ist. Es wäre aber auch notwendig, dass die Stadt Wien selbst prüfe, ob nicht durch die Uebersteuerung dem Fremdenverkehr Schaden zugefügt werde. Namens der Theater- und Vergnügungsunternehmungen bitte er den Bürgermeister bei nächster Gelegenheit das System der Besteuerung einer ernsten Ueberprüfung unterziehen zu lassen.

Bürgermeister Seitz erwidert, dass Uebersteuerung ein böses Wort sei, dass schon sehr geschadet hat. Wenn man Vergleiche zieht, zwischen der Besteuerung der Theater in anderen Staaten und Städten und in Wien so kann man das nicht sagen. Wohl müsse zugegeben werden, dass die Warenumsatzsteuer eine starke Belastung ist, was man von der Lustbarkeitssteuer, insbesondere nach der jetzt erfolgten starken Ermässigung wohl nicht sagen kann. Die übrigen Wünsche und Anregungen werden geprüft werden. Nachdem noch Vizebürgermeister Emmerling Vorschläge für die Wahl eines engeren Arbeitsausschusses erstattet hatte, die genehmigt wurden, schloss Bürgermeister Seitz mit Danke sworten die Sitzung des Fremdenverkehrsbeirates.

Kein Marktverkehr in der Grossmarkthalle! Die Abteilung für Fleischwaren in der Grossmarkthalle bleibt sowohl am 1. Mai als auch am 2. Mai gänzlich geschlossen.

Wien, am Freitag, den 30. April 1926

Festbeleuchtung des Rathauses und Leuchtbrunnen. Anlässlich des Staatsfeiertages wird das Wiener Rathaus am Samstag, den 1. Mai von 9 Uhr bis 10 Uhr abends festlich beleuchtet werden. Der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz wird von 8 bis 9 Uhr abends im farbigen Licht erstrahlen. Alle städtischen Gebäude werden mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt. Bei der Besichtigung der Festbeleuchtung des Rathauses sind die Weisungen der Wachorgane genauestens zu befolgen. Die Gemeindeverwaltung macht ferner aufmerksam, dass in den Alleen am Ring die Rasenbeete erneuert worden sind, weshalb gebeten wird, die grösstmögliche Sorgfalt diesen schönen Anlagen zuzuwenden und jede Beschädigung zu vermeiden.

Altbürgermeister Dr. Richard Weiskirchner gestorben. Heute früh ist Altbürgermeister Dr. Richard Weiskirchner in seiner Wiener Wohnung in Schönbrunn gestorben. Der so plötzlich Verschiedene wurde am 24. März 1861 in Margareten als Sohn eines Lehrers geboren und trat nach Beendigung seiner staatswissenschaftlichen Studien im Jahre 1883 in den Konzeptsdienst der Stadt Wien, wurde im Jahre 1901 zum Magistratsvizepräsidenten und im Jahre 1903 zum Magistratsdirektor berufen. Im Jahre 1897 wurde Dr. Weiskirchner vom Alsergrund in das österreichische Abgeordnetenhaus entsendet und im Jahre 1898 von der Josefstadt in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Im Jahre 1907 wurde er zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt und im Jahre 1909 zum Handelsminister ernannt. Am 23. Dezember 1912 wurde Dr. Weiskirchner zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt; diese Stelle bekleidete er bis zum Jahre 1919. In seine Bürgermeisterzeit fallen die Erbauung des Lagerhauses, der Kontumazanlage in St. Marx, des dritten Rathauses in der Felderstrasse, des Jörgerbades und der Feuerwache in Mariahilf. Im Kriege, am 2. Mai 1916, wurde Dr. Richard Weiskirchner vom Gemeinderat zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt. Bei den Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung im Jahre 1919 wurde Dr. Weiskirchner im Wahlkreis Innen-Ost gewählt und in das Präsidium berufen. Bei den Wahlen für den Nationalrat im Jahre 1923 kandidierte er nicht mehr.

Bürgermeister Seitz hat der Witwe heute ein Beileidsschreiben übermittelt. Vom Rathaus wehen die Trauerfahnen.

Eine Trauerkundgebung im Wiener Stadtsenat.

Der Stadtsenat hielt heute vormittags eine Geschäftssitzung. Bürgermeister Seitz macht bei Beginn der Sitzung Mitteilung von dem Ableben des Altbürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner und hält dem Verstorbenen folgenden Nachruf: Dr. Richard Weiskirchner hat in vielen Formen seiner Vaterstadt gedient: Als junger Beamter, als leitender Magistratsdirektor und unmittelbarer Mitarbeiter des damaligen Bürgermeisters und schliesslich als Bürgermeister der Stadt Wien selbst. Er war auch Vertreter eines Wiener Wahlkreises im alten niederösterreichischen Landtag und im Reichsrat, sowie im Nationalrat der Republik. Im Jahre 1907 wurde er zum Präsidenten des Reichsrates berufen, welche Stelle er bis vor kurzem innehatte. In dieser Eigenschaft bekundete er strengste Unparteilichkeit und Objektivität, wie ich selbst als damaliges Mitglied des Präsidiums zu beobachten Gelegenheit hatte. Wenn wir das Lebenswerk Weiskirchners überschauen, erfüllt uns Achtung und Bewunderung vor der ungeheuren Arbeitskraft, die ihm beschieden war und vor dem Fleiss, mit dem er sich in den Dienst seiner Ideale gestellt hat. Die

schwerste Arbeit hatte er als Bürgermeister während des Krieges. Ob Freund oder Gegner, keiner kann Weiskirchner das Zeugnis versagen, dass er nach seinem Programm und nach seiner Art seiner Stadt mit Hingabe und mit ganzer Kraft gedient hat. Weiskirchner war auch Ehrenbürger der Stadt Wien und es entspricht einer allgemeinen Gepflogenheit, die sicherlich überall Zustimmung finden wird, wenn die Gemeinde Wien die Durchführung des Leichenbegängnisses übernimmt.

Die Mitglieder des Stadtsenats hatten sich während dieser Kundgebung zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Eine Pariser Gemeindeabordnung in Wien. Am Dienstag sind in Wien der Vizepräsident des Generalrates des Seinedepartements und Gemeinderat der Stadt Paris Henry Grangier, die Mitglieder des Pariser Gemeinderates H. Bequet, L. Riotor, A. Loyau, F. Theneveau, Fiquet, das Mitglied des Generalrates des Seinedepartements Bürgermeister Mounie und der Vizechef des Sekretariats des Generalrates des Seinedepartements Louis Godet angekommen. Sie wurden am Westbahnhof in Vertretung des Bürgermeisters von Magistratsrat Dr. Asperger und von Oberstadtbaurat Ingenieur Hamann empfangen. Die Pariser Gemeindefunktionäre sind zum Studium der Wiener Gemeindeeinrichtungen hierher gekommen. Am Mittwoch wurde die Delegation im Rathaus von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst. Unter Führung des Stadtrates Weber besichtigten die Gäste am Donnerstag eine Reihe von städtischen Wohnhausanlagen und die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien am Alsergrund, wo Stadtrat Professor Tandler den Aufbau und die Ziele der städtischen Wohlfahrtspflege klarlegte. Die Abordnung wird noch heute und morgen städtische Einrichtungen besichtigen und am Sonntag die Heimreise nach Paris antreten. Sie wurde auch von Bundeskanzler Dr. Ramek empfangen. Bürgermeister Seitz wird die französischen Gäste am Samstag zu sich laden.

Am Freitag Sitzung des Gemeinderates. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat keine Sitzung ab. Der Wiener Landtag wurde für Freitag um 4 Uhr nachmittags einberufen um die Gesetzesvorlage über die Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe zu beraten. Anschliessend an die Landtagssitzung hält der Gemeinderat eine Geschäftssitzung ab.

Das lebensgefährliche Abspringen von der Stadtbahn. Wiederholt wurde darauf verwiesen, dass bei der Stadtbahn das Auf- und Abspringen noch weit gefährlicher ist, als bei den Strassenbahnen. Die Stadtbahn ist eine Schnellbahn und jede derartige Leichtfertigkeit muss schwer gebüsst werden. Heute um 12 Uhr 37 Minuten war die Stadtbahn wieder der Schauplatz einer aufsehenerregenden Störung, die durch das Abspringen verursacht worden ist. Der siebzehnjährige Mechanikerlehrling Adolf Longin stürzte beim Abspringen in der Stadtbahnstation Margaretengürtel von einem einfahrenden Zug der Linie DG und kam mit dem Unterkörper unter die vordere Plattform, mit dem Oberkörper am Perron zu liegen. Longin erlitt ausser mehrfachen Kontusionen und einen Nervenchock keinerlei Verletzungen. Er wurde von der Rettungsgesellschaft in die Wohnung geführt. Das Bahnpersonal trifft an dem Unfall keinerlei Schuld; er ist lediglich auf das Abspringen während der Fahrt zurückzuführen.

Stadtbahn- und Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Am Samstag, den 1. Mai wird der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Strassenbahn erst nach vierzehn Uhr (ab Ring nach den Aussenenden) aufgenommen werden. An diesem Tag wird auf der Stadtbahn die Linie 18G nicht verkehren; als Ersatz wird die Linie G (Hütteldorf-Heiligenstadt) geführt werden.

Wien, am Samstag, den 30. April 1926. Zweite Ausgabe

.....
Die Hebammenlehranstalt wieder eröffnet. Im Zuge der Ersparungen wurden im Oktober 1925 die bereits ausgeschriebenen Lehrkurse an der Wiener Hebammenschule plötzlich eingestellt. Diese Kurse hätten von Schülerinnen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland besucht werden sollen. Die Sperre war umso bedauerlicher, weil dadurch die vom neuen Hebammengesetz geforderte höhere Ausbildung der Hebammen schwer leiden musste. Schliesslich wurde auch die Weiterbildung der Hebammen in Wiederholungskursen verhindert und die Behebung des Hebammenmangels auf dem flachen Lande unmöglich gemacht. Da daher ein weiterer Stillstand der Lehrtätigkeit an dieser Anstalt schwere Schädigungen der öffentlichen Interessen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens bedeuten würde, haben sich die Leiter der Wohlfahrtsämter von Wiener und Niederösterreich, Stadtrat Professor Tandler und Landesrat Helmer zum Minister für soziale Fürsorge Dr. Resch begeben und dringendst die Wiedereröffnung dieser Anstalt verlangt. Der Minister anerkannte vollinhaltlich die vorgebrachten Gründe und erklärte, er habe bereits selbst die Wiederholungskurse für Juni 1926 angeordnet. Schliesslich teilte der Minister den beiden Wohlfahrtsreferenten noch mit, dass mit den regelmässigen Lehrkursen an der Hebammenlehranstalt im Oktober 1926 wieder begonnen werden wird.

.....
Die Kunstpreise der Stadt Wien.
Heute Verleihung durch den Stadtsenat.

Die Gemeinde Wien hat, so wie in den früheren Jahren auch für dieses Jahr für hervorragende Werke der Musik, der Dichtkunst und der bildenden Kunst drei Kunstpreise von je dreitausend Schilling gestiftet. Bürgermeister Seitz verfügte am 24. Jänner die Ausschreibung der Preisbewerbung. Als Endtermin der Einreichung wurde der 15. März bestimmt. Zu Preisrichtern wurden vom Bürgermeister für das Gebiet der Dichtkunst Dr. Richard Beer-Hofmann, Professor Dr. Anton Bettelheim und Direktor Franz Herterich, für das Gebiet der Musik Professor Dr. Guido Adler, Direktor Franz Schalk und Professor Franz Schmidt und für das Gebiet der bildenden Kunst Professor Ernst Hegenbarth, Architekt Hans Jaksch und Professor Josef Jungwirth ernannt. Das Preisrichterkollegium hat einstimmig beschlossen, die Höhe des Einzelpreises mit je tausend Schilling festzusetzen, so dass für jedes Kunstgebiet je drei Preise, zusammen also neun Preise zu tausend Schilling gewidmet werden. Das Ergebnis der Prüfungen aller für die drei Kunstgebiete eingereichten Bewerbungen haben die drei Preisgerichte in eigenen, gesondert abgehaltenen Sitzungen schriftlich niedergelegt. Die Richtlinien für die Beurteilung der eingesendeten Arbeiten wurden in der Formel festgelegt, dass die Preisrichter die Aufgabe haben, durch die Zuerkennung eines Kunstpreises eine künstlerische Leistung hervorzuheben und Künstler zu fördern, die noch nicht die gebührende allgemeine Anerkennung gefunden haben. Heute beschäftigte sich der Stadtsenat mit den Anträgen des Preisrichterkollegiums und genehmigte die Anträge. Die Verlautbarung der Preisträger erfolgt nicht nach Würdigung der Arbeiten, sondern in alphabetischer Reihenfolge. Auf dem Gebiet der Dichtkunst erhielten Preise Dr. Fritz Brügel, Robert Michel und Ernst Scheibelreither, auf dem Gebiet der Musik Dr. Hans Gäl, Erich Wolfgang Korngold und Franz Salmhofer und auf dem Gebiet der bildenden Kunst Josef Riedl, Bildhauer, Richard Teschner, Maler, und Fritz Zerritsch, Maler. Bei allen diesen Künstlern erfolgte der Vorschlag mit Stimmeneinigkeit